



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Die USIA-Betriebe und der Streik 1950 in Wien und Niederösterreich“

verfasst von / submitted by

Florian Gimpl

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 362 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UniStG UF Russisch UniStG UF Geschichte,
Sozialkunde und Politische Bildung UniStG

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr Dr. Oliver Rathkolb

Widmung

Meinen Freunden, die mich stets unterstützen, und meiner Familie, die ich über alles liebe, besonders meinem Vater († 2013).

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Einleitung.....	4
a. Forschungsfragen, Hypothesen und Methoden	4
b. Quellenlage.....	6
c. Literatur.....	11
2. Der USIA-Konzern 1946 bis 1955	13
a. Die sowjetischen Absichten in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg	13
b. Die Gründung des USIA-Konzerns 1946 und die Beschlagnahmung Deutschen Eigentums in der sowjetisch besetzten Zone Österreichs	20
c. Struktur und Umfang der USIA.....	29
d. Die Entwicklung der USIA bis zum Ende der Besatzungszeit	34
e. SMV und DDSG – weitere sowjetisch kontrollierte Unternehmen in Ostösterreich....	40
3. Die vier Lohn-Preis-Abkommen von 1947 bis 1950 und die Reaktionen darauf	46
a. Inhalte und Umfang der Abkommen	46
b. Der Streik von 1950 als Reaktion auf das vierte Lohn-Preis-Abkommen	50
4. Die wirtschaftspolitische Einstellung der KPÖ und ihre Aktivitäten in ÖGB und Betriebsräten.....	56
5. Der Streik von 1950 und die USIA-Betriebe	61
a. Der Streik in Wien im Spiegel von Zeitungsberichten, Polizeiakten, sowjetischen Dokumenten und Berichten aus dem Zentralarchiv der KPÖ	69
b. Streiks in Niederösterreich.....	78
c. Fallstudie St. Pölten.....	82
6. Resümee	88
7. Quellen	91
7.1 Gedruckte Quellen	91
7.2 Zeitungen und Zeitschriften	94

7.3 Ungedruckte Quellen	95
7.3.1 Archivalien der LPD Wien	95
7.3.2 Andere österreichische Quellen.....	97
8. Literatur	100
Abkürzungsverzeichnis.....	106
Abstract	107
Zusammenfassung.....	108

Vorwort

An dieser Stelle danke ich allen recht herzlich, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. An erster Stelle sei Herr Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb genannt, der mich während des Schreibprozesses mit Ideen und Tipps unterstützt hat und der vor allem den Grundstein zur Themenfindung gelegt hat. Ihm gebührt dafür mein aufrichtiger Dank. Auch danke ich all jenen herzlich, die mir durch ihre couragierte und kompetente Beratung die Arbeit in den Archiven erleichterten oder sonst zum Gelingen dieser Diplomarbeit beigetragen haben: Gedankt sei Herrn Helmut Dorfner vom Stadtarchiv St. Pölten, Herrn Dr. Stefan Eminger vom Landesarchiv Niederösterreich, Herrn Rudolf Mischak, der das Museum der Voith in St. Pölten betreut, Herrn HR Prof. Dr. Siegfried Nasko, Herrn Harald Ludwig von der SPÖ Bezirk St. Pölten, Herrn Dr. Rudolf Jeřábek vom Österreichischen Staatsarchiv, Herrn Michael Winter von der LPD Wien, Herrn Mag. Manfred Mugrauer und Herrn ao. Univ.-Prof. i. R. Dr. Hans Hautmann von der Alfred Klahr Gesellschaft und Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mueller, Institut für Osteuropäische Geschichte, der mir wertvolle Hinweise gab und mich seine Aktenkopien einsehen ließ. Abschließend danke ich noch Frau Eva Rosina, die diese Arbeit dankenswerterweise korrektur gelesen hat.

Eine Bemerkung vorweg: Da ich Russisch studiert habe und mich der russischen Kultur verbunden fühle, ist mir Differenzierung im Hinblick auf die Begriffe „Russen“ und „Sowjets“ ein besonderes Anliegen. Oft liest und hört man von den „Russen“ als Besatzungsmacht. In der folgenden Arbeit werde ich den Tatsachen jener Zeit Rechnung tragen und von der sowjetischen Besatzungsmacht und deren Akteuren schreiben. Die Transliteration aus dem kyrillischen Alphabet verlangte einen Kompromiss: So wurde teilweise die eingedeutschte Schreibweise beibehalten, obwohl sie eigentlich oft nicht korrekt ist (nicht nur im Hinblick auf das folgende Beispiel): Ein russisches „в“ hat zwar den Lautwert eines „w“, wird aber richtig mit „v“ transliteriert. Um das Auffinden von Namen, Institutionen usw. zu erleichtern, wurde die tradierte Schreibung beibehalten, wo es nötig schien.

1. Einleitung

a. Forschungsfragen, Hypothesen und Methoden

Die Arbeit wird sich der Beantwortung folgender Forschungsfrage widmen:

Welche Rolle spielten die von der Sowjetunion verwalteten, in der USIA zusammengefassten Betriebe in Ostösterreich bei den Streiks wegen des 4. Lohn- und Preisabkommens im September und Oktober 1950?

Diese Frage möchte ich in folgenden Teilfragen untergliedern:

Welche Haltung nahmen die sowjetischen Betriebe gegenüber den Lohn-Preis-Abkommen und den darauffolgenden Streiks ein? Kann die Position der KPÖ der Besatzungszeit mit derjenigen der USIA gleichgesetzt werden?

Wie stark waren USIA-Arbeiter¹ und -Angestellte unter den Streikenden vertreten?

Griffen die Direktoren oder andere/höhere Instanzen ein, um den Streik der USIA-Arbeiter zu beenden? Wenn ja, wann?

Meine Hypothese lautet folgendermaßen: Entgegen der noch weitverbreiteten und mittlerweile widerlegten These, der Streik sei von kommunistischer Seite angezettelt und die USIA-Betriebe als Vehikel für den geplanten Umsturz benützt worden, um einen Machtwechsel zu provozieren, spielten die Beschäftigten der sowjetischen Betriebe in Österreich keine herausragende Rolle bei den Streiks im September und Oktober 1950. In großem Ausmaß wurde die Bewegung vom VdU und von unzufriedenen Sozialisten getragen, wie das Beispiel der VÖEST zeigt.

Meine These könnte falsifiziert werden, wenn sich herausstellen sollte, dass die USIA-Betriebe während des ganzen Streiks auf allen Ebenen die Bewegung unterstützten oder sogar initiierten, indem zum Beispiel Arbeiter auf die Straße geschickt wurden, oder wenn sich zeigen sollte, dass der Protest nur widerwillig beendet wurde, das heißt also, die Arbeiter nur zögerlich zurück in die Betriebe gerufen wurden.

Meine These stützen würde hingegen die Erkenntnis, dass die USIA-Betriebe sich nur zögernd dem Streik anschlossen, also zuwarteten, bis sie ihren Beschäftigten erlaubten zu

¹ Sofern nicht anders angeführt, beziehen sich Berufsbezeichnungen in der folgenden Arbeit auf Männer und Frauen.

streiken, oder diese relativ früh wieder zurück zu den Arbeitsplätzen riefen und damit der Bewegung die Dynamik nahmen.

Jedenfalls wichtig wäre Zahlenmaterial zur Betriebszugehörigkeit Streikender. Könnte nämlich gezeigt werden, dass unter den Protestierenden nur ein marginaler Teil zur USIA gehörte (natürlich in Relation zu den Beschäftigungszahlen), so wäre die These vom Putsch ein für alle Mal vom Tisch. Hierzu können Polizei- und Ministeriumsakten und Zeitungsberichte dienlich sein.

Die These vom Putsch des Jahres 1950 ist seit einiger Zeit bereits vollkommen überholt, daher wird sie nur am Rande thematisiert: Bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren mussten hohe Gewerkschafter eingestehen, dass es keine haltbare Grundlage für die Putschthese gab – „in der Geschichtswissenschaft erfolgte die Widerlegung der Putschthese bereits 1977“². Als Alternative etablierte sich der Begriff „Oktoberstreik“ oder es wird einfach von einer Streikbewegung gesprochen.³ Von einem Putsch oder Putschversuch wurde in der jüngeren Vergangenheit nur noch vereinzelt gesprochen und geschrieben, unter anderem auch von Franz Olah, der noch 1990 und dann wieder 2000 in einer ORF-Sendung über den Oktoberstreik von 1950 die These eines Putschversuches der KPÖ vertrat.⁴ Im Jahre 2000 wurde das Thema aufgrund des fünfzigsten Jubiläums wieder aktuell. Anhand ausgewählter Beispiele soll gezeigt werden, wie sich die USIA-Betriebe während der Streiktage verhielten. Zuvor sollen daher Organisation und Aufbau dieser Unternehmen untersucht und dann anhand weniger, exemplarischer Unternehmen deren Verhalten im September und Oktober 1950 erläutert werden. Dabei wird der Fokus auf den Vorgängen in Niederösterreich und Wien liegen, während das ebenfalls sowjetisch besetzte Burgenland nur am Rande behandelt wird. Das hat damit zu tun, dass im Burgenland lediglich 7 USIA-Unternehmen (5 Betriebe, 2 Land-

² Peter Autengruber, Manfred Mugrauer, Oktoberstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme (Wien 2016) 47. Hier wird verwiesen auf Helmut Konrad, Kein Putsch. Legendenkehr aus zum Oktoberstreik 1950. In: Neues Forum Nr. 286 (Oktober 1977) 39–43, zit. nach Autengruber, Mugrauer, Oktoberstreik, 47.

³ Vgl. Autengruber, Mugrauer, Oktoberstreik, 47. Vgl. Klaus Dieter Mulley, Der ÖGB und der „Oktoberstreik“ 1950. Aspekte gewerkschaftlicher Politik im Nachkriegsösterreich. In: Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley, Robert Streibel (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik. Dokumentation eines Symposiums der Volkshochschulen Floridsdorf und Brigittenau und des Instituts für Wissenschaft und Kunst (Wien 1995), 41–52.

⁴ Vgl. Die Presse (26.9.1990) 6. Zit. nach: Autengruber, Mugrauer, Oktoberstreik, 49.

und Forstwirtschaften) mit einer Beschäftigtenzahl von circa 1.000 Arbeitern und Angestellten existierten.⁵

Zum Thema hinführen werden jeweils ein Kapitel über die Entstehung des USIA-Komplexes und seine Geschichte bis zum Streik 1950, eines über die Lohn-Preis-Abkommen und eines über die wirtschaftspolitische Orientierung der KPÖ. Während die beiden erstgenannten Kapitel logisch scheinen, besteht für das dritte doch zumindest Rechtfertigungsbedarf. Wenn, wie weiter oben bereits dargelegt wurde, angenommen wird und relativ plausibel scheint, dass die Streikbewegung des Herbsts 1950 kein kommunistischer Putschversuch, sondern eine Mischung aus spontanen Aktionen und von Kommunistinnen und Kommunisten organisierten Demonstrationen war, so ist eine Darstellung jener handelnden Akteure notwendig, die der Bewegung eine organisatorische Basis verliehen. Dass die KPÖ diese Rolle spielte, liegt auf der Hand und wurde nach Wissen des Autors von dieser auch nie abgestritten. Über die Motive für dieses Handeln zu mutmaßen, ist aber hier nicht der Platz – es wird als Prämisse festgehalten.

b. Quellenlage

Eine große Schwierigkeit für Forschungen zum USIA-Konzern stellt die Tatsache dar, dass die Sowjets bei ihrem Abzug 1955 viel wertvolles Schriftgut mitnahmen, welches heute in Archiven der Russischen Föderation gelagert und zu diesem Thema nicht in nennenswertem Umfang zugänglich ist.⁶ Darauf weisen nicht nur Klambauer und Bezemek hin, die als erste zum Thema USIA publizierten, sondern auch diverse andere Autoren bis in die Gegenwart herauf. Stefan Karner erwähnt beispielsweise im Vorwort zum Sammelband über die Moskauer Deklaration von 1943, dass bis zum Jubiläumsjahr 2005 nur wenigen österreichischen Historikern überhaupt Zugang zu Quellen der Besatzungszeit gewährt wurde – und auch das nur eingeschränkt.⁷ Auch Wolfgang Mueller schildert in seinem

⁵ Vgl. Gerhard Baumgartner, Die USIA-Betriebe im Burgenland. In: Felix Tobler, Michael Hess (Red.), befreien – besetzen – bestehen. Das Burgenland von 1945 – 1955. Tagungsband des Symposiums des Burgenländischen Landesarchivs vom 7./8. April 2005 (Eisenstadt 2005), 161–176, hier 166.

⁶ Vgl. Otto Klambauer, Ernst Bezemek, Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte, Organisation, Dokumentation (Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde 5, Wien 1983) IX.

⁷ Vgl. Stefan Karner, Vorwort. In: Stefan Karner, Alexander Tschubarjan (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“ (Kriegsfolgen-Forschung 8, Wien/Köln/Weimar 2015) 19f., hier 19.

Forschungsbericht die Problematik der Arbeit in Archiven der Russischen Föderation: So wurde das Provenienzprinzip oft nicht eingehalten, wichtige Akten lagern in gesonderten Beständen. Die für österreichische Belange wichtigen Archive für Außenpolitik und Verteidigung haben eigene, restriktivere Benützungsordnungen.⁸ Laut Dieter Stiefel stellte bereits der Abschlussbericht der österreichischen Behörden nach dem Ende der Besatzungszeit fest, „daß mit dem Abzug der Besatzungsmacht praktisch alle schriftlichen Unterlagen der ehemaligen USIA-Betrieben [sic!] verschwunden waren.“⁹ Und Oliver Rathkolb konstatierte, dass nur „relativ wenige interne Dokumente zur Geschichte der politischen Ziele der sowjetischen Österreich-Politik während und in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges“¹⁰ zur Verfügung stehen. Dieser Zeitraum scheint also unter den gewählten Blickwinkeln als ein vergleichsweise quellenarmer Abschnitt der österreichischen Geschichte, was die Forschung dazu natürlich erschwert. Diesen Befund erhärtet auch Wolfgang Mueller, der 2004 einerseits Forschungsbedarf in Hinblick auf die Sowjets in Österreich, andererseits aber auch die schwierige Quellenlage festhielt.¹¹ Etwas detaillierter in Hinblick auf die Benutzung der Archive in der Russischen Föderation äußert sich Wolfgang Wagner in seiner 1998 eingereichten Diplomarbeit, in der er folgende Archive nennt, die zur Erhellung der Geschichte der Besatzungszeit genutzt werden können: Erstens das Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (*Archiv Vnešnej politiki Rossijskoj Federacii*), das als Ministerialarchiv aber strenger Bestimmungen unterliegt als die restlichen Archive, die der Zentralen Russischen Archivverwaltungen unterstehen; zweitens das Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums (*Central'nyj archiv Ministerstva oborony*) – als militärische Institution „eines der am schwierigsten zu bearbeitenden Archive Rußlands“¹²; drittens das Staatsarchiv der Russischen Föderation (*Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii*).¹³ Diesen und auch anderen Archiven in der Russischen Föderation waren und sind der schlechte Stand

⁸ Vgl. Wolfgang Mueller, Die sowjetische Besatzungsmacht in Österreich 1945–1955. Forschungsstand, Quellenlage und Fragestellungen. In: Zeitgeschichte Jg. 28, H. 2 (2001) 114–129, hier 117.

⁹ Vgl. Dieter Stiefel, Coca-Cola kam nicht über die Enns. Die ökonomische Benachteiligung der sowjetischen Besatzungszone. In: Günter Bischof, Dieter Stiefel (Hg.), „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948 bis 1998 (Wien 1999), 111–132, hier 125.

¹⁰ Oliver Rathkolb, Historische Fragmente und die „unendliche Geschichte“ von den sowjetischen Absichten in Österreich 1945. In: Alfred Ableitinger, Siegfried Beer, Eduard G. Staudinger (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955 (Studien zu Politik und Verwaltung 8, Wien/Köln/Graz 1998), 137–158, hier 137.

¹¹ Vgl. Mueller, Besatzungsmacht Forschungsstand, 117.

¹² Wolfgang Wagner, Die Besatzungszeit aus sowjetischer Sicht. Die Errichtung der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich von 1945 bis 1946 im Spiegel ihrer Lageberichte (Geisteswiss. Dipl.-Arb. Wien 1998) 13.

¹³ Ebd. 11–13.

der Erschließung und das Fehlen geeigneter Mittel zum zuverlässigen Auffinden von Archivalien gemein. Somit bleibt der Benutzer oder die Benutzerin auf das Wohlwollen des zuständigen Archivars beschränkt.¹⁴ All dieses Material ist deshalb von höchstem Interesse, weil vermutlich nur mit diesem ein vollständiges und klares Bild der Ereignisse in den USIA-Unternehmen gezeichnet werden kann. Denn dafür müsste man wissen, wer in welchen Betrieben während des Streiks zur Arbeit erschien, ob überhaupt gearbeitet wurde, was in diesen Tagen des Jahres 1950 betriebsintern vor sich ging. Die sich heute stellenden Probleme für den Benutzer in Archiven der Russischen Föderation sind nur teilweise neu. Bereits Norman Naimark erwähnt in seinem Werk zur sowjetischen Besatzungszone in Deutschland, dass der Zugang zu Archivalien von Archiv zu Archiv unterschiedlich restriktiv geregelt sei und Forschende partiell dem Wohlwollen und der Kompetenz der zuständigen Archivare ausgeliefert seien, da oft nur jenes Schriftgut ausgegeben würde, das von zuständiger Stelle als wichtig für das Forschungsinteresse erachtet wird.¹⁵ Diesem ernüchternden Befund folgend, sah der Verfasser von einem Besuch russischer Archive ab und konzentrierte sich auf das in Österreich in Editionsform oder als Archivalien vorhandene Material.

Als wichtige Quellen sind folgende Zeitungen zu bezeichnen, da sie einen wesentlichen Beitrag zur Erhellung der Ereignisse des Streiks von 1950 leisten: Zum Ersten gibt es die *Arbeiter-Zeitung*, das *Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs*, die täglich erschien und ganz klar für die Lohn-Preis-Abkommen und gegen jedwede Form des Streiks oder Widerstands Stellung bezog. Als ein Spezifikum der Zeitung ist der ganz klare und überzeugte Antikommunismus zu nennen, der vor allem während der Zeit der Streiks in eindeutigen und teilweise diffamierenden Schuldzuweisungen gipfelte, deren Überschriften folgend angeführt seien: „Der Streik der Kommunofaschisten zusammengebrochen“¹⁶, „Die ‚Allgemeine Betriebsrätekonferenz‘ – ein kommunistischer Schwindel“¹⁷, „Werft die kommunistischen Radaubröder hinaus!“¹⁸, und ganz besonders im Hinblick auf die USIA von einigem Interesse: „Die ‚anderen Mittel‘ der Usiaten[.] Kommunistischer Mordanschlag auf sozialistische Vertrauensmänner während einer Versammlung in Dürnkrot“¹⁹. Bereits anhand dieser

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Vgl. Norman M. Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949* (Berlin 1997), 595f.

¹⁶ *Arbeiter-Zeitung* Nr. 226 (29.9.1950) 1.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

Auszüge wird deutlich, dass von sozialistischer Seite versucht wurde, die Streiks als kommunistische Verschwörung darzustellen und die Gegenseite vor den Lesern zu desavouieren.

Zum Zweiten gab es die *Österreichische Volksstimme*, das *Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs*, welche ganz eindeutig gegen die Abkommen Stellung bezog und daher die Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit der Streiks in den Vordergrund stellte. In deren Ausgaben sind unter anderem folgende Schlagzeilen zu finden: „Lügen, Lügen, nichts als Lügen“²⁰, „Die Regierungspolitiker wollten ein Blutvergießen provozieren – Donawitz und Steyr unter dem Terror der Waffen“²¹, „Durch Terror wird der Preistreiberpakt nicht populärer“²², „Schach der Lügenpresse“²³ und dergleichen, was die Sozialisten verunglimpfen sollte. Auf der anderen Seite wird aber auch deutlich, dass die *Volksstimme* nicht von vornherein von sich aus auf eine Fortsetzung des Streiks abzielte, sondern den Entschluss zur Arbeitsniederlegung vom Ergebnis der Betriebsrätekonferenz abhängig machte, die am 30. September 1950 in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik stattfand.²⁴ Am nächsten Tag gab die *Volksstimme* folgendes bekannt: „Beschuß der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz: Ultimatum bis Dienstag[.] Bei Ablehnung, Mittwoch Streik im ganzen Land“²⁵. Die *Volksstimme* unterschied sich hinsichtlich der diffamierenden Wortwahl gegenüber der Gegenseite nicht von der *Arbeiter-Zeitung*. Auch hier wurde versucht, die Gegner zu verunglimpfen und als Lügner darzustellen.

Zum Dritten, um auf die Ebene von Einzelbetrieben zu kommen, wurde beispielsweise vom Betriebsrat der Voith-Werke in St.Pölten seit 1946 eine Werkszeitung mit dem Titel *Die Turbine* herausgebracht, die monatlich erschien. Leider sind nicht alle Ausgaben durchgehend verfügbar, sondern nur einzelne Exemplare. Klar erkennbar ist in der *Turbine* ein prononciert prosowjetischer Kurs der Zeitung, der mit dem großen Einfluss der kommunistischen Betriebsräte im Angestellten- und Arbeiterbetriebsrat zu erklären ist. So setzten sich die Betriebsräte im Werk St.Pölten nach den Wahlen im November 1949 folgendermaßen zusammen: Bei den Angestellten gingen vier Mandate an die (kommunistische) Einheitsliste

²⁰ Österreichische Volksstimme Nr. 230 (4.10.1950) 2.

²¹ Österreichische Volksstimme Nr. 232 (6.10.1950) 1.

²² Österreichische Volksstimme Nr. 235 (10.10.1950) 2.

²³ Österreichische Volksstimme Nr. 240 (14.10.1950) 1. Lügenpresse als Begriff, der heutzutage in aller Munde ist, erfüllte also bereits 1950 den Zweck, Gegner zu diffamieren und der Lüge zu zeihen.

²⁴ Vgl. *Autengruber, Mugrauer*, Oktoberstreik, 23. Vgl. Österreichische Volksstimme Nr. 228 (1.10.1950) 1.

²⁵ Ebd.

und vier an die SPÖ, im Arbeiterbetriebsrat errang die Einheitsliste acht Mandate, während die SPÖ 7 erhielt.²⁶ Im Hinblick auf die Lohn-Preis-Abkommen trat die Werkszeitung in eine deutliche Opposition zu den Maßnahmen der Sozialpartner: „Nun spricht und schreibt man von einem 5. Lohn-Preis-Pakt und mit dem Abschluß eines solchen Paktes soll wohl der Raub auf die Taschen des Arbeiters legalisiert werden.“²⁷ Ob die Herausgeber der *Turbine* bereits den vorigen vier Abkommen gegenüber so negativ eingestellt waren, ist momentan nicht klar erkennbar, denn die betreffenden Ausgaben dazu fehlen. Es ist aber wohl anzunehmen.

Ein besonders interessanter Bestand an Quellenmaterial befindet sich im Besitz der Amtsbibliothek der Landespolizeidirektion Wien, die als Nachfolgerin der Sicherheitsdirektion deren Materialbestand übernommen hat. Das in drei Schachteln gelagerte Material ist teilweise bereits sortiert und in Ordnern zusammengeheftet, sodass der ursprüngliche Zustand nur schwer zu rekonstruieren ist. In diesem Zusammenhang ist das aber nicht weiter schlimm, denn das Material ist mengenmäßig überschaubar. Überdies wird speziell dieser Bestand nur selten benutzt. Laut Auskunft des zuständigen Mitarbeiters der LPD Wien wurden die drei Schachteln in den letzten 27 Jahren nur zweimal angefordert. Neben diversen Zeitungsausgaben von Ende September und Anfang Oktober 1950 befinden sich in diesem Bestand höchst interessante Berichte einzelner Wachzimmer von Anfang Oktober 1950, Fernschreiben des Bundesministeriums für Inneres, Pläne zur Sicherung lebenswichtiger Einrichtungen und ein – wie man meinen könnte, höchst kurioser – Briefwechsel zwischen Polizeipräsident Holaubek und Vizekanzler Schärf einerseits und Holaubek und Bundesminister Helmer andererseits:²⁸ Schärf bat den Polizeipräsidenten brieflich darum, dieser möge ihm seine Erinnerungen an die Ereignisse vor dem Bundeskanzleramt am 26. September 1950 zukommen lassen. Offensichtlich hatte Holaubek vergessen zu antworten oder kam nicht sofort dazu, denn Schärf sandte ihm einige Tage später eine Erinnerung an sein Gesuch. Holaubek kam dieser Bitte nach und sandte auch an Bundesminister Helmer ein Exemplar seiner Erinnerungen.

Dem Bestand in der LPD Wien ist derjenige im Österreichischen Staatsarchiv leider recht ähnlich. Vor allem handelt es sich dabei um schriftliche Mitteilungen des Bundesministeriums für Inneres an untergeordnete Dienststellen und einzelne Ausschnitte aus zeitgenössischen

²⁶ Die *Turbine* Jg. 3, Nr. 12 (Dezember 1949) 6.

²⁷ Die *Turbine* Jg. 5, Nr. 5 (Juni 1951) 1.

²⁸ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Briefwechsel Schärf-Holaubek 20. April – 24. Mai 1954.

Zeitungsausgaben oder späteren Artikeln. Das Stadtarchiv St.Pölten war aufgrund seines spezifischen St. Pöltner Bezugs und der umfangreichen Zeitungssammlung eine große Hilfe bei der Recherche. Vom Museum der Voith wurden einige Ausgaben der *Turbine* und einige jüngere Publikationen zur Verfügung gestellt.

c. Literatur

Um nun zur Forschungsliteratur zu kommen: Wie Mueller in seinem Forschungsbericht zur sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich festhält, muss aufgrund der besonderen Gegebenheiten besonders kritisch mit jener Literatur umgegangen werden, die während des Kalten Krieges erschien. Konkret nennt er zwei Werke, die aufgrund ihres Titels bei der Recherche zur Geschichte der Sowjets in Österreich sehr schnell auftauchen: Zum Ersten ist dies William Lloyd Stearmans Dissertation von 1961²⁹, zum Zweiten William Banks Baders Dissertation von 1966, die mittlerweile in deutscher Übersetzung vorliegt.³⁰ Beide Werke bedienen – auch aufgrund der Lebensgeschichte Stearmans, der von 1950 bis 1955 information officer und mit antisowjetischer Propaganda beschäftigt war – konventionelle antisowjetische Klischees. Mueller geht sogar so weit, den frühen Werken zur Erforschung der Geschichte der Sowjets in Österreich ihren Charakter als Sekundärliteratur abzusprechen.³¹ So können sie allenfalls als Quellen zur Erforschung der westlichen Perspektiven auf die österreichisch-sowjetische Geschichte dieser Zeit dienen.

Die Forschungen zu den Themenbereichen USIA und Sowjets in Österreich in der Geschichtswissenschaft sind vergleichsweise jung und begannen vor ungefähr 40 Jahren. Die ersten österreichischen Arbeiten zum Thema, die vom tradierten Schema Ost/West und Gut/Böse abgingen, erschienen gegen Ende der 1970er Jahre. Es waren dies erstens Wilfried Aichingers Doktorarbeit 1977,³² in der erstmals dargelegt wurde, dass die Sowjetunion niemals eine Eingliederung Österreichs in ihren unmittelbaren Machtbereich angestrebt

²⁹ Vgl. William Lloyd *Stearman*, *The Soviet Union and the Occupation of Austria (an Analysis of Soviet Policy in Austria, 1945-1955)* (Bonn/Wien/Zürich 1961).

³⁰ Vgl. William B. *Bader*, *Österreich im Spannungsfeld zwischen Ost und West 1945 bis 1955* (Wien 2002).

³¹ Vgl. *Mueller*, *Besatzungsmacht Forschungsstand*, 117.

³² Vgl. Wilfried *Aichinger*, *Sowjetische Österreichpolitik 1943-1945* (phil. Diss. Wien 1977).

hatte, zweitens Otto Klambauers Dissertation zur USIA 1978³³ und drittens Oliver Rathkolbs Dissertation von 1981, die ein neues Licht auf die US-Propaganda in Österreich warf.³⁴

Auf ein Problem der Forschungsgeschichte, das Mueller im oben erwähnten Überblick erwähnt, soll hier kurz gesondert eingegangen werden: Die sowjetische Besatzung wurde aufgrund der geringen Kenntnisse über ihre inneren Strukturen als monolithischer Block erlebt. Daran hat sich bis in die heutige Zeit leider relativ wenig geändert, da trotz der Öffnung mancher Archive wichtige Quellenbestände in gesonderten Archiven der Russischen Föderation untergebracht sind, die bis heute nicht zugänglich sind. Die Struktur des Besatzungsapparates an sich ist heute weitgehend bekannt, ebenso die personelle Besetzung. Wer allerdings explizit welche Entscheidungen traf, ist Gegenstand zukünftiger Forschungsarbeiten. Dazu ist auch festzuhalten, dass nicht einmal die österreichische Regierung so sicher gewesen sein dürfte, wer wofür im Apparat der Sowjets zuständig war. Eine detaillierte Übersicht über den sowjetischen Besatzungsapparat findet sich im Anhang zu Wolfgang Muellers Dissertation.³⁵ Ist nicht nachvollziehbar, welche Stelle eine konkrete Entscheidung getroffen hat, so wird auch in der folgenden Arbeit meist die Rede sein von den Sowjets, dem sowjetischen Element oder der sowjetischen Besatzungsmacht. Bei wichtigen Vorgängen wie dem Befehl Nr. 17 oder Befehlen einzelner Militärkommandanten ist natürlich bekannt, wer dafür verantwortlich war. Obgleich die USIA große wirtschaftliche Bedeutung im besetzten Nachkriegsösterreich erlangte, ist die Anzahl der Publikationen zum Thema recht überschaubar geblieben. Der Grund dafür liegt aber nicht etwa darin, dass diese Zeit etwa uninteressant wäre oder sich niemand dieser Thematik annehmen wollte, sondern:

Diese stiefmütterliche Behandlung einer der größten Wirtschaftsholdings der österreichischen Nachkriegszeit erklärt sich vor allem aus der äußerst schlechten Aktenlage, da sich fast alle historischen Quellen die sowjetische Wirtschaftsverwaltung in Österreich zwischen 1945 und 1955 betreffend in russischen Archiven befinden.³⁶

³³ Vgl. Otto Klambauer, Die USIA-Betriebe (phil. Diss. Wien 1978).

³⁴ Vgl. Oliver Rathkolb, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945–1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in Presse, Kultur- und Rundfunkpolitik (phil. Diss. Wien 1981).

³⁵ Vgl. Wolfgang Mueller, Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission (Wien/Köln/Weimar 2005) 249–255.

³⁶ Baumgartner, USIA-Betriebe im Burgenland, 161.

2. Der USIA-Konzern 1946 bis 1955

a. Die sowjetischen Absichten in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg

Im März 1945 überschritt die sowjetische Rote Armee die Grenze Österreichs, und es sollte mehr als 10 Jahre dauern, bis sie Österreich wieder verlassen würde. Über die Absichten der Sowjets konnte lange nur spekuliert werden, da aufgrund der eingangs beschriebenen Armut an verfügbarem Schriftgut das Handeln der sowjetischen Akteure teilweise nur ungenau beschrieben werden kann.³⁷ Keinesfalls jedoch sollten die Ressentiments der österreichischen Bevölkerung Grundlage für die Bewertung der Besatzungszeit sein, denn die oft eindimensional negative Wahrnehmung der „Russen“ auf österreichischem Boden ist nicht zuletzt auch der bis in die letzten Kriegstage intensiven nationalsozialistischen Propaganda zuzuschreiben, aber natürlich auch geprägt von den vielen Übergriffen und Verbrechen an der Bevölkerung, derer sich sowjetische Soldaten schuldig machten.³⁸ Diese dürften mit ein Grund dafür gewesen sein, dass die SPÖ eine Kooperation mit den Kommunisten ausschloss – man wollte nicht mit den Gräueltaten sowjetischer Soldaten in Verbindung gebracht werden.³⁹ Aber es spielten in diesem Zusammenhang auch noch andere Faktoren eine wichtige Rolle: Erstens das „österreichische Selbstverständnis als Bollwerk gegen den Osten (zurückgehend bis auf die Zeit der Türkenkriege und verstärkt im Ersten Weltkrieg)“⁴⁰, zweitens hatte der Antikommunismus eine gewisse Tradition in Österreich, die auch hier hineinspielte.⁴¹

Bevor wir in medias res gehen, sollen noch kurz die Hauptverantwortlichen für die Umsetzung der sowjetischen Österreichpolitik im hier untersuchten Zeitraum von 1945 bis 1950 genannt werden: Als (Hoch-)Kommissare waren dies von Juli 1945 bis April 1946 Marschall Ivan Konev, von Mai des Jahres 1946 bis April 1949 Generaloberst Vladimir Kurasov und von Mai 1949 bis Juni 1953 Generalleutnant Vladimir Sviridov. Deren Stellvertreter waren von Juli 1945 bis Juli 1950 Generaloberst Aleksej Želtov und von da an bis August 1951 Generalmajor Georgij Cinev. Politische Berater waren von April 1945 bis Juni 1945 Vladimir Dekanozov, dann bis Juni 1948 Evgenij Kisilëv und von Juni 1948 bis November 1951 Michail

³⁷ Vgl. *Rathkolb*, Historische Fragmente, 137f.

³⁸ Vgl. *Wagner*, Besatzungszeit, 34f.

³⁹ Vgl. Alfred *Stalzer*, Zwischen Anpassung und Isolation. Zur Integration der KPÖ in das politische System Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg (grund- und integrativwiss. Diss. Wien 1986) 516.

⁴⁰ *Wagner*, Besatzungszeit, 34.

⁴¹ Ebd.

Koptelov. Deren Stellvertreter wiederum waren Andrej Smirnov von April bis Juni 1945, eben genannter Michail Koptelov von Juli 1945 bis Juni 1948 und dann bis 1950 Grigorij Dzubenko.⁴²

Stalin, der die sowjetischen Nachkriegsplanungen in Ost- und Mitteleuropa maßgeblich beeinflusste, war anscheinend flexibel, was die Etablierung von sowjetischem Einfluss in Mittel- und Osteuropa betraf. Drei Punkte hatten nach seinen Vorstellungen jedoch Priorität: Erstens sollte die Westgrenze der Sowjetunion den im Vertrag vom 23. August 1939 festgeschriebenen Grenzen entsprechen. Damit sollte das vor dem Krieg Erreichte zumindest erhalten bleiben. Zweitens sollte sich keine europäische Großmacht entwickeln, sondern mehrere Kleinstaaten. Daher kam auch die Ablehnung einer Re-Etablierung der Donaumonarchie oder eines Donaubundes. Und drittens hatte die „Etablierung starker kommunistischer Parteien in den von der Roten Armee besetzten Ländern“⁴³ Priorität.⁴⁴ Schon während des Krieges bestand jedoch kein sowjetisches Interesse daran, Österreich in den Machtbereich der Sowjetunion direkt zu integrieren. Vielmehr war eine Neutralisierung vorgesehen.⁴⁵ Österreich sollte industriell genutzt werden und gleichzeitig die Nord-Süd-Verbindungen der Sowjets abdecken. Am besten kann die sowjetische Österreichpolitik folgendermaßen zusammengefasst werden: „[D]ie Österreichpolitik der Sowjetunion sah zu keinem Zeitpunkt eine kommunistische Machtübernahme und Eingliederung Österreichs in die sowjetische Einflussphäre vor.“⁴⁶ Die Schaffung einer neutralen Zone und die „Loslösung von Deutschland“⁴⁷ waren viel entscheidender. Größere strategische Bedeutung wurde der Tschecho-Slowakei zugeschrieben.⁴⁸ In dieser entstand nach dem Krieg ja auch eine Volksdemokratie. Obgleich eine enge Verbindung zwischen KPÖ und sowjetischen Instanzen bestand, so ist doch generell festzuhalten, „daß vor allem während der konkreten Besatzungsphase in Österreich die sowjetischen Politoffiziere ausschließlich sowjetische Interessen verfolgten, die in vielen zentralen Punkten den Positionen der KPÖ widersprachen.“⁴⁹ Das betraf beispielsweise die Ernennung Karl Renners zum Kanzler, die

⁴² Vgl. *Mueller*, Sowjetische Besatzung, 255.

⁴³ *Rathkolb*, Historische Fragmente, 139.

⁴⁴ Vgl. *Vojtech Mastny*, The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years (Oxford 1996), 191–198.

⁴⁵ Vgl. *Rathkolb*, Historische Fragmente, 143.

⁴⁶ Manfred *Mugrauer*, „Teilungspläne“ und „Putschabsichten“. Die KPÖ im Gedenkjahr 2005. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 12, 4 (Dezember 2005) 8–15, hier 10.

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Vgl. *Rathkolb*, Historische Fragmente, 143f.

⁴⁹ Ebd. 147.

Etablierung eines Drei-Parteien-Schemas und die wirtschaftliche Exploitation Österreichs mit den dazugehörigen Übergriffen.⁵⁰ Ähnlich sieht das auch Wagner:

Es ist jedoch überraschend, wie groß das Ausmaß der Bevormundung der KPÖ durch die Sowjets war. Es scheint, daß sich die Sowjets nicht allzu sehr um die Meinung der österreichischen Kommunisten kümmerten. [...] Ernst Fischer mußte sich vom sowjetischen Obersten Piterskij sogar zurechtweisen lassen, weil er in einer ersten Besprechung durch seine zu hohen Forderungen Renner provoziert hatte.⁵¹

Klar ist aber, dass von sowjetischer Seite massiv zu Gunsten der KPÖ interveniert wurde: So sind beispielsweise von 1945 bis 1955 Geldflüsse in der Höhe von mindestens 68,9 Millionen Schilling nachweisbar, die teilweise von der KPÖ aktiv angefordert wurden.⁵² 1946 beispielsweise bat die KPÖ um materielle Hilfe, woraufhin Hochkommissar Kurasov vom Politbüro der sowjetischen kommunistischen Partei angewiesen wurde, der KPÖ zwei Millionen Schilling zukommen zu lassen. Im Februar 1948 folgten weiter vier Millionen, im Juli 1948 noch einmal dreieinhalb, im Mai 1949 wurden auf Bitte Koplenigs und Fűrnb ergs zehn Millionen bereitgestellt, im Dezember 1949 wurden Hochkommissar Sviridov aus Moskau noch einmal 15 Millionen zur Verfügung gestellt.⁵³ Da die KPÖ in diesen Jahren stets ein Defizit in ihrer Bilanz aufwies, wandten sich Koplenig und Fűrnb erg beispielsweise 1950 mit der Bitte um Finanzhilfe an Stalin, der sie an einen neuen Fonds verwies, welcher wiederum das Defizit der KPÖ mit einer Finanzspritze beseitigte.⁵⁴ Noch einige Jahre später konnten Zeitgenossen feststellen, dass die österreichischen Kommunisten verglichen mit dem Erfolg der KPÖ bei den Wahlen der Nachkriegszeit über verhältnismäßig große wirtschaftliche Kapazitäten verfügten.⁵⁵ Welche wichtige Rolle die KPÖ in den USIA-Betrieben gespielt haben dürfte, wird daraus ersichtlich, dass die KPÖ nach dem Abzug der vier Besatzungsmächte und dem Ende der USIA 1955 einen dramatischen Einbruch bei den Mitgliederzahlen erlebte.⁵⁶ Klar ist natürlich auch, dass der Rückgang an Mitgliedern auch mit der massiven Überalterung und

⁵⁰ Ebd. 147.

⁵¹ *Wagner*, Besatzungszeit, 69.

⁵² Vgl. Wolfgang *Mueller*, Politische Mission der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich 1945–1955 (geisteswiss. Diss. Wien 2004) 352f.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Ebd. 353.

⁵⁵ Vgl. Peter *Sager*, Getarnte Firmen. Der kommunistische Wirtschaftskrieg in Österreich (Bern 1962). Auch bei diesem Werk sollte auf die tendenziell einseitige Sicht der Literatur des Kalten Krieges Bedacht genommen werden. Nichtsdestoweniger liefert es aber wertvolle Einsichten in die Struktur der wirtschaftlichen Verflechtungen der KPÖ.

⁵⁶ Vgl. *Stalzer*, Anpassung und Isolation, 266.

der mangelnden Rekrutierung von Nachwuchs zu tun hatte und nicht nur die Tatsache, dass die Sowjets nun abgezogen waren, dafür verantwortlich zu machen ist.⁵⁷ Freilich konnte die KPÖ nicht von Eigentumsdelikten oder Straftaten der sowjetischen Soldaten profitieren, zumal sie ohnehin als „Russenpartei“ diffamiert war. Durch die Gleichsetzung der Sowjets mit der KPÖ entstand der Partei ein enormer Nachteil.⁵⁸ Im Gesamten gesehen war die KPÖ aber wahrscheinlich in der Nachkriegszeit stärker präsent, als es den tatsächlichen Stimmenverhältnissen entsprach, wobei die Rolle der sowjetischen Besatzer als Unterstützer hervorzuheben ist. Diese Unterstützung beinhaltete „konkrete finanzielle, politische und propagandistische Maßnahmen“⁵⁹, die aber von der KPÖ stets in Abrede gestellt wurden. Im Zuge des Wahlkampfs von 1949 unterstützten die Sowjets die KPÖ mit Hilfe der *Österreichischen Zeitung* und der Russischen Stunde im Radio.⁶⁰ 1945 gab es für die kommunistische Partei von sowjetischer Seite Sonderzuteilungen von Papier für die Herstellung von Wahlkampfplakaten, wie es für die anderen Parteien diese Vergünstigung von westalliierten Seiten gab.⁶¹ Aber auch auf politischer Ebene intervenierte die Besatzungsmacht direkt zu Gunsten der österreichischen Kommunisten: So wurden noch während des Krieges in Ostösterreich überwiegend kommunistische provisorische Bürgermeister installiert und auf Landes- und Bundesebene eine paritätische Beteiligung der KPÖ im Ausmaß eines Drittels erreicht.⁶² Wagner beispielsweise führt diese Praxis der Ernennung kommunistischer Bürgermeister nicht auf Weisungen Moskaus zurück, sondern legt sie in das Ermessen der jeweiligen sowjetischen Kommandanten.⁶³ Aufgrund von Wagners Quellenstudium in Archiven in der Russischen Föderation ist seiner Ansicht vermutlich am ehesten zuzustimmen. Abgegangen wurde von der eben beschriebenen Praxis der bevorzugten Betrauung von Kommunisten mit Ämtern aber beispielsweise bei der Bildung einer vorläufigen Landesregierung für Niederösterreich im Jahr 1945: Die ÖVP erhielt vier Mandate im provisorischen Landesausschuss, die SPÖ drei und die KPÖ zwei.⁶⁴ Weshalb die Sowjets den Landesausschuss in dieser Form genehmigten, ist nicht ganz klar, da die KPÖ doch sichtlich benachteiligt wurde, doch zeigt diese Tatsache ganz deutlich, dass den Sowjets eine

⁵⁷ Ebd. 268.

⁵⁸ Ebd. 496.

⁵⁹ *Mueller*, Politische Mission, 351.

⁶⁰ Ebd. 355.

⁶¹ Ebd. 354.

⁶² Ebd. 357.

⁶³ Vgl. *Wagner*, Besatzungszeit, 69.

⁶⁴ Vgl. *Aichinger*, Sowjetische Österreichpolitik, 211.

Vormachtstellung der KPÖ nicht über alles ging. Aber es gab auch ganz andere Szenarien: In St. Pölten wurden die ersten Gemeinderatswahlen erst 1950 durchgeführt. Obwohl man sich geeinigt hatte, den Gemeinderat entsprechend den Ergebnissen der Landtags- und Nationalratswahlen von 1945 zu besetzen, konnten die Sowjets die Absetzung des kommunistischen Bürgermeisters verhindern.⁶⁵ Wie Mueller festhält, handelte es sich dabei aber ausschließlich um lokale Phänomene, nicht aber um flächendeckende Aktionen der sowjetischen Besatzer zu Gunsten einer bestimmten politischen Partei. Auch nach den für die KPÖ enttäuschenden Ergebnissen der Wahlen 1945 konnte sie mit sowjetischer Hilfe ihre Präsenz erhalten. Ursprünglich hatte die KPÖ Bedenken, noch 1945 wählen zu lassen, weil sie im Vergleich zu SPÖ und ÖVP noch wesentlich schlechter organisiert war. Daher wäre den österreichischen Kommunisten ein späterer Wahltermin lieber gewesen, doch in den sowjetischen Überlegungen spielten die Bedürfnisse der KPÖ eher eine geringe Rolle, denn die „KPdSU setzte also ihre Österreichpolitik nicht über die KPÖ um, sondern durch die sowjetischen Besatzungsorgane in Österreich.“⁶⁶ Die Differenzen zwischen österreichischen Kommunisten und den Interessen der sowjetischen Behörden zeigten sich deutlich in der Frage der Verstaatlichung, die sich bereits 1945 gestellt hatte und 1946 einer Lösung zugeführt wurde: Die KPÖ als vehemente Befürworterin der Verstaatlichung der österreichischen Industrie konnte wohl kaum mit der Gründung des USIA-Konzerns und der Überführung viele Betriebe in sowjetisches Eigentum einverstanden sein. Zwar sicherten die USIA-Unternehmen der KPÖ Stimmen bei den Betriebsratswahlen und Einfluss, doch das alles vor dem Hintergrund, dass die Partei bei den Wahlen 1945 nur vier Mandate erlangt hatte und damit knapp an der Grenze zur Bedeutungslosigkeit vorbeigeschrammt war.⁶⁷ Ein Bericht der Abteilung für Außenpolitik des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über Vorschläge der Führung der KPÖ aus dem Mai 1946 zeigt noch einmal deutlich, dass die österreichischen Kommunisten keine Übertragung des deutschen Eigentums in sowjetische Hände anstrebten.⁶⁸ Vielmehr wollten sie diese deutschen Werte unter die Verwaltung aller Alliierten stellen. Die Führung der KPÖ wollte anscheinend eine sofortige Übernahme der

⁶⁵ Vgl. *Mueller*, Politische Mission, 357.

⁶⁶ *Wagner*, Besatzungszeit, 70.

⁶⁷ Vgl. Manfred *Mugrauer*, Die Politik der KPÖ in der Verstaatlichungsfrage 1945/46. In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* Jg. 13, 2 (Juni 2006) 13–22, hier 18f.

⁶⁸ Vgl. Bericht der Abteilung für Außenpolitik des ZK der VKP(B) über die Vorschläge der Führung der KPÖ für die sowjetische Politik in Österreich und die Entwicklung der Beziehungen der UdSSR und Österreichs, 29. Mai 1946. In: Wolfgang *Mueller*, Arnold *Suppan*, Norman M. *Naimark*, Gennadij *Bordjugov* (Hg.), *Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven* (Wien 2005) Nr. 29, 256–261.

ehemals deutschen Betriebe durch die sowjetischen Militärbehörden. Unklar ist, ob eine Übernahme durch die Sowjets nur den Betrieb der Unternehmen beinhalten sollte oder auch eine Eigentumsübertragung. Die Formulierung lässt das offen. Vorrangiges Ziel der KPÖ dürfte ein Aufschwung der österreichischen Wirtschaft gewesen sein, den man sich von der sowjetischen Hilfe erwartete. Interessanterweise schlugen die österreichischen Kommunisten vor, eine Verwaltung für diese Betriebe einzurichten und die hohen Positionen paritätisch 60% sowjetisch zu 40% österreichisch aufzuteilen. Anscheinend waren die österreichischen Genossen nicht ganz im Bilde, was rund einen Monat später durch den Befehl Nr. 17 in Gang gesetzt werden sollte. Dass Sowjets und österreichische Kommunisten aber oft eng zusammenarbeiteten, sehen wir im Folgenden:

Besonders bedeutend war die Position der Kommunisten in der Polizei, weil die Sowjets gleich im Zuge der Besetzung Österreichs noch im April 1945 vorwiegend Kommunisten zu Bezirkspolizeichefs ernannten und auch ihre polizeilichen Hilfstruppen, die später in den regulären Dienst übernommen wurden, aus dem Kreis der Kommunisten rekrutierten: „Insgesamt war mit sowjetischer Unterstützung in den ersten Wochen der Besetzung eine kommunistisch kontrollierte Polizei geschaffen worden.“⁶⁹ Dem ist aber nur bedingt zuzustimmen, denn alles in allem konnten Ende 1945 und Anfang 1946 nur ungefähr 10% der Wiener Polizisten den Kommunisten zugerechnet werden.⁷⁰ Nicht wenige Mitglieder dieser Truppe entstammten dem österreichischen Bataillon, das in Jugoslawien auf Seiten der Partisanen gegen die Nationalsozialisten gekämpft hatte – auch hier waren Kommunisten deutlich in der Überzahl.⁷¹ Für die Streikbewegungen der Jahre 1949 und 1950 kann konstatiert werden, dass sie von Teilen der sowjetischen Besatzungsmacht zumindest partielle Unterstützung erfuhren, manchmal auch über die Exekutive.⁷² Besonders nach diesen Streikbewegungen von 1949 und 1950 intensivierte die österreichische Regierung ihre Bemühungen, Kommunisten aus der Polizei zu vertreiben, da sie anscheinend an deren Loyalität zweifelte. Es kam jedoch der erschwerende Umstand hinzu, dass „alle

⁶⁹ *Mueller*, Politische Mission 359.

⁷⁰ Vgl. Hans *Hautmann*, Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei. In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* Jg. 19, 2 (Juni 2012) 11–25, hier 11.

⁷¹ Vgl. Karin *Moser*, Aktion und Reaktion. Strukturen der Politik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 bis 1955 (Geisteswiss. Dipl. Wien 2001), 108.

⁷² Vgl. Klaus-Dieter *Mulley*, Befreiung und Besatzung. Aspekte sowjetischer Besatzung in Niederösterreich 1945 – 1948. In: Alfred *Ableitinger*, Siegfried *Beer*, Eduard G. *Staudinger* (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955 (Studien zu Politik und Verwaltung 8, Wien/Köln/Graz 1998), 361–400, hier 365.

Suspendierungen von der sowjetischen Besatzung blockiert“⁷³ wurden. Dazu sind einige Fälle bekannt, in denen österreichische Polizisten, die mehr oder weniger offen mit dem Streik sympathisierten, von ihrer Dienststelle entlassen wurden, aber diese Entlassungen aufgrund von Interventionen der sowjetischen Behörden aufgehoben werden mussten. Besonders kurios gestaltete sich folgender Vorgang in Niederösterreich zu Beginn des Jahres 1950: Der sowjetische Hochkommissar forderte für Niederösterreich zusätzliche Gendarmen an, da das Innenministerium circa 700 Gendarmeriebeamten aufgrund vormaliger Zugehörigkeit zur NSDAP in den Westen versetzen musste. Nun entbrannte ein Streit darüber, wie die nun freien Stellen nachzubetzen seien. Die Sowjets bestanden natürlich darauf, dass ihnen zuerst eine Liste der neuen Sicherheitsbeamten vorgelegt werde. Der Ministerrat beschloss, dies erst nach der Aufnahme der Beamten zu tun. Nach einigem Hin und Her wurden die Gendarmen einfach vom Ministerium zur Ausbildung einberufen. Als die Sowjets dies mitbekamen, drohten sie mit der Besetzung der Gendarmerieschulen, woraufhin das Landesgendarmeriekommando die Gendarmen in Ausbildung außer Dienst stellte. Der Alliierte Rat reagierte nicht auf einen Bericht der Bundesregierung. Schließlich meinte der stellvertretende Hochkommissar Zinev, dass so viele Gendarmen gar nicht notwendig seien. Er einigte sich mit Figl auf Neuanstellungen nach einer vorherigen Überprüfung durch die sowjetischen Stellen.⁷⁴ Die Bundesregierung musste also bei der Ausübung genuiner Kompetenzen mit der Einmischung der Besatzungsmächte rechnen.

Nicht weniger interessant ist aber auch, dass es diese Pläne, Kommunisten im Polizeidienst auf unwichtige Posten abzuschieben oder überhaupt loszuwerden, bereits davor gab, wie ein Sonderbericht des Leiters der Geheimdienstabteilung des Sowjetischen Teils der Alliierten Kommission für Österreich vom September 1947 zeigt.⁷⁵ In dem Dokument ist nicht nur die Rede davon, dass der Kommunist Dr. Dürmayer, Leiter der Staatspolizei, Anfang September entlassen wurde, sondern auch davon, dass innerhalb der nächsten Tage 30 Wiener Polizisten zur Behörde für Preiskontrolle versetzt werden sollten.⁷⁶ Und tatsächlich

⁷³ *Mueller*, Politische Mission, 364.

⁷⁴ Vgl. *Moser*, Aktion und Reaktion, 114–119.

⁷⁵ Vgl. Sonderbericht des Leiters der Geheimdienstabteilung des Sowjetischen Teils der Alliierten Kommission für Österreich, Bogdanov, an den stv. Minister für Staatssicherheit der UdSSR, N. N. Selivanovskij, über Putschgerüchte und -pläne in Österreich, 9. September 1947. In: Stefan *Karner*, Barbara *Stelzl-Marx*, Alexander *Tschubarjan* (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente* (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Sonderband 5, Graz/Wien/München 2005) Nr. 104, 479–485, hier 481.

⁷⁶ Ebd.

kam es in den Jahren 1947 und 1948 zu einer Aussortierung bekannter Kommunisten aus der Staatspolizei, die vor allem von Bundesminister Helmer vorangetrieben wurde.⁷⁷

Eine nicht zu unterschätzende Rolle auch in psychologischer Hinsicht dürften die 1.500 bis 2.000 Mann des bewaffneten Werkschutzes der USIA gespielt haben, denn immerhin waren sie lange Zeit besser ausgerüstet und ausgebildet als die österreichischen Ordnungskräfte.⁷⁸ Vor allem die Sowjets waren in der Frage der Bewaffnung österreichischer Kräfte sehr zurückhaltend.⁷⁹ In der westlichen Besatzungszone wurden ab 1949 bewaffnete Kräfte aufgebaut, welche 1950 in der B-Gendarmerie aufgingen. Bewaffnung und Ausbildung dieser Kräfte übernahmen die amerikanischen Besatzer.⁸⁰ Im Februar 1951 wurde die Aufstellung von sechs Bataillonen (circa 5.000 Mann) beschlossen, 1953, als bereits 3.800 fertig ausgebildet waren, wurde eine Vergrößerung auf 10 Bataillone (ungefähr 8.500 Mann) beschlossen, die von den USA finanziert und ausgebildet wurden.⁸¹ Der Zeitpunkt des Beginns dieser Aufrüstung kurz nach den Oktoberstreiks kann wohl kaum als Zufall angesehen werden. Und in der Tat dürfte einer der Mitgründe dafür gewesen sein, dass die Westalliierten Angst hatten, die Kommunisten könnten die Unzufriedenheit der Bevölkerung für einen Umsturzversuch benützen.⁸²

b. Die Gründung des USIA-Konzerns 1946 und die Beschlagnahmung Deutschen Eigentums in der sowjetisch besetzten Zone Österreichs

Der 27. Juni 1946⁸³ kann als die Geburtsstunde des sogenannten USIA-Konzerns angesehen werden. An diesem Tag wurde der Befehl Nr. 17 des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Österreich, des Generalobersts Kurasov, ausgestellt, am

⁷⁷ Vgl. *Stalzer*, Anpassung und Isolation, 519.

⁷⁸ Vgl. *Moser*, Aktion und Reaktion, 113.

⁷⁹ Vgl. Walter *Blasi*, Die B-Gendarmerie. In: Walter *Blasi*, Erwin A. *Schmidl*, Felix *Schneider* (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag (Wien/Köln/Weimar 2005) 27–74, hier 35.

⁸⁰ Vgl. *Moser*, Aktion und Reaktion, 113.

⁸¹ Vgl. Günter *Bischof*, Austria in the First Cold War, 1945–55. The Leverage of the Weak (Basingstoke/London 1999) 120f.

⁸² Vgl. *Blasi*, B-Gendarmerie, 30.

⁸³ Der Befehl wurde auf dieses Datum rückdatiert. Das dürfte in Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Zweiten Kontrollabkommens und des österreichischen Verstaatlichungsgesetzes stehen. Vgl. Walter M. *Iber*, Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. Zur Vorgeschichte der OMV 1945–1955 (Innsbruck/Wien/Bozen 2011) 76.

5. Juli 1946 über die sowjetische Presseagentur TASS veröffentlicht und am darauffolgenden Tag in der *Wiener Zeitung* abgedruckt.⁸⁴ Damit wurde das gesamte deutsche Vermögen in der sowjetisch besetzten Zone Österreichs zu sowjetischem Eigentum. Diese Zone umfasste das Burgenland, Wien, Niederösterreich und Oberösterreich östlich der Enns und links der Donau, also das Mühlviertel. Die Grundlage für diesen Akt war einerseits die Moskauer Deklaration aus dem Jahr 1943, in der Österreich als erstes Opfer der Angriffspolitik Hitlers gesehen, aber auch zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden angehalten wurde: „Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Beteiligung am Kriege auf Seiten *Hitlerdeutschlands* die Verantwortung trägt“⁸⁵. Andererseits war das Potsdamer Abkommen in diesem Zusammenhang enorm wichtig, da die Alliierten darin einen Maßnahmenkatalog über die Reparationsleistungen des ehemaligen Deutschen Reichs beschlossen. Österreich musste keine Reparationen zahlen, da es offiziell als befreit und nicht als besetzt galt. Im Abkommen wurden die Ansprüche Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion auf deren jeweilige Besatzungszone beschränkt. Die Sowjetunion verleihte sich das deutsche Eigentum in „Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ost-Österreich“⁸⁶ ein. Die USA und Großbritannien sicherten sich die Ansprüche im westlichen Deutschland und allen anderen Staaten außer der eben genannten.⁸⁷ Allerdings wurde es bei der Konferenz unterlassen, den Begriff des deutschen Eigentums genau zu definieren. Der manchmal erhobene Vorwurf, die Sowjetunion habe sich unverschämt bereichert, während die westlichen Alliierten als die „Guten“ nur der europäischen Bevölkerung hätten helfen wollen, ist unhaltbar: „Die UdSSR versuchte eine Legalisierung ihrer Verfügungsberechtigung über das deutsche Eigentum in den Ländern ihres Einflußbereiches gemäß Potsdam zu erreichen, wie es die westlichen Alliierten in den Staaten ihrer Interessenssphäre getan hatten“⁸⁸. Dem Befehl Nr. 17 gingen Bestrebungen der Sowjets voraus, gemeinsam mit Österreich bilaterale Unternehmen zu gründen: 1945 scheiterten Verhandlungen zur Gründung einer bilateralen Erdölgesellschaft namens SANAPHTA an der Ablehnung der provisorischen Regierung Renner, ebenso kam es

⁸⁴ Vgl. *Klambauer, Bezemek*, USIA in NÖ, 18–22.

Befehl Nr. 17 in vollem Wortlaut: vgl. Befehl Nr. 17 des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Österreich, V. V. Kurasov, über den Übergang des Deutschen Eigentums in den Besitz der UdSSR, 27. Juni 1946, RAIÖ, Dokumente, Nr. 97, 456–459.

⁸⁵ Stefan *Karner*, Alexander *Tschubarjan* (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“ (Kriegsfolgen-Forschung 8, Wien/Köln/Weimar 2015) 263.

⁸⁶ *Klambauer, Bezemek*, USIA in NÖ, 1f.

⁸⁷ Ebd.

⁸⁸ *Klambauer*, Die USIA-Betriebe, 22.

nicht zur Aufteilung der DDSG. Diese Bedenken wurden vor allem von amerikanischer Seite genährt, die einen zu hohen Grad der Integration Ostösterreichs in die sowjetische Wirtschaft befürchtete.⁸⁹ Es darf nicht vergessen werden, dass eine Teilung Österreichs noch immer im Bereich des Möglichen lag. General Clark drohte anscheinend Renner und den Sowjets damit, die Provisorische Regierung nicht anzuerkennen – Ende 1945 war das eine ernst zu nehmende und wirksame Drohung.⁹⁰ Dieses Gespenst einer Teilung Österreichs blieb bis zum Ende der Staatsvertragsverhandlungen präsent: Nicht zuletzt deshalb dürfte der Oktoberstreik 1950 in der Beurteilung der Zeitgenossen eine so große Rolle gespielt haben, denn Ende der 1940er Jahre war die Teilung Europas in Ost und West Realität geworden, wie das Beispiel BRD und DDR zeigte.⁹¹ In Folge des Abbruchs der Verhandlungen 1945 bemächtigten sich die Sowjets des Erdöls und der DDSG und gründeten die SMV zur Förderung der niederösterreichischen Erdölvorkommen und eine sowjetische Direktion zur Verwaltung der DDSG.⁹²

Die österreichische Regierung war einigermaßen überrascht und reagierte auf den Befehl Nr. 17 mit dem ersten Verstaatlichungsgesetz vom 26. Juli 1946.⁹³ Das verwundert nach Einsicht in die Akten der Staatskanzlei für Auswärtige Angelegenheiten wenig, denn dort heißt es in einer Stellungnahme der Abteilung 5 (für Wirtschaftspolitik): „Durch die Überlassung deutscher Kapitalinvestitionen in Ostösterreich an Rußland zur Befriedigung von dessen Reparationsansprüchen erscheinen nunmehr die russischen Maschinen- und sonstigen Requisitionen international legalisiert.“⁹⁴ Vielleicht gingen die Österreicher davon aus, dass die Sowjets den Abtransport von Industrieanlagen und anderen Vermögenswerten gegen Ende des Krieges und danach legalisieren wollten. In Wahrheit jedoch waren die sowjetischen Absichten zukunftsorientiert. Vom österreichischen Verstaatlichungsgesetz⁹⁵ waren einige

⁸⁹ Vgl. *Stiefel*, Coca-Cola, 119.

⁹⁰ Vgl. *Mugrauer*, KPÖ in der Verstaatlichungsfrage, 16.

⁹¹ Vgl. *Stalzer*, Anpassung und Isolation, 79.

⁹² Vgl. *Klambauer*, *Bezemek*, USIA in NÖ, 12–14.

⁹³ Vgl. *BKA-RIS*, Bundesgesetz vom 26. Juli 1946 über die Verstaatlichung von Unternehmungen (Verstaatlichungsgesetz), <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10006200> online unter: (7. Dezember 2016).

⁹⁴ Stellungnahme der Abteilung 5 der Staatskanzlei zu einem Amtsvermerk der Abteilung POL (politische Abteilung) der Staatskanzlei für Auswärtige Angelegenheiten vom 4. August 1945. Gegenstand: Konsequenzen der Potsdamer Beschlüsse, 13. August 1945. In: *Alfons Schilcher*, Österreich und die Grossmächte. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945 – 1955 (Materialien zur Zeitgeschichte 2, Wien/Salzburg 1980) Nr. 36, 58–69, hier 67.

⁹⁵ Das Verstaatlichungsgesetz bildete den Anfangspunkt der staatlichen österreichischen Wirtschaft, die immer wieder großen Einfluss auf die Politik ausübte und dabei Kristallisationspunkt der wirtschaftlichen und politischen Eliten war. Vgl. *Philipp Korom*, Die Wirtschaftseliten Österreichs. Verflechtungen von Großunternehmen, Parteinähe und Adel (Konstanz/München 2013).

wichtige Unternehmen betroffen: Damit sollte den Sowjets der Zugriff auf deutsches – und nunmehr österreichisches – Eigentum unmöglich gemacht werden. Von den 70 Unternehmen, die laut Gesetz zu verstaatlichen waren, lagen 44 in der sowjetisch besetzten Zone.⁹⁶ Die Sowjets erkannten aber sofort die Absicht dahinter, und dass deutsches Eigentum betroffen sein würde, und verhinderten die Durchführung des Gesetzes in der sowjetischen Zone.⁹⁷ Teilweise wurde die Gründung der USIA als Reaktion auf das österreichische Verstaatlichungsgesetz gedeutet.⁹⁸ Plausibler erscheint jedoch, dass das Verstaatlichungsgesetz als Schnellschuss (wiewohl bereits seit Mitte 1945 der Gedanke an eine Verstaatlichung innerhalb der Regierung bestanden haben dürfte) gegen die sowjetischen Ambitionen zu deuten ist. Dagegen spricht aber, dass es eigentlich seit Kriegsende Bestrebungen gab, wichtige Wirtschaftssektoren zu verstaatlichen, besonders von Seite der KPÖ.⁹⁹ Bereits 1945 ausgearbeitete Entwürfe scheiterten noch vor der Beschlussfassung an der kategorischen Ablehnung der sowjetischen Seite.¹⁰⁰ Der sowjetische Hochkommissar Generaloberst Kurasov sandte ein Schreiben an Bundeskanzler Figl, in dem er gegen das österreichische Vorgehen protestierte. Figl verlas es in der Nationalratssitzung am 26. Juli 1946:

Herr Bundeskanzler! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß in der veröffentlichten Liste der Betriebe, die der Nationalisierung unterliegen, ehemalige deutsche Unternehmen inbegriffen sind, die auf Grund [...] der Berliner Konferenz und in Übereinstimmung mit meinem Befehl Nr. 17 in das Eigentum der UdSSR. [sic] überzugehen haben. Darunter: 1. Länderbank 2. Zistersdorfer Ölquellen und Erdölfabriken 3. Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft [...] 9. Wiener Lokomotivfabrik A.-G.¹⁰¹

Kurasov verlangte in demselben Schreiben das Ausscheiden von 13 genannten (und oben in einer Auswahl zitierten) Betrieben aus dem Gesetzesentwurf. Das Verstaatlichungsgesetz erwies sich somit als ein untauglicher Versuch, die Inbesitznahme durch die Sowjetunion zu verhindern, ebenso wie die Verleihung der Staatsbürgerschaft an jene Betriebsinhaber, deren

⁹⁶ Vgl. *Baumgartner*, USIA im Burgenland, 164.

⁹⁷ Vgl. *Klambauer, Bezemek*, USIA in NÖ, 27.

⁹⁸ Vgl. *Baumgartner*, USIA im Burgenland, 165.

⁹⁹ Vgl. *Mugrauer*, KPÖ in der Verstaatlichungsfrage, 14.

¹⁰⁰ Ebd. 15.

¹⁰¹ *Parlament der Republik Österreich*, Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Bundesrats am 26. Juli 1946, 696, online unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRsITZ/BRsITZ_00011/index.shtml (9. Dezember 2016).

Unternehmen als deutsches Eigentum eingestuft wurden.¹⁰² Es wurde daher in der sowjetischen Zone blockiert und – unter Berufung auf das Kontrollabkommen – bis zum Abzug der Alliierten 1955 ausgesetzt.¹⁰³ Dies geht aus einem Schreiben Kurasovs an Bundeskanzler Figl hervor: In diesem meint er, solange der Alliierte Rat in der Frage des deutschen Eigentums keine Einstimmigkeit erzielt habe, könne „der genannte Gesetzesantrag in jenem Teil, der sich auf das deutsche Eigentum in der Sowjetzone des besetzten Österreichs bezieht, nicht in Kraft treten.“¹⁰⁴ Überhaupt kam es nach der Veröffentlichung des Befehls Nr. 17 zu langen Verhandlungen und Besprechungen der österreichischen Stellen mit den sowjetischen Befehlshabern, die überwiegend von gegensätzlichen Ansichten in der Sache der Sowjetisierung deutschen Eigentums geprägt waren. Am 15. Juli 1946 waren Bundeskanzler Figl und Bundesminister Krauland in der sowjetischen Kommandantur im Hotel Imperial bei Generaloberst Kurasov bei einer Besprechung den Befehl Nr. 17 betreffend. Wie ein Gedächtnisprotokoll zeigt, dürfte während der fast drei Stunden dauernden Unterredung hauptsächlich der sowjetische Generaloberst gesprochen haben, denn die einzigen vermerkten Wortmeldungen Figls und Kraulands befinden sich am Ende des Protokolls und beinhalten eigentlich nur die Erklärung der beiden, zur Frage des deutschen Eigentums nicht alleine verbindliche Zusagen machen zu können¹⁰⁵. In einem Antwortschreiben auf das verschriftlichte Protokoll dieser Unterredung nahm Figl auf die sowjetischen Forderungen Bezug. In diesem lehnte er die Verantwortung der Regierung für den Beschluss des Verstaatlichungsgesetzes ab und verwies darauf, dass das Parlament unabhängig von der Regierung sei und diese sich nicht in die Behandlung eines Gesetzes einmischen könne, das vom Parlament beschlossen wurde. Außerdem griff Figl zu Recht die unklare Definition des deutschen Eigentums an und verwies darauf, dass die Sowjets geltendes Recht nicht beachten würden, indem beispielsweise die Verwalter der nun sowjetischen Betriebe angewiesen worden seien, die Barbestände ihrer Unternehmen bei der SMB einzuzahlen. Konkret monierte Figl, dass für die SMB keine Konzession erteilt und auch nie um eine solche

¹⁰² Vgl. *Klambauer, Bezemek*, USIA in NÖ, XIII.

¹⁰³ Vgl. *Mugrauer*, KPÖ in der Verstaatlichungsfrage, 18.

¹⁰⁴ Vgl. Schreiben des Oberbefehlshabers (SU-Element) Generaloberst Kurassow an Bundeskanzler Figl, 24. August 1946. In: *Schilcher*, ÖUDG, Nr. 57, 117f., hier 118.

¹⁰⁵ Gedächtnisprotokoll über eine Unterredung Bundeskanzler Figl und Bundesminister Krauland mit Herrn Generaloberst Kurassow, 15. Juli 1946. In: *Schilcher*, ÖUDG, Nr. 55, 111–114.

angesucht worden sei.¹⁰⁶ Von Kurasov kam dann im August die knappe, bereits oben erwähnte Antwort, dass die Alliierten im Rat keinen einstimmigen Konsens erzielen konnten und sich daher am Status quo nichts ändern werde.¹⁰⁷ Die westlichen Alliierten akzeptierten im Gegensatz zu den Sowjets die Verstaatlichungen, die aus dem Verstaatlichungsgesetz von 1946 resultierten, in ihren Besatzungszonen.¹⁰⁸ Von besonderem Interesse sind im Zusammenhang mit dem Befehl Nr. 17 und den folgenden Beschlagnahmungen zwei Arten von Härtefällen im Hinblick auf die Eigentumsverhältnisse:

Bei der ersten Kategorie handelte es sich um Unternehmen deutscher Staatsbürger, die vor den Nationalsozialisten nach Österreich geflüchtet waren oder bereits seit langer Zeit in Österreich ansässig gewesen waren und sich hier eine Existenz aufgebaut hatten. Dass von den Beschlagnahmungen von Unternehmen auch große Betriebe betroffen waren, zeigt das Beispiel der Voith-Maschinenfabrik und Eisengießerei in St. Pölten, denn deren „Gesellschafter Dr. Walther Voith lebte zwar seit 1904 in Österreich, war aber deutscher Staatsbürger“¹⁰⁹. Die Firma Voith wurde somit als deutsches Eigentum angesehen und dementsprechend in die USIA integriert. Nicht vergessen werden sollte jedoch, dass die Firma Voith vom nationalsozialistischen Regime profitiert hatte: So hatte sie unweit ihres Hauptwerkes ein Nebenwerk in der Marktgemeinde Ober-Grafendorf eröffnen können. In den Aufzeichnungen findet sich wenig zur Geschichte des Werkes während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Vor dem Ende des Krieges setzte sich Firmengründer Walther Voith in die Steiermark ab, offiziell, um sich „Ruhe zum Genesen zu geben“¹¹⁰, wie es heißt. Es ist aber nicht auszuschließen, dass er in der Steiermark, die britisch besetzt wurde, weniger Repressionen durch die Besatzungsmacht fürchtete und sich deshalb dorthin begab.

Zum Zweiten waren auch arisierte Unternehmen betroffen, wenn von der sowjetischen Seite befunden wurde, dass bei der Vertreibung der jüdischen Eigentümer ein fairer Preis bezahlt worden sei. Von den 161 USIA-Betrieben in Niederösterreich waren zumindest 42

¹⁰⁶ Antwortschreiben des Bundeskanzler Figl auf ein Schreiben des sowjet. Oberbefehlshabers in Österreich, Generaloberst Kurassow v. 23. Juli 1946 betr. das österreichische Verstaatlichungsgesetz, 31. Juli 1946. In: *Schilcher*, ÖUDG, Nr. 57, 114–116.

¹⁰⁷ Schreiben des Oberbefehlshabers (SU-Element) Generaloberst Kurassow an Bundeskanzler Figl, 24. August 1946. In: *Schilcher*, ÖUDG, Nr. 57, 117f.

¹⁰⁸ Vgl. *Stiefel*, Coca-Cola, hier 114.

¹⁰⁹ *Klambauer, Bezemek*, USIA in NÖ, 219.

¹¹⁰ Birgit *Jürgens*, Thea Voith und die Sammlung „Kirchenkunst aus Europa“ im Museum Schloss Hellenstein (Heidenheim o.J.), 5.

zwischen 1938 und 1945 arisiert worden.¹¹¹ Es kam hier also nicht zu einer Rückgabe an die ehemaligen Eigentümer, sondern zur Einverleibung in die USIA. Nicht nur, dass die Sowjets arisiertes Eigentum übernahmen, sie forderten für eine eventuelle Entschädigung der vormaligen (jüdischen) Eigentümer die Vorlage entsprechender Dokumente, wie in einer Note zum Befehl Nr. 17 präzisiert wurde: Für den Fall, dass im östlichen Österreich nach dem 15. März 1938 aufgrund von Kauf oder Verkauf Eigentum an deutsche Staatsbürger überging und

[w]enn in diesen [...] Fällen ein Element von Gewalt oder nicht voller Vergütung festgestellt (dokumentarisch bestätigt) wird, kann das Sowjetkommando in solchen Fällen entweder die Aktiven dem früheren Eigentümer zurückgeben unter der Bedingung, daß dem Sowjetkommando alle Summen vergütet werden, die jener [der frühere Eigentümer] von den Deutschen erhalten hat, oder umgekehrt, es kann zustimmen bei Beibehaltung der Eigentumsrechte, daß dem (früheren Eigentümer) die Differenz zwischen der faktischen und ihm ausgezahlten Summe und dem wirklichen Wert des Eigentums nach dem Stand des Unterhandlungstages ausgezahlt wird.¹¹²

Schon die Formulierung impliziert, dass die Entscheidung letztendlich bei den sowjetischen Amtsträgern lag. Diese konnten im Sinne der vertriebenen jüdischen Eigentümer handeln, aber es lag in ihrem eigenen Ermessen. Stiefel beschreibt die Problematik folgendermaßen: „Am problematischsten war aber die Übernahme von 41 ehemals arisierten Betrieben. Da die Arisierung mit einer finanziellen Entschädigung verbunden war, [...] gingen die Sowjets von einer Eigentumsübertragung aus“¹¹³. Allerdings wäre es unzutreffend, den Sowjets Entgegenkommen in der Frage arisierter Unternehmen gänzlich abzusprechen. In einigen Fällen (wie zum Beispiel dem Unternehmen Jungbunzlauer in Laa an der Thaya) kam es durchaus zur Rückführung an die ehemaligen Eigentümer des Unternehmens.¹¹⁴ Auffallend ist die schwankende Zahl an arisierten Unternehmen in der USIA, die sich in verschiedenen Publikationen findet. Stiefel geht von 41 zuvor arisierten USIA-Betrieben aus, Iber verweist auf das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, das 1947 52 Unternehmen auflistete,¹¹⁵ während Bezemek von circa 20% spricht.¹¹⁶ Eine Lösung dieser Zahlenproblematik kann hier nicht geboten werden, sondern lediglich die begründete

¹¹¹ Vgl. Klambauer, Bezemek, USIA in NÖ, 55.

¹¹² Ebd. 23f.

¹¹³ Stiefel, Coca-Cola, 117.

¹¹⁴ Vgl. Rathkolb, Historische Fragmente, 151.

¹¹⁵ Vgl. Walter M. Iber, Erdöl statt Reparationen. Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich 1945–1955. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009), 571–605, hier, 582.

¹¹⁶ Vgl. Bezemek, USIA-Betriebe, 267f.

Vermutung, dass sich die tatsächliche Anzahl an geraubten Betrieben vermutlich in diesem Bereich zwischen 40 und 80 (das wären circa 20% der Gesamtanzahl an Unternehmen der USIA) bewegt. Der Umgang mit zuvor arisierten Betrieben war also durchaus ambivalent, meistens wurden die Unternehmen jedoch von sowjetischer Seite nicht zurückgegeben, was auch ein Blick in die Geschichte der Industriebetriebe Niederösterreichs zeigt: Die Erste Österreichische Maschinenglasindustrie-Aktiengesellschaft (EOMAG) in Brunn am Gebirge wurde 1939 arisiert, nachdem die Eigentümer der Familie Weiss sich 1938 zur Emigration gezwungen sahen, 1946 bis 1955 gehörte das Unternehmen zur USIA. 1953 wurden die Verhandlungen über die Restitution an die ehemaligen Eigentümer abgeschlossen und erst nach dem Abzug der Sowjets wurde der Betrieb zurückgegeben.¹¹⁷ Ähnlich verhielt es sich mit Baumwollspinnerei und -weberei der Familie Mauthner in Götzendorf: 1943 wurde das Unternehmen arisiert, aber während der USIA-Zeit nicht restituert, sondern erst 1958.¹¹⁸ Und als drittes Beispiel sei die Ceresinfabrik in Stockerau genannt, die 1939 von einer Hamburger Firma übernommen, 1946 in die USIA integriert und 1951 vermutlich aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt wurde.¹¹⁹ Es kam anscheinend nie zu ernsthaften Gesprächen über eine mögliche Rückgabe an die vormaligen Eigentümer oder deren Erben.

Dass die Frage des deutschen Eigentums in Österreich von großer Bedeutung für die Sowjetunion war, verdeutlicht die Quantität des deutschen Auslandsguthabens. So betrug das deutsche Auslandsvermögen 1938/39 weltweit rund 4 Milliarden Dollar, wovon 1,5 Milliarden auf Österreich entfielen. Nicht eingerechnet sind dabei Patente und sonstige immaterielle Vermögenswerte. Betrachten wir das deutsche Auslandsvermögen in Europa, so entfielen circa zwei Drittel davon auf Österreich.¹²⁰ Es ist kaum anzunehmen, dass sich dieser Sachverhalt im Verlauf des Krieges grundlegend änderte. Im Wesentlichen gibt es zwei Gründe für das hohe Aufkommen deutscher Vermögenswerte auf dem Gebiet der Zweiten Republik: Zum Ersten lag es natürlich am Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und den darauffolgenden deutschen Investitionen unter anderem im Rüstungssektor in den Jahren von 1938 bis 1945. Nicht unwesentlich war dabei auch die Verlagerung deutscher Rüstung aus den von britischen und amerikanischen Bombern erreichbaren klassischen Industriezentren in

¹¹⁷ Vgl. Gerhard *Stadler*, *Das industrielle Erbe Niederösterreichs. Geschichte – Technik – Architektur* (Wien/Köln/Weimar 2006) 120f.

¹¹⁸ Ebd. 242f.

¹¹⁹ Ebd. 767.

¹²⁰ Vgl. *Kimmel*, *Die wirtschaftlichen Folgen der Reparationszahlungen Deutschlands* (Diss. München 1973) 184f.

Westdeutschland in den Alpenraum. Zum Zweiten spielten die oben bereits erwähnten Abrisierungen jüdischen Vermögens eine wichtige Rolle. Dadurch erwarben viele deutsche Staatsbürger Eigentum auf österreichischem Boden.¹²¹ Unklar ist auch, wie mit Unternehmen umgegangen wurde, die zwar in deutschem Besitz, aber einem nichtdeutschen Konzern zugehörig waren: Die Erste Österreichische Glanzstoff-Fabrik in St. Pölten befand sich zwar mehrheitlich in niederländischem Besitz, wurde aber 1946 trotzdem von den Sowjets in den USIA-Konzern überführt.¹²² Zuvor war sie ein bedeutender Rüstungskonzern gewesen.

Der Phase der Übergaben des deutschen Eigentums an die Sowjets war bereits eine Phase des Sichtens und Erforschens vorausgegangen: Die sowjetische Abteilung zur Erforschung des Deutschen Eigentums widmete sich ab dem Frühsommer 1946 dem Sichten, Beschlagnahmen und Organisieren auf Grundlage des Potsdamer Abkommens. Diese Abteilung arbeitete auch mit der KPÖ zusammen.¹²³ Der Befehl Nr. 17 brachte die österreichischen Behörden nun massiv unter Handlungsdruck, zumal die Regierung dem sowjetischen Ansinnen negativ gegenüberstand, was zum oben erwähnten Verstaatlichungsgesetz führte, während der Befehl aber seine Nichtbefolgung mit Sanktionen bedrohte. Er verpflichtete die österreichischen Behörden bis auf die Ebene der Bürgermeister zur Mitarbeit und zur Meldung von deutschem Eigentum an die zuständigen sowjetischen Kommandanten:

Sämtliche Behörden, Ämter, Organisationen und Privatpersonen, die Eigentum und Vermögenswerte, die in das Eigentum der Sowjetunion übergegangen sind, verwahren oder verwalten, haben dieses an die Verwaltung für sowjetisches Eigentum im östlichen Österreich zu übergeben. [...] Alle Bürgermeister, Vorsteher von staatlichen Dienststellen, Bezirken und Gemeinden im östlichen Österreich, auf deren Gebiet sich ehemaliges Deutsches Eigentum befindet [...] haben die notwendigen Maßnahmen zu seiner Sicherstellung zu treffen und den sowjetrussischen Ortskommandanten binnen 10 Tagen Meldung zu erstatten.¹²⁴

Einige Zeitgenossen sahen darin einen Konflikt für die österreichischen Beamten, da diese auf der einen Seite dem Befehl des sowjetischen Oberkommandierenden entsprechen mussten, auf der anderen Seite aber auch der österreichischen Rechtslage Rechnung zu tragen hatten.¹²⁵ Daher teilte die österreichische Bundesregierung über die *Wiener Zeitung* vom 17. Juli 1946 mit, dass alle Ansprüche auf Eigentum dem Bundesministerium für

¹²¹ Vgl. Stiefel, Coca-Cola, 114.

¹²² Vgl. Stadler, Industrielles Erbe, 605.

¹²³ Vgl. Stiefel, Coca-Cola, 116.

¹²⁴ Klambauer, Bezemek, USIA in NÖ, 21f.

¹²⁵ Vgl. Klambauer, USIA-Betriebe, 231.

Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung zu melden und in dessen Kompetenz zu übertragen seien.¹²⁶ Dies kann als Verzögerungstaktik angesehen werden, aber auch als probates Mittel, um einen Überblick über das Ausmaß der Beschlagnahmen zu gewinnen. Die Sowjets gingen darauf aber nicht ein, viele Übergaben fanden im Rahmen österreichisch-sowjetischer Kommissionen vor Ort direkt in den Betrieben statt.¹²⁷ Die Akribie, mit der die sowjetischen Behörden vorgehen, vermag auch heute noch zu überraschen, denn nicht nur große Industriebetriebe wurden erforscht und gegebenenfalls beschlagnahmt, sondern auch teilweise äußerst kleine Unternehmen. Als Beispiel sei hier die Ruine einer der bekanntesten Windmühlen der ehemaligen Monarchie in Markgrafneusiedl angeführt, die aber bereits 1862 abgebrannt war. Sie wurde trotz ihrer vermutlich nicht vorhandenen wirtschaftlichen Bedeutung der USIA angegliedert.¹²⁸

Ein interessantes Detail stellt die sowjetische Einschätzung der Reaktion der österreichischen Bevölkerung auf die Veröffentlichung und Durchführung des Befehls Nr. 17 dar: Wie Wagner in seiner Diplomarbeit festhält, stand die österreichische Bevölkerung dieser Aktion sehr kritisch gegenüber, was vor allem Protesten der ÖVP und SPÖ zu verdanken sei. Die Arbeiterschaft begrüße jedoch diesen Schritt und stehe hinter den Sowjets. Belegt wurde dies jedoch nur durch Berichte aus USIA-Betrieben, so Wagner.¹²⁹

c. Struktur und Umfang der USIA

Zu Beginn seiner Geschichte hieß der Komplex der sowjetischen Unternehmen in Österreich abgekürzt noch USIWA, jedoch wurde der Name Ende 1947 abgeändert, sodass sich die Kurzform USIA etablierte, auch für die Zeit vor der Umbenennung.¹³⁰ Die USIA war ein selbständiges Unternehmen, das getrennt von SMV und DDSG geführt wurde.¹³¹ Diese beiden anderen Unternehmenskomplexe werden deshalb hier nur am Rande behandelt. Der Gesamtbestand an Unternehmen innerhalb des Verwaltungsbereichs der USIA belief sich auf 419 zum Zeitpunkt der ersten Übernahmen und umfasste nicht nur Industriebetriebe, sondern

¹²⁶ Vgl. Wiener Zeitung (17.7.1946) 2.

¹²⁷ Vgl. Klambauer, USIA-Betriebe, 230.

¹²⁸ Vgl. Stadler, Industrielles Erbe, 461.

¹²⁹ Vgl. Wagner, Besatzungszeit, 104.

¹³⁰ Vgl. Klambauer, USIA-Betriebe, 249.

¹³¹ Ebd. 250.

auch einige Landwirtschaften und Firmen mit gemischtem Charakter.¹³² Bei der Übernahme der Betriebe im Jahr 1946 arbeiteten rund 22.000 Arbeiter und Angestellte für die USIA. Diese Zahl erhöhte sich bis 1955 auf circa 53.000, ein nicht unwesentlicher Faktor bei einer Gesamtzahl von Arbeitstätigen auf dem gesamten Bundesgebiet von rund zwei Millionen.¹³³ Dies wird später in dieser Arbeit noch im Zusammenhang mit den Streiks von 1950 von Interesse sein. Außerdem sehen wir, dass von diesen circa 50.000 Arbeitern und Angestellten viele am Streik teilnahmen.

Die USIA-Zentrale lag zuerst im vierten Wiener Gemeindebezirk, übersiedelte dann aber in den ersten Bezirk in dasselbe Gebäude im Trattnerhof wie die Sowjetische Militärbank.¹³⁴ Ein sowjetischer Generaldirektor stand der USIA mit jeweils einem Stellvertreter für kommerzielle, personelle und politische Angelegenheiten vor.¹³⁵ Daneben gab es noch sieben Abteilungen mit je unterschiedlichen Aufgaben: die Planabteilung, die eng mit den Moskauer Stellen zusammenarbeitete; die kommerzielle Abteilung, die Ex- und Import regelte; die Finanzabteilung; die juristische Abteilung, die auch Wien-Film¹³⁶ und DDSG betreute; die Abteilung zur Ausforschung deutschen Eigentums; die Geheimabteilung und die Gewerkschaftsabteilung, die beide mit dem sowjetischen Geheimdienst NKWD zusammenarbeiteten. Die USIA und ihre Schwestergesellschaften in anderen europäischen Staaten unterstanden der GUSIZ in Moskau. Ähnlichkeiten ergeben sich unter anderem im Vergleich mit der USIG in Deutschland und den in ihr eingegliederten SAG-Betrieben.¹³⁷ Zugleich mit der USIA wurde die SMB ins Leben gerufen, die vollkommen exterritorial und der Kontrolle der österreichischen Behörden vollständig entzogen war. Die SMB erledigte die Verrechnung der USIA-Unternehmen und vergab an diese Kredite, sofern notwendig. Sie war ein entscheidender Baustein der sowjetischen Besatzungsmacht und direkt der sowjetischen Staatsbank in Moskau unterstellt.¹³⁸ Die SMB wurde in Folge der Beschlagnahmungen am 2.

¹³² Vgl. Klambauer, USIA-Betriebe, 256. Vgl. *Parlament der Republik Österreich*, Stenographisches Protokoll der 76. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 20. Juli 1955, 3447, online unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VII/NRSITZ/NRSITZ_00076/index.shtml (10. Dezember 2016). Die Zahl schwankt in der Literatur bis heute. Die Größenordnung stimmt aber jedenfalls.

¹³³ Vgl. Klambauer, USIA-Betriebe, 257f.

¹³⁴ Vgl. Klambauer, *Bezemek*, USIA in NÖ, 31.

¹³⁵ Ebd. 32.

¹³⁶ Vgl. einen Überblick dazu bei Oliver Rathkolb, Die „Wien-Film“-Produktion am Rosenhügel. Österreichische Filmproduktion und Kalter Krieg. In: Hans Heinz Fabris, Kurt Luger (Hg.), *Medienkultur in Österreich. Film, Fotografie, Fernsehen und Video in der Zweiten Republik* (Kulturstudien. Bibliothek der Kulturgeschichte 11, Wien/Köln/Graz 1988), 117–132.

¹³⁷ Vgl. Klambauer, USIA-Betriebe, 238f.

¹³⁸ Vgl. Klambauer, *Bezemek*, USIA in NÖ, 57f.

August 1946 gegründet. Ab diesem Datum mussten alle sowjetisch verwalteten Betriebe ein Konto bei der SMB haben, die deren Zahlungsverkehr abwickelte.¹³⁹ Besondere Bedeutung erlangte diese Bank auch deshalb, weil sie als einzige an USIA-Betriebe Kredite vergab, sieht man einmal von den der letzten Zeit der Besatzung ab, in der ein Ende der sowjetischen Verwaltung bereits vorhersehbar war.¹⁴⁰ Die Gründung der SMB war bereits in demselben Entwurf des Ministerrates der UdSSR vom März 1946 vorgesehen, der die Grundlage für den Befehl Nr. 17 vom Sommer desselben Jahres bildete.¹⁴¹ Dass die USIA eine Art eigenes Universum auf österreichischem Boden bildete, davon zeugen nicht nur die Existenz einer eigenen Zentrale – was ja prinzipiell nichts Ungewöhnliches ist – und einer eigenen Bank – was schon seltener vorkommt –, sondern auch das Vorhandensein einer eigenen Zensurstelle für Post von und an USIA-Betriebe. Diese zweigte die Post von der österreichischen Post ab und kontrollierte Schriftstücke auf ihren Inhalt. Es gab eigene Vorrichtungen, um Briefe über Dampf öffnen und wieder verschließen zu können. Dann wurden die Poststücke abgestempelt und wieder in Umlauf gebracht.¹⁴²

In den Zonen der Westalliierten wurde der Anspruch auf das deutsche Eigentum nicht so vehement durchgesetzt, wie es in der sowjetischen Zone der Fall war. Andererseits muss fairerweise auch festgehalten werden, dass keiner der anderen Alliierten ähnlich große Verluste an Menschenleben, landwirtschaftlicher und industrieller Kapazität erlitten hatte wie die Sowjetunion.¹⁴³ Daher bildeten die in deutschem Besitz befindlichen Betriebe in Ostösterreich einen wichtigen Baustein der sowjetischen Nachkriegsindustrie. Alleine in Oberösterreich wurden 70 Industriebetriebe von den USA als deutsches Eigentum beschlagnahmt. Die Amerikaner übergaben die betreffenden Einrichtungen in ihrer Besatzungszone jedoch am 16. Juli 1946 der österreichischen Regierung, unter anderem die Eisen- und Stahlwerke Linz, die Stickstoffwerke Linz, das Aluminiumwerk Ranshofen und die

¹³⁹ Vgl. *Klambauer*, USIA-Betriebe, 291.

¹⁴⁰ Ebd. 294.

¹⁴¹ Vgl. Entwurf eines Beschlusses des Ministerrates der UdSSR über den Übergang deutschen Eigentums in Ostösterreich in das Vermögen der UdSSR (Grundlage des Befehls Nr. 17), März 1946. In: Stefan *Karner*, Barbara *Stelzl-Marx*, Alexander *Tschubarjan* (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente* (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Sonderband 5, Graz/Wien/München 2005) Nr. 93, 430 – 437, hier 431.

¹⁴² Vgl. Richard A. *Krueger*, *Soviet Authorities' Clandestine Surveillance of Domestic and International Mails to and from Soviet Controlled Industrial and Trading Facilities in Occupied Austria 1946–1953* (Fort Washington o.J.), 5–9.

¹⁴³ Vgl. *Stiefel*, Coca-Cola, 115.

VÖEST zur treuhändischen Verwaltung.¹⁴⁴ Die VÖEST, die als „War Baby“ für den österreichischen Markt überdimensioniert war, spielte bei den späteren Streiks noch eine wichtige Rolle, wie noch zu zeigen sein wird.¹⁴⁵

In den beschlagnahmten Unternehmen wurden die österreichischen Direktoren oder Verwalter durch sowjetische ersetzt oder belassen aber den entsprechenden sowjetischen Stellen untergeordnet. Wovon das genaue Verhalten der Sowjets abhing, kann nicht eindeutig geklärt werden. Manche Betriebe wurden sogar in ihrer alten Struktur belassen und der USIA nur formal unterstellt: Die Geschosspresserei der deutschen Globus Waldgatter-Gesellschaft Kliemke & Co. wurde im August 1946 in die USIA eingegliedert, doch die technische Leitung erfolgte im Einvernehmen mit den Sowjets, nicht durch diese. Außerdem durfte bis 1947 frei über die Produktion entschieden werden, doch „die Erlöse sowie zwölf Prozent des Umsatzes waren als Verwaltungsabgabe an die sowjetische Militärbank abzuführen“¹⁴⁶. Ähnlich verhielt es sich mit dem Echtenbacherwerk, einem Steinbruch in Schrems, der zwar von der USIA übernommen wurde, doch diese zeigte kein Interesse am Weiterführen des Betriebs. Deshalb führten ihn die Arbeiter kurzerhand in Selbstverwaltung weiter.¹⁴⁷

Nahezu eine Anekdote aus der Zeit der sowjetischen Wirtschaftstätigkeit in Österreich sind die USIA-Läden, kleine Lebensmittelgeschäfte, die Waren des täglichen Bedarfs relativ günstig anbieten konnten, weil die Sowjets die Zoll- und Steuerbestimmungen nicht beachteten. 1955 gab es 126 dieser kleinen Geschäfte.¹⁴⁸ Interessant hierbei ist auch, dass es etwas verpönt gewesen sein dürfte, in diesen Läden einzukaufen. „Anständige“ Österreicherinnen und Österreicher – so scheint es zumindest – kauften eher nicht dort ein. Dennoch erfreuten sich die Läden nicht zuletzt deshalb großer Beliebtheit, weil Waren dort bis zu 50% billiger waren als in österreichischen Geschäften. Tatsächlich belegt ein Dokument aus dem Jahre 1950, dass Želtov und Koptelov den Vorschlag machten, die sowjetischen Läden sollten um 10 bis 15% billiger sein als die österreichischen, um den Sowjets mehr

¹⁴⁴ Vgl. Kurt *Tweraser*, Der Marshallplan und die österreichische Eisen- und Stahlindustrie: Fallbeispiel VÖEST. Deutsches Eigentum, Verstaatlichung, Wirtschaftsplanung und -lenkung. 1945–1950. In: *Bischof, Stiefel*, 80 Dollar, 217–248, hier 217.

¹⁴⁵ Für eine Zusammenfassung der Unternehmensgeschichte der VÖEST vgl. Franz *Mathis*, Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen (Wien 1987) 333–336.

¹⁴⁶ *Stadler*, Industrielles Erbe, 674.

¹⁴⁷ Ebd. 703.

¹⁴⁸ Vgl. *Iber*, SMV, 78.

österreichische Schillinge zuzuführen.¹⁴⁹ Insgesamt dürfte es ungefähr 200 dieser Läden gegeben haben, was aber nicht genau eruierbar ist, weil die Sowjets beispielsweise in Wien manche ihrer Geschäfte nicht unter dem Namen USIA betrieben.¹⁵⁰ Sehr anschaulich wird ein solcher Laden von Peter Weinberger beschrieben, der als Kind manchmal geschickt wurde, um Milch zu holen. In seinen Erinnerungen kommen hauptsächlich Waren des täglichen Bedarfs vor, zum Beispiel Seife, Kerzen, Wurst und Milch.¹⁵¹ Und tatsächlich dürften sich die österreichischen Kaufleute von den sowjetischen Läden bedroht gefühlt haben, in denen durchaus auch nichtalltägliche Waren wie Motorräder gehandelt wurden. Wirtschaftszeitungen bezeichneten Expansionspläne dieses Vertriebsnetzes als „USIA-Invasion“¹⁵².

Auch war die Abgrenzung von USIA, SMV und DDSG für österreichische Behörden nicht unproblematisch. Selbst das Bundesministerium für Finanzen verfügte vor der Rückgabe nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages über keine zuverlässigen Aufstellungen des Umfangs der beschlagnahmten Unternehmen.¹⁵³ Zusätzlich zu den eingangs erwähnten undurchsichtigen Verwaltungs-, Befehls- und Hierarchiestrukturen auf Seiten der Sowjets dürfte dies ausschlaggebend gewesen sein für die Wahrnehmung der USIA als Komplex von Russenbetrieben (Industrieunternehmen) und Russenläden (Lebensmittelgeschäfte).¹⁵⁴

Die größten Unternehmen innerhalb der USIA waren die Maschinenbaufabrik Voith mit circa 2.300 Beschäftigten, die Kunstseidefabrik Glanzstoff mit 1.200 Arbeitern und Angestellten, Austro-Fiat beschäftigte 800 Personen, AEG-Elektrotechnik 1.000 Menschen, die beiden Siemens-Schuckert-Werke boten 2.500 Personen Arbeit, Wiener Kabel beschäftigte 1.000 Menschen, Wiener Brückenbau ungefähr 900 und Waagner Biró hatte circa 1.500 Angestellte und Arbeiter.¹⁵⁵ Diese Auswahl zeigt auch, wieso St. Pölten mit den beiden großen

¹⁴⁹ Vgl. Aktennotiz des Chefs der Haupt-Verwaltung des sowjetischen Vermögens im Ausland durch den Ministerrat der UdSSR V. Merkulovs an A.I. Mikojan über Maßnahmen zur Steigerung der Handelstätigkeit der sowjetischen Einrichtungen in Österreich und Steigerung der Einkünfte österreichischer Valuta, 8. Juli 1950. In: Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 31a, 41–43, hier 41.

¹⁵⁰ Vgl. Baumgartner, USIA im Burgenland, 174.

¹⁵¹ Vgl. Peter Weinberger, Wohlgeordnete Einsamkeit (Weißkirchen in der Wachau 2013) 7f.

¹⁵² Die Wirtschaft (30.9.1950).

¹⁵³ Vgl. Iber, SMV, 82f.

¹⁵⁴ Vgl. Baumgartner, USIA im Burgenland, 161.

¹⁵⁵ Vgl. Bericht der Abteilung für innenpolitische Fragen des Apparates des Hochkommissars der UdSSR in Österreich über die politische Arbeit in den USIA-Betrieben, vor dem 27. Mai 1954. In: Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark, Gennadij Bordjugov (Hg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven (Wien 2005) Nr. 88, 928–941, hier 929.

Betrieben Voith und Glanzstoff ein lohnender Untersuchungsgegenstand für diese Arbeit sein kann.

d. Die Entwicklung der USIA bis zum Ende der Besatzungszeit

Die Entwicklung der sowjetischen Industriebetriebe in Ostösterreich kann in zwei Phasen eingeteilt werden: In der ersten Phase überwog der Abtransport von Maschinen und Fabrikseinrichtung in Richtung Osten. Im Herbst 1945 und Frühjahr 1946 gab es dann einen Übergang, der als Beginn einer zweiten Phase gesehen werden kann: Im sowjetisch besetzten Österreich wurde dazu übergegangen, die vorhandenen Betriebsmittel wieder zu nutzen und vor Ort Produktionskapazitäten aufzubauen. Deshalb wurde in den USIA-Betrieben auch kaum demontiert, was auch damit zu tun hat, dass Maschinen oft unsachgemäß demontiert, transportiert und aufgestellt wurden, sodass es wirtschaftlich kaum sinnvoll war, eine Fabrik abzubauen, in die Sowjetunion zu transportieren und dort wieder aufzustellen. Nach der Übernahme durch die Sowjets wurde sofort danach getrachtet, die Betriebe so ergiebig wie möglich zu führen – Nachhaltigkeit gehörte nicht zu den primären Zielen der sowjetischen Verwalter, sodass oft – wenn überhaupt – nur geringe Investitionen getätigt wurden, die der Aufrechterhaltung der Produktion dienten.¹⁵⁶ Von dieser Regel gab es auch Ausnahmen. Die Eingliederung der Betriebe auch in verwaltungstechnischer Hinsicht kann am Beispiel der J.M. Voith, Maschinenfabrik und Eisengießerei gezeigt werden: Nach der Einnahme St. Pöltns durch die Rote Armee im April 1945 bildete sich eine provisorische Werksleitung, die von den Sowjets belassen wurde. Als der Betrieb mit seinen Zweigstellen in die USIA übernommen wurde, wurden ein sowjetischer Generaldirektor, ein Oberingenieur und ein Hauptbuchhalter über die Werksleitung gestellt.¹⁵⁷ Oftmals ging die Übernahme aber nicht reibungslos vonstatten. So liegen beispielsweise einige Berichte vor, die nahelegen, die Sowjets hätten bereits Aufträge erteilt, aber noch keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, sodass gerade noch genügend Geld vorhanden sei, um die Löhne und Gehälter des laufenden Monats zu bezahlen.¹⁵⁸ Die SMB wurde schließlich auch erst einen Monat nach dem Befehl Nr. 17 ins Leben gerufen.

¹⁵⁶ Vgl. Klambauer, *Bezemek*, USIA in NÖ, 61.

¹⁵⁷ Ebd. 219f.

¹⁵⁸ Vgl. Klambauer, USIA-Betriebe, 236.

Ende 1946, nachdem die Durchsetzung des Verstaatlichungsgesetzes endgültig gescheitert war, machte die österreichische Regierung einen Vorstoß und unterbreitete den Sowjets Rückkaufvorschläge für circa 50 beschlagnahmte Betriebe, doch die zuständigen sowjetischen Behörden vermuteten (zu Recht) amerikanische Kredite hinter dieser Aktion und lehnten den Vorschlag samt und sonders ab. Im Gegenzug machten sie vielmehr erneut Angebote, bilaterale Unternehmen zu gründen.¹⁵⁹ Die österreichischen Behörden stemmten sich den sowjetischen Ambitionen sogar so stark entgegen, dass sie die Eintragung der Sowjetbehörde in das österreichische Grundbuch und das Handelsregister vehement ablehnten.¹⁶⁰ Im Gegenzug machte die USIA-Verwaltung die Bezahlung von Abgaben und Steuern von einer Eintragung in das amtliche Register abhängig. Die österreichischen Behörden blieben jedenfalls hartnäckig, sodass die Bundesregierung noch im Jahr 1952 ein Ansuchen des sowjetischen Hochkommissars auf Eintragung in das Handelsregister ablehnte.¹⁶¹ Eine Ausnahme bildete beispielsweise die Firma J. M. Voith in St. Pölten, die im Handelsregister als Eigentum der UdSSR eingetragen wurde.¹⁶²

Wiewohl die USIA insgesamt aufgrund guter Rahmenbedingungen – so zahlte sie zwar theoretisch Lohn- und Grundsteuer, aber keine Kommunalabgaben, keine Zölle und keine Kammerumlagen¹⁶³ – über eine recht gute finanzielle Grundlage verfügte, geriet sie doch des Öfteren in wirtschaftliche Probleme. So fanden immer wieder Stilllegungen, zum Beispiel im Winter 1946/47 wegen Strom- und Kohlemangels, oder Kündigungen statt. Beispiele für Personalabbau sind das Granitwerk Schrems und der Wien-Film: In Schrems wurden bis November 1950 circa 60 Arbeiter entlassen, bei der Wien-Film waren es zwei Drittel.¹⁶⁴ Diese Entwicklung dürfte es auch in der Voith in St. Pölten gegeben haben: Dem Arbeitsbuch eines 1922 geborenen St. Pöltners ist zu entnehmen, dass er von 1938 bis 1941 in der Voith als Modelltischler in die Lehre ging und vom 16. Juni 1941 bis zum 3. Oktober 1946 dort als eben solcher arbeitete. Dann wurde er am 31. März 1947 wieder in den Betrieb aufgenommen. Über die Kündigungsgründe kann hier nur spekuliert werden. Anzunehmen ist aber, dass es aufgrund der Auftragslage zu wenig Arbeit gab und daher Kündigungen vorgenommen werden mussten. In den Feldern zu den Angaben zum Wehrdienst finden sich keine Einträge. Er dürfte

¹⁵⁹ Ebd. 339–341.

¹⁶⁰ Vgl. *Stiefel*, Coca-Cola, 119.

¹⁶¹ Vgl. *Klambauer*, USIA-Betriebe, 346–350.

¹⁶² Ebd. 347. Wiener Zeitung (30. 8. 1946).

¹⁶³ Vgl. *Klambauer*, USIA-Betriebe, 350.

¹⁶⁴ Ebd. 356f.

daher als Modelltischler in einer Maschinenfabrik zu wichtig gewesen sein, um zur Wehrmacht eingezogen zu werden.¹⁶⁵ Ähnliche Meldungen über eine schwache Auftragslage gab es auch aus anderen Betrieben Ostösterreichs: Die Floridsdorfer Lokomotivfabrik fertigte beispielsweise alles Mögliche, was nachgefragt wurde. So sagte ein Zeitzeuge aus, während „der USIA Zeit sind für die Russen viele artfremde Maschinen hergestellt worden, z.B.: Bauwinden oder Fassbindemaschinen.“¹⁶⁶ Solche Anfragen wurden über die GUSIZ in Moskau abgewickelt, die die Aufträge dann bearbeitete. Eine derartige Korrespondenz liegt beispielsweise aus dem Jahr 1949 vor: In einem Brief bat der Kommandeur der Luftstreitkräfte der UdSSR und stellvertretende Verteidigungsminister der UdSSR Varšavinin den Chef der GUSIZ, Merkulov, um die Zuteilung von 300 Generatoren für Strahlflugzeuge aus der Produktion der USIA.¹⁶⁷ Eines der Spezifika der sowjetischen Wirtschaftspolitik war sicherlich die Planmäßigkeit der Produktion über verhältnismäßig große Zeiträume, sodass bei kurzfristigem Bedarf nur bedingt flexibel reagiert werden konnte. Auch in dem eben skizzierten Fall war es nicht anders: Der Antwortbrief Merkuloys vom 19. Februar 1949 dürfte ernüchternd gewesen sein, stellte der Chef der GUSIZ darin doch nur 20 Motorgeneratoren in Aussicht, die nicht vor dem vierten Quartal 1949 zur Verfügung gestellt werden können würden.¹⁶⁸

Im Laufe der ersten Besatzungsjahre kristallisierten sich zwei gegensätzliche Typen innerhalb der USIA-Betriebe heraus: Auf der einen Seite befanden sich Betriebe, die nur mit allernotwendigsten Mitteln am Laufen gehalten wurden, auf der anderen Seite florierende Unternehmen, die ihren Mitarbeitern sogar zahlreiche Vergünstigungen und Lebensmittelzuweisungen angedeihen lassen konnten. Beispiele für die erste Kategorie sind

¹⁶⁵ Das Arbeitsbuch wurde freundlicherweise als Kopie vom Voith-Museum am Standort St. Pölten zu Verfügung gestellt. Es wurde auch in einer Publikation anlässlich des hundertjährigen Bestehens in St. Pölten veröffentlicht: Ernst *Brandstetter*, Von der Traisen zum Huang Pu Jiang. 100 Jahre Voith St.Pölten (St.Pölten/Wien 2003), 78.

¹⁶⁶ Ingrid *Trummer*, Alexander *Stollhof* (Hg.), „... Bei uns in der Lofag ...“. Erinnerungen an die Floridsdorfer Lokomotivfabrik – Wiens größten Industriebetrieb (Wien 2005), 50.

¹⁶⁷ Vgl. Brief des Kommandeurs der Luftstreitkräfte der UdSSR und stellvertretenden Verteidigungsministers der UdSSR K.A. Veršin in an den Chef der Haupt-Verwaltung des sowjetischen Vermögens im Ausland über den Ministerrat der UdSSR V.N. Merkulov mit der Bitte, 300 Generatoren aus den Unternehmen der USIA für Strahlenflugzeuge zur Verfügung zu stellen, 24. Jänner 1949. In: Julia *Köstenberger*, Wolfgang *Mueller*, Alexander *Tschubarjan* (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 25, 30f.

¹⁶⁸ Vgl. Antwortbrief des Chefs der Haupt-Verwaltung des sowjetischen Vermögens im Ausland V.N. Merkulov an den stellvertretenden Verteidigungsminister der UdSSR K.A. Veršin in mit Bezug auf die Zuteilung von Generatoren aus Unternehmen der USIA für die Herstellung von Strahlflugzeugen, 19. Februar 1949. In: Julia *Köstenberger*, Wolfgang *Mueller*, Alexander *Tschubarjan* (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 26a, 32f.

viele Betriebe, die bis zur Rückgabe 1955 aufgelassen oder fusioniert wurden. Das betraf vor allem die Bauindustrie, in welcher ursprünglich 24 Unternehmen in drei Gruppen fusioniert wurden, um die Rentabilität zu erhöhen.¹⁶⁹ Als gutes Beispiel für einen prosperierenden Betrieb dienen die Glanzstoff in St. Pölten – obwohl von Lieferungen der österreichischen chemischen Industrie abgeschnitten¹⁷⁰ – und die Voith, ebenfalls in St. Pölten, in die jeweils 28 Millionen ÖS seit 1947 (Glanzstoff), und 40 Millionen ÖS in den letzten drei Jahren vor Rückgabe (Voith) von sowjetischer Seite investiert worden sein sollen.¹⁷¹ Das hat damit zu tun, dass die USIA in einigen Bereichen über eine Monopolstellung verfügte: Die Firma Voith deckte den österreichischen Bedarf an Turbinen zur Stromerzeugung zu 100%.¹⁷²

Für St. Pölten nicht unerheblich waren die sozialen Maßnahmen im Umkreis der Voith-Werke nach dem Krieg. Jagdschloss und Villa der Familie Voith wurden zu Erholungsheim und Kinderheim/Waisenhaus für die Angestellten des Unternehmens und deren Kinder. Dessen rühmte sich auch die Werksleitung, sodass 1949 eine Publikation zum sozialen Engagement dieses USIA-Betriebs erfolgte.¹⁷³ Auf einer der ersten Seite findet sich ein Bild mit folgender Überschrift: „Sehnsüchtig blickten die Arbeiterkinder in den Garten der Herrschaftsvilla, dessen Herrlichkeiten nur für einen einzigen Menschen, den Sohn des Fabrikherrn, da waren.“¹⁷⁴ Ebenso rühmte man sich in der Schrift der hohen Gewichtszunahme der Kinder durch die gute Versorgungslage. Hinzu kamen auch noch ein Lehrlingsheim in Kirchberg an der Pielach sowie Freizeitaktivitäten wie Wanderungen oder Ausflüge in die Bundeshauptstadt Wien.

Zu meinen, dass die USIA-Verwaltung für die betroffenen österreichischen Betriebe nur negative Folgen gehabt hätte, geht an der Realität vorbei. Ein gutes Beispiel dafür bildet die Korneuburger Schiffswerft: Zunächst erlebte sie während der nationalsozialistischen Herrschaft einen Aufschwung, der durch den Krieg und die sowjetischen Plünderungen abrupt beendet wurde – Ende 1945 waren nur noch 15% des Maschinenbestands vorhanden. 1946 wurde das Unternehmen in die USIA eingegliedert und erhielt nun auch Aufträge der

¹⁶⁹ Vgl. *Klambauer*, USIA-Betriebe, 274.

¹⁷⁰ Ebd. 395.

¹⁷¹ Ebd. 298.

¹⁷² Ebd. 314.

¹⁷³ Vgl. Hans *Schlögl*, Glückliche Kinder. Die sozialen Errungenschaften der Voith Arbeiter (St.Pölten 1949).

¹⁷⁴ Ebd. 3.

Sowjetischen Donauschiffahrts-Gesellschaft.¹⁷⁵ Auch nach dem Abzug der Sowjets profitierte die Werft von den guten Beziehungen nach Osteuropa:

Die Kontakte der USIA-Zeit sollten in den kommenden Jahrzehnten wesentlich dazu beitragen, die Korneuburger Werft am Leben zu erhalten: Immer wieder gelang es, umfangreiche Aufträge aus der Sowjetunion an Land zu ziehen, die gewissermaßen ihrer Werft die Treue hielt und das hohe Niveau des österreichischen Schiffbaus zu schätzen wusste.¹⁷⁶

Die Zusammenarbeit mit den Sowjets beschränkte sich aber bei weitem nicht nur auf USIA, SMV, DDSG oder die sowjetische Besatzungszone überhaupt. Auch andere Betriebe konnten von der wirtschaftlichen Macht der Sowjetunion profitieren, wie das Beispiel der Alpine-Montan in Donawitz zeigt. Eine Kokslieferung, um die der kommunistische Betriebsrat Sepp Filz ansuchte, ermöglichte es erst, den Betrieb wieder anzufahren. Als der zweite Hochofen wieder in Betrieb genommen werden sollte, lieferten die Sowjets 3.500 Tonnen Schrott, was ebenfalls auf Filz' Initiative hin geschah.¹⁷⁷ Aber nicht nur kommunistische Betriebsräte stellten sich manchmal hinter die Sowjets oder baten diese um Hilfe, sondern durchaus auch sozialistische. Dass in manchen Betrieben das Zusammengehörigkeitsgefühl stärker gewesen sein dürfte als die politische Einstellung einzelner Mitglieder, zeigt das folgende Beispiel: Nachdem im Frühjahr 1949 kolportiert wurde, dass die USIA-Verwaltung Österreich Millionen an Steuern und Abgaben schulde, erklärte der Betriebsrat von Siemens-Schuckert unter Vorsitz eines Sozialisten, dass alle Abgaben korrekt abgeführt worden seien.¹⁷⁸

Dass die Produktivität der USIA-Betriebe im Laufe der Besatzungszeit nachließ, zeigt bereits ein zeitgenössisches Dokument aus dem Jahre 1950, nämlich die Anlage zu einem Brief des politischen Vertreters der Sowjetunion Österreich an den Leiter der 3. europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR, die eine abnehmende Effizienz der USIA-Betriebe zeigte. Betrug die Produktion im Vergleich zum Vorjahr 1948 noch 161,3%, so waren es 1949 151,2% und im ersten Halbjahr 1950 115,2% (für die österreichische Industrie insgesamt: 153%, 133,6% und 114,4%). Dafür wurde nicht zuletzt die Eröffnung sogenannter

¹⁷⁵ Vgl. *Stadler*, Industrielles Erbe, 402f.

¹⁷⁶ Ebd. 403.

¹⁷⁷ Alexander *Dinböck*, „Wir übernehmen das sinkende Schiff“. Sepp Filz und die kommunistischen Betriebsräte in der Alpine-Montan in Donawitz 1945–1951. In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* Jg. 18, 4 (Dezember 2011) 18–19, hier 19.

¹⁷⁸ Vgl. Aussendung, Pressedienst der Kommunistischen Partei Österreichs, 20.5.1949.

Zwilling-Werke¹⁷⁹ verantwortlich gemacht, die von Österreichern betrieben wurden und den USIA-Betrieben Konkurrenz machten.¹⁸⁰ Gegenübergestellt wurden beispielsweise die Voith und Andritz im Turbinenbau sowie die Wiener Lokomotivfabrik und Simmering Graz Pauker für den Bereich der Eisenbahn. Zu beachten ist jedenfalls, dass die USIA in den letzten Jahren ihrer Existenz einen Schrumpfungsprozess aufgrund ihrer schwindenden Konkurrenzfähigkeit erlebte. Die Abteilung für innenpolitische Fragen des Apparates des Hochkommissars der UdSSR berichtete zu Beginn des Jahres 1954, dass in den „436 Industrie-, Landwirtschafts- und Handels- und Vertriebsbetriebe[n]“¹⁸¹ 49.372 Arbeiter und 10.124 Angestellte, also insgesamt 59.496 Menschen arbeiteten.¹⁸² Allerdings wurden von der USIA 1953 insgesamt 3.300 Menschen entlassen, davon waren 1.500 Arbeiter. Für das laufende Jahr 1954 waren weitere 5.600 Kündigungen vorgesehen.¹⁸³ Der Bericht des Sowjetischen Teils der Alliierten Kommission in Österreich konstatierte unumwunden, dass sich die „Arbeit der sowjetischen Betriebe in Österreich im Jahr 1952 der sich entwickelnden Krise der Wirtschaft angeschlossen“¹⁸⁴ hätten. Übergabegespräche gab es anscheinend schon seit den frühen 1950er-Jahren, wobei von sowjetischer Seite vor allem bemängelt wurde, dass die Übergabe der USIA-Unternehmen an die österreichische Regierung große finanzielle Einbußen mit sich brächte, und von Seite der „österreichischen Freunde“¹⁸⁵ betont wurde, dass eben diese Freunde aus den Betrieben gedrängt wurden.¹⁸⁶

¹⁷⁹ Im Original дублёры-цеха. Übers.: F.G.

¹⁸⁰ Vgl. Begleitbrief des politischen Vertreters der UdSSR in Österreich M.E. Koptelov an den Leiter der 3. europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR M.G. Gribanov mit Beilage des Vortrags des stellvertr. Leiters der Wirtschaftsabteilung des Sowjetischen Teils der Alliierten Kommission in Österreich Oberst Bočkarevs über den Zustand der österreichischen Industrie, 4. November 1950. In: Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 35, 51–55, hier 53.

¹⁸¹ Bericht über die politische Arbeit in den USIA-Betrieben, vor dem 27. Mai 1954, SPIÖ, Nr. 88, 929.

¹⁸² Ebd. 933.

¹⁸³ Ebd.

¹⁸⁴ Im Original: Работа советских предприятий в Австрии в 1952 году протекала в условиях развивающегося кризиса в австрийской экономике. Übers.: F.G. Bericht über die Tätigkeit der sowjetischen wirtschaftlichen Organisationen in Österreich im Jahr 1952, vorbereitet von der Wirtschaftsabteilung des Sowjetischen Teils der Alliierten Kommission in Österreich, 19. Februar 1953. In: Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 46, 70–94, hier 71.

¹⁸⁵ Im Original австрийские друзья.

¹⁸⁶ Vgl. Notiz des politischen Vertreters der UdSSR in Österreich Kudrjavcev S.M. und ...V. Semenov, Mai 1953. In: Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 50, 96–98, hier 97.

e. SMV und DDSG – weitere sowjetisch kontrollierte Unternehmen in Ostösterreich

In diesem Unterkapitel werden die Sowjetische Mineralölverwaltung und die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft im Zeitraum von 1945 bis 1950 dargestellt. Dies scheint vor allem deshalb notwendig, weil Arbeiter und Angestellte beider Unternehmenskomplexe an den Streiks des Jahres 1950 teilnahmen und vor allem die SMV eine nicht unwichtige Rolle spielte. Das Erdöl im Osten und Nordosten Österreichs war für die Sowjets sicherlich ein gewichtiges Argument bei der Auswahl ihrer Besatzungszone, wenn sie sich schon in der Frage der Industriekapazitäten geirrt und die großen Werke in Oberösterreich nicht berücksichtigt hatten.¹⁸⁷ Ebenso hatte die Donauschiffahrt großen Stellenwert, wie der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR an die ersten Vertreter des staatlichen Planungskomitees des Ministerrats der UdSSR in einer Notiz aus dem ersten Halbjahr 1945 ausführte.¹⁸⁸ Zudem kann vorweg festgehalten werden, dass der Exkurs zu SMV und DDSG, der doch unweigerlich vom eigentlichen Thema der USIA wegführt, sich lohnt, denn das

Schicksal der österreichischen Erdölindustrie veranschaulicht wie in einem Brennglas die enge Wechselwirkung von militärischer Strategie, Politik und Ökonomie, zeigt aber auch, welche seltsame Konstrukte die bipolare Welt des Kalten Krieges hervorbringen konnte.¹⁸⁹

Zudem spielten die Betriebe der SMV eine ebenso wichtige Rolle bei den Streiks von 1949 und 1950 wie die USIA. Die SMV war neben der USIA das zweite Standbein der sowjetischen Exploitationspolitik auf österreichischem Boden und das wirtschaftlich ergiebigere, denn Österreich war nach Rumänien der Staat mit der zweithöchsten Fördermenge von Rohöl im Jahr 1945 in Europa, wenn man natürlich von der Sowjetunion absieht.¹⁹⁰ Die DDSG war eine von USIA und SMV unabhängige Gesellschaft, wurde aber im Dezember 1946 unter

¹⁸⁷ Vgl. *Rathkolb*, Sowjetische Absichten, 143.

¹⁸⁸ Vgl. Aus einer Aktennotiz des Direktors des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR E. Vargi „Bedeutung der Donau als Transportweg für die UdSSR“, gerichtet an die ersten Vertreter des staatlichen Planungskomitees des Ministerrats der UdSSR M. Z. Saburov, Nikitin und Zelenovskij, nicht vor dem 16. März 1945. In: Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 1, 1f.

¹⁸⁹ *Iber*, Erdöl statt Reparationen, 571.

¹⁹⁰ Ebd. 573.

Beibehaltung der organisatorischen Selbständigkeit in die USIA eingegliedert.¹⁹¹ Der Leiter der DDSG-Verwaltung etwa war gleichzeitig stellvertretender Leiter der USIA.¹⁹² Die SMV hingegen wahrte ihre Selbständigkeit. Die Bedeutung der österreichischen Rohölförderung wird durch zwei Aspekte hervorgehoben: Erstens durch die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Öls am Vorabend des Kalten Kriegs und zweitens durch die Tatsache, dass sich die sowjetische Rohölfördermenge kriegsbedingt von 31.1 Millionen Tonnen 1940 auf 19.4 Millionen Tonnen 1945 verringert hatte. Da kamen die österreichischen Ölfelder, die von 1938 bis 1945 beinahe 5 Millionen Tonnen gefördert hatten, sehr gelegen.¹⁹³ Aber nicht nur die Erdölfelder selbst waren sehr bedeutend, sondern auch die in Ostösterreich gelegenen Raffinerien, von welchen die Raffinerie Lobau die produktionsstärkste war.¹⁹⁴ Einen interessanten Gedanken greift Walter Iber in seiner 2008 approbierten und 2011 veröffentlichten Dissertation in Zusammenhang mit der Gründung einer bilateralen Erdölgesellschaft in Österreich auf: Da die Sowjets in Ostösterreich bedeutendes deutsches Auslandsguthaben vermuteten, war dessen Besetzung und wirtschaftliche Nutzbarmachung von großer Bedeutung. Jedoch gedachten die Sowjets niemals, außer den deutschen Aktiva (laut Schätzung beinahe 130 Millionen Dollar) auch die Passiva zu übernehmen.¹⁹⁵ Das bedeutet eigentlich in Fortführung dieser Gedanken, dass die neu gegründeten sowjetischen Betriebe vom Gründungstag an schuldenfrei waren und die ehemaligen Gläubiger leer ausgingen.

Als bereits im April 1945 die Förderung wieder anlaufen sollte, stießen die aus Moskau entsendeten Offiziere, die den Betrieb wieder zum Laufen bringen sollten, auf jene Truppen, die für den Abbau der Anlagen sorgen sollten. Die Phase der Ausfuhr deutschen Eigentums in den Erdölgebieten Österreichs dürfte mit der Phase der Wiederaufbaubestrebungen kollidiert sein. Nach kurzen Momenten der Irritation schließlich wurde die Wiederaufnahme der Förderung durchgesetzt, die in den kommenden Monaten erfolgen konnte.¹⁹⁶ Gleichzeitig aber liegt ein Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR vom 28. Juli 1945 vor, das genaue Anweisungen zur Ausfuhr von Einrichtungen und Material aus der Region um

¹⁹¹ Ebd. 573.

¹⁹² Vgl. *Iber*, SMV, 85.

¹⁹³ Vgl. *Iber*, Erdöl statt Reparationen, 574f.

¹⁹⁴ Ebd. 578.

¹⁹⁵ Vgl. *Iber*, SMV, 45f.

¹⁹⁶ Vgl. *Iber*, Erdöl statt Reparationen, 579.

Zistersdorf beinhaltet.¹⁹⁷ Wiewohl ungefähr ein Drittel der Erdölproduktionsmittel nicht deutsches Eigentum, sondern Eigentum westlicher Unternehmen war, konnten die Sowjets die österreichischen Erdölvorkommen praktisch zur Gänze für sich in Besitz nehmen und in die SMV einbringen.¹⁹⁸ Walter Iber erstellte aus Akten des Archivs der Republik eine Übersicht der 1938 bis 1945 auf österreichischem Territorium tätigen Erdölfirmen, die auch die nationale Zugehörigkeit der Eigentümer(-gesellschaften) umfasst. Darin befinden sich einige Unternehmen, die 1938 oder 1945 zumindest teilweise in englischem, französischem oder amerikanischem Besitz waren.¹⁹⁹ Wie bereits erwähnt, gelang es den Westalliierten nur, die Gründung einer sowjetisch-österreichischen Fördergesellschaft zu verhindern.²⁰⁰ Wie auch die USIA zahlte die SMV in Österreich praktisch keine Kommunalabgaben oder Steuern und wickelte ihren Zahlungsverkehr über die Filiale der sowjetischen Staatsbank in Wien, die SMB, ab.²⁰¹ Den Anfangsbestand bildeten acht Förderbetriebe, drei Gasfirmen, fünf Raffinerien, ein Tanklager und zwei Firmen für die Verteilung und den Vertrieb.²⁰² Mit dem Fortschreiten der Zeit erfolgte die Gründung der SEB, wobei diese administrative Zersplitterung später für den Rentabilitätsrückgang der SMV verantwortlich gemacht wurde.²⁰³ Am 2. Oktober 1945 wurde die Inbesitznahme der ostösterreichischen Erdölfirmen vom ersten Generaldirektor der SMV, Oberst Rjabinin, verkündet.²⁰⁴ Die sowjetische Kontrolle der deutschen Betriebe begann in den meisten Fällen zwischen Oktober 1945 und März 1946, während die endgültige Übernahme zwischen Jänner und Juni 1946 von statten ging.²⁰⁵ In manchen Fällen dauerte die endgültige Inbesitznahme der Anlagen bis zum Sommer 1947.²⁰⁶ Walter Iber bezeichnete die Erdölförderung der Sowjets als „wirtschaftliche Ausbeutung Österreichs“²⁰⁷. Dem ist insofern zuzustimmen, als sich SMV (und USIA) wenig um die österreichische Rechtslage kümmerten, sich nicht an Steuer- und Zollbestimmungen hielten und so auf Kosten der Staatskasse

¹⁹⁷ Vgl. Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR „Über die Ausfuhr von Einrichtungen und Materialien aus den Erdölfeldern der Region Zistersdorf“, 28. Juli 1945. In: Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 8, 6f.

¹⁹⁸ Vgl. Iber, Erdöl statt Reparationen, 581–583.

¹⁹⁹ Vgl. Iber, SMV, 241–244.

²⁰⁰ Vgl. Iber, Erdöl statt Reparationen, 581–583.

²⁰¹ Ebd. 583.

²⁰² Ebd. 583.

²⁰³ Ebd. 585.

²⁰⁴ Vgl. Iber, SMV, 88.

²⁰⁵ Vgl. Iber, Erdöl statt Reparationen, 586.

²⁰⁶ Vgl. Iber, SMV, 89.

²⁰⁷ Vgl. Iber, Erdöl statt Reparationen, 588.

Gewinne erwirtschaften konnten.²⁰⁸ Tatsächlich konnten die Fördermengen laut Abschlussbericht über die sowjetische Besatzungswirtschaft innerhalb weniger Jahre exorbitant gesteigert werden: Von knapp 300.000 Tonnen 1945 auf beinahe 3,3 Millionen Tonnen 1954 (1954 eignet sich besser zum Vergleich als 1955, da die SMV 1955 nicht mehr das ganze Jahr in sowjetischem Besitz war), also auf das mehr als Zehnfache.²⁰⁹ Davon wurden ungefähr zwei Drittel in Österreich verarbeitet.²¹⁰ In dem weiter oben erwähnten Bericht wird auch der Personalstand der SMV dargelegt: 1954 befanden sich ungefähr 9.700 Personen in einem Beschäftigungsverhältnis zur SMV, davon 8.100 Arbeiter.²¹¹ Im August 1955 wurden die Anlagen der SMV an Österreich übergeben und die Österreichische Mineralölverwaltung AG ÖMV gegründet, die aufgrund der sowjetischen Maxime der maximalen Produktion über veraltete Produktionsanlagen verfügte und dazu noch bis 1965 insgesamt sechs Millionen Tonnen Öl an die Sowjetunion liefern musste.²¹²

Die SMV war ähnlich organisiert wie die USIA und arbeitete eng mit dieser und der DDSG zusammen, versorgte zum Beispiel beide Unternehmen mit Heizöl, Treibstoffen und Schmiermitteln.²¹³ Dass die Belegschaften von USIA und SMV gezwungen worden seien, der KPÖ beizutreten, kann nicht eindeutig bestätigt werden, denn der Leiter der Abteilung für politische Fragen des Apparats des Hochkommissars in Österreich berichtete 1954, dass von den 59.496 Beschäftigten der USIA 24.665 der KPÖ angehörten, 9.286 der SPÖ und 1.104 der ÖVP, dazu noch 192 dem VdU.²¹⁴ Der Rest, also knapp weniger als die Hälfte, war somit offiziell parteilos. Vielmehr war es so, dass Kommunisten, vor allem Angehörige des Werkschutzes, kurz vor der Rückgabe der Betriebe Material der SMV-Betriebe vernichteten und aus der KPÖ austraten, weil sie nach der Übergabe an Österreich ihre Kündigung fürchteten.²¹⁵ Der Werkschutz war ein Instrument zur Überwachung der Mitarbeiter und darüber hinaus zur Gewährleistung der Sicherheit auf dem Gelände der SMV-Betriebe. Wohl wegen der Tatsache,

²⁰⁸ Ebd. 588f.

²⁰⁹ Ebd. 592.

²¹⁰ Vgl. Bericht über die politische Arbeit in den USIA-Betrieben, vor dem 27. Mai 1954, SPIÖ, Nr. 88, 933.

²¹¹ Ebd.

²¹² Vgl. *Iber*, Erdöl statt Reparationen, 600–603.

²¹³ Vgl. *Iber*, SMV, 134–136.

²¹⁴ Vgl. Bericht des Leiters der Abteilung für innenpolitische Fragen des Apparates des Hochkommissars in Österreich, A. G. Kolobov, über einige Fragen der politischen Arbeit in Betrieben der USIA und SMV, vor dem 9. Juni 1954. In: In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx, Alexander Tschubarjan (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente* (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Sonderband 5, Graz/Wien/München 2005) Nr. 113, 560–571, hier 565.

²¹⁵ Vgl. *Iber*, SMV, 147f.

dass es sich bei dessen Angehörigen größtenteils um treue Kommunisten handelte, die noch dazu gut bewaffnet und beinahe omnipräsent waren, erfreute sich der Werkschutz nicht gerade großer Beliebtheit.²¹⁶ Darüber hinaus spielte er bei den Streiks im Herbst 1950 eine nicht unerhebliche Rolle im Umkreis des Erdölförderungsgebietes: Belegt ist, dass Angehörige des bewaffneten Werkschutzes in Neusiedl an der Zaya, Deutsch-Wagram und Aderklaa aktiv zu Gunsten der Streikenden eingriffen.²¹⁷ Iber spricht in seiner einigermaßen rezenten Dissertation von 700 Männern, die der Truppe angehörten. Karin Moser verweist in ihrer etwas älteren Diplomarbeit auf eine Sollstärke von 1.500 bis 2.000 Mann für USIA und SMV.²¹⁸ Unter dem Aspekt der Personalstärke entsprechen 700 bis 2.000 Mann etwa einem bis vier Bataillonen Soldaten, über die Kampfkraft kann nur gemutmaßt werden. Jedenfalls gab es zum Zeitpunkt des Streiks noch keine bewaffnete österreichische Macht außer der Polizei und vereinzelt Sicherheitskräften, die unter amerikanischer Anleitung im Westsektor ausgebildet und bewaffnet wurden.²¹⁹

Die österreichischen Behörden gaben sich anscheinend keinen Illusionen hin, was die Bedeutung der österreichischen Donauschifffahrt für die Sowjets betraf: Noch vor der Übernahme war in der Staatskanzlei für Auswärtige Angelegenheiten klar, dass die Sowjetunion nun Interesse am Donaauraum zeigte und bereit war, ihre Interessen in diesem Raum zu vertreten.²²⁰ Dass die Sowjets auch in Sachen DDSG den österreichischen Behörden gegenüber wenig Entgegenkommen an den Tag legten, zeigt ein Schreiben des Bundesministers Gruber vom April/Mai 1946, in dem dieser bemängelt, dass dem Bundesminister für Verkehr der Zugang zu einer Hafenanlage für eine Besichtigung verboten wurde. Weiters wurden nach Grubers Informationsstand die Steuerzahlungen an den Staat stillgelegt und neues Personal, das darüber hinaus noch mit erhöhten Lohn- und Nahrungsmittelzuteilungen bedacht wurde, wurde in einem für Gruber anscheinend unverhältnismäßigen Ausmaß aufgenommen.²²¹ Außerdem weist Bundesminister Gruber

²¹⁶ Ebd.

²¹⁷ Ebd.

²¹⁸ Vgl. Moser, *Aktion und Reaktion*, 113.

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Vgl. DDSG-Verhandlungen mit der Sowjetunion; Lagebesprechung, 31. August 1945. In: In: Alfons *Schilcher*, Österreich und die Grossmächte. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945 – 1955 (Materialien zur Zeitgeschichte 2, Wien/Salzburg 1980) Nr. 26, 35–37, hier 35.

²²¹ Vgl. Briefwechsel Außenminister Grubers mit dem sowjetischen Gesandten Kiseljew, betreffend [sic!] der sowjetischen Betriebspolitik bei der DDSG, April/Mai 1946. In: Alfons *Schilcher*, Österreich und die Grossmächte. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945 – 1955 (Materialien zur Zeitgeschichte 2, Wien/Salzburg 1980) Nr. 51, 100–105, hier 100f.

noch darauf hin, dass eine „wörtliche Anwendung der Potsdamer-Beschlüsse, betreffend das deutsche Eigentum auf Österreich, [...] zu einer völligen Überfremdung der österreichischen Wirtschaft führen“²²² würde. Der sowjetische Gesandte Kiseljow weist in seinem Antwortschreiben die Anschuldigungen des Ministers zurück, verdeutlicht vielmehr die Legalität des sowjetischen Handels und stellt die Lohn- und Nahrungsmittelzuteilungen als eine Aufhebung der „von den Hitlerexponenten festgesetzten Hungersätze“²²³ dar.

²²² Ebd. 102.

²²³ Ebd. 104.

3. Die vier Lohn-Preis-Abkommen von 1947 bis 1950 und die Reaktionen darauf

a. Inhalte und Umfang der Abkommen

Vor dem Hintergrund des Wiederaufbaus nach den Zerstörungen des Kriegs und der ERP-Hilfe war die wirtschaftliche Lage Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg einigermaßen schwierig: Auf österreichischem Territorium zirkulierte verhältnismäßig viel zu viel Geld, ein neues Währungssystem musste erst mühsam eingeführt und aufgebaut werden, hinzu kamen die finanziellen Belastungen durch die Besatzung des gesamten Bundesgebiets durch die Alliierten.²²⁴ Obwohl die Geldpolitik sehr restriktiv war, war die Inflation zu hoch, weshalb sich die Wirtschaftskammern und der Gewerkschaftsbund zu einer freiwilligen, aber bindend durchzuführenden Regelung entschlossen: den Lohn-Preis-Abkommen.²²⁵ Das erste wurde im August 1947 abgeschlossen, die weiteren im September 1948, Juni 1949, September 1950 und ein letztes im Juli 1951.²²⁶ Die Abkommen „waren ein Generalkollektivvertrag“²²⁷, der Löhne und Preise in einem stabilen Verhältnis zueinander fixieren sollte. Dazu kam das Währungsschutzgesetz aus dem Jahr 1947, wegen dem das einzig verbliebene kommunistische Regierungsmitglied Karl Altmann zurücktrat und das Voraussetzung für den Erhalt von ERP-Mitteln war, gleichzeitig aber auch auf Kosten der Bevölkerung ging.²²⁸ Lediglich in der Arbeiterkammer konnten sich Kommunisten bis herauf in die jüngere Vergangenheit halten und so Einfluss auf das gesellschaftspolitische Geschehen ausüben, wenngleich deren Stimmenanteil von beinahe 10% im Jahr 1954 immer weiter sank und sich in den 1980ern der 1%-Marke näherte.²²⁹

Das erste Abkommen vom August 1947 regelte Lohnerhöhungen für die Beschäftigten der Privatwirtschaft und limitierte die Lebensmittelpreise sowie die Preise für Strom, Gas und öffentliche Verkehrsmittel nach oben hin. Löhne und Preise sollten für drei Monate nicht

²²⁴ Vgl. Hans *Seidel*, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 2005), 350f.

²²⁵ Vgl. Oliver *Rathkolb*, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010 (gekürzte und aktualisierte Taschenbuchausgabe, Wien 2011), 86–88.

²²⁶ Vgl. *Autengruber, Mugrauer*, Oktoberstreik, 14.

²²⁷ Ebd.

²²⁸ Vgl. *Stalzer*, Anpassung und Isolation, 77.

²²⁹ Ebd. 542.

erhöht werden, um der Inflation Herr zu werden.²³⁰ Da die Inflation aber dennoch nicht in den Griff zu bekommen war und die Lebenserhaltungskosten seit dem ersten Abkommen um circa 20% gestiegen waren, entschloss man sich zu einem zweiten Abkommen, das im September 1948 zustande kam. Hiermit wurden eine sechsprozentige Erhöhung der Löhne und Gehälter und eine Ernährungszulage beschlossen, die den Preisanstieg des vergangenen Jahres aufwiegen sollten. Obwohl sich dieses Abkommen als effektiv erwies, forderte der ÖGB eine Lohnerhöhung, die die Teuerung von Strom, Gas und öffentlichen Verkehrsmitteln aufwiegen sollte, welche durch „die Einführung der Besatzungssteuer“²³¹ und „den Wegfall verschiedener Preisstützen (wodurch Brot, Milch, Schweinefleisch, Zucker und Teigwaren teurer wurden)“²³² notwendig wurde. Dies führte zum dritten Lohn- und Preisabkommen vom Juni 1949, das für die Arbeiter recht ambivalent war: Einerseits wurde die Arbeiterpension eingeführt und die Stundenlöhne erhöht, andererseits wurden „die Kosten der Budgetstabilisierung auf die Lohn- und Gehaltsempfänger überwält.“²³³

Nach dem Abkommen setzte ein Preisauftrieb ein, der [...] zu Reallohnverlusten führte. Fast in allen großen Industriebetrieben kam es im Mai teils zu spontanen, teils von KPÖ-Betriebsräten initiierten Protestversammlungen, Demonstrationen und Streiks. [...] Am 18. Mai demonstrierten in Wien, Linz und Innsbruck und in ober- und niederösterreichischen Industrieorten angeblich rund 200.000 Menschen.²³⁴

Hier ist wichtig zu bemerken: Es kam also bereits nach dem dritten Abkommen zu Kundgebungen und öffentlichen Aktionen gegen die von ÖGB und Kammern ausgehandelte Regelung. Auch Manfred Rauchensteiner meint, die Streiks nach dem vierten Abkommen seien „[a]n sich nichts Ungewöhnliches, denn bei jedem der vorangegangenen drei Lohn- und Preisabkommen hatte es kleinere Streiks und Demonstrationen gegeben.“²³⁵ Im Jahr 1950 folgte die Aufhebung der Subventionierung von Kohle, Koks und Brotgetreide, was den Getreidepreis noch einmal erhöhte, welcher aufgrund der Beschaffenheit der österreichischen Landwirtschaft schon recht hoch war: „Ein weiteres Problem lag im niedrigen Produktionsniveau der österreichischen Landwirtschaft, welches nicht nur nicht zur Versorgung der Bevölkerung ausreichte, sondern die überdies zu Preisen produzierte, die weit

²³⁰ Vgl. *Autengruber, Mugrauer*, Oktoberstreik, 15.

²³¹ Ebd. 17.

²³² Ebd.

²³³ Vgl. *Mulley*, ÖGB und Oktoberstreik, 43.

²³⁴ Ebd. 44.

²³⁵ Manfred *Rauchensteiner*, Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung (Wien 2005) 182.

über jenen des Weltmarktes lagen.“²³⁶ Hinzu kam noch der Koreakrieg, welcher die Weltmarktpreise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse steigen ließ.²³⁷ Das war also die Ausgangslage für die Ereignisse im September und Oktober 1950: Die Lohnerhöhungen des letzten Abkommens waren von den gestiegenen Preisen schon wieder eingeholt worden, die Reallöhne begannen zu schrumpfen, gleichzeitig stiegen die Preise auf Grundnahrungsmittel, Kohle und Strom – eine gefährliche Konstellation, die verständlicherweise in Aktionen gegen die Lohn-Preis-Politik resultierte. Worin sollte denn der Vorteil solcher Abkommen für die Arbeiter bestehen, wenn sie nicht zu Sicherheit und Stabilität führten, sondern die Inflation gefühlt anheizten und das Realeinkommen schrumpfen ließen? Ein abschließendes Urteil zu den Lohn-Preis-Abkommen – sofern dies in diesem Rahmen möglich ist – fällt ambivalent aus, denn bei allen Vorzügen muss doch festgehalten werden, dass eines der Hauptanliegen, nämlich die Bannung der Inflation, nicht erreicht werden konnte:

Heute werden die Lohn- und Preisabkommen als erfolgreiche und von allen akzeptierte Maßnahmen dargestellt; bei genauer Prüfung hingegen zeigt sich ein etwas anderes Szenario, da die Lasten für die Lohnempfänger/innen doch größer waren als bei anderen Einkommensbereichen. Die ersten Abkommen waren nur eine Notmaßnahme, die die Inflation etwas verzögerte und phasenweise unter staatliche Kontrolle stellte. Bereits das fünfte Lohn- und Preisabkommen von 1951 – schon die große Zahl zeigt die starke Fluktuation – war ein Fehlschlag, die Preise explodierten unmittelbar nach dem Abkommen²³⁸.

Die Zeitung der KPÖ, die *Österreichische Volksstimme*, veröffentlichte bereits am 7. September 1950 eine Aufzählung der Waren, die durch das vierte Abkommen verteuert werden sollten.²³⁹ Am 24. September trat die *Arbeiter-Zeitung*, das *Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs* an, um die Lohn- und Preisregelung zu verteidigen – also kurz vor dem endgültigen Beschluss der Erhöhungen.²⁴⁰ Dies schien notwendig, da am 22. und 23. September per Rundfunk und Zeitung die amtliche Mitteilung bekanntgegeben wurde, dass die Verhandlungen von ÖGB, Bundeswirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammern und Bundesregierung abgeschlossen seien. In der Ausgabe vom 24. September 1950 hieß es, „eine neue, unumgänglich notwendig gewordene Regelung der

²³⁶ Vgl. Mulley, ÖGB und Oktoberstreik, 43.

²³⁷ Vgl. Autengruber, Mugrauer, Oktoberstreik, 17.

²³⁸ Rathkolb, Paradoxe Republik, 88f.

²³⁹ Vgl. Autengruber, Mugrauer, Oktoberstreik, 21. Österreichische Volksstimme, Nr. 207 (7.9.1950) 1.

²⁴⁰ Vgl. Arbeiter-Zeitung Nr. 222 (24.9.1950) 1.

Löhne und Preise wird von den Kommunisten, die gar nichts wissen, aber nur lügen und verleumden, zu einer großangelegten Hetze ausgenützt.“²⁴¹ Am nächsten Tag trat Johann Böhm, Nationalrat und Präsident des Gewerkschaftsbundes, an, um „Lohnerhöhungen von 10 bis 18 Prozent“²⁴² in der *Arbeiter-Zeitung* zu verkünden, und nebenbei erwähnte er auch noch die Preissteigerungen. Es wurde also versucht, die Lohnerhöhungen zu betonen, um so den Pakt besser verkaufen zu können. Anscheinend waren die Reaktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter auf neuerliche Preiserhöhungen an die Spitze der Verhandlungspartner durchgedrungen, die in folgendem Slogan zusammengefasst werden können, der der oberösterreichischen SPÖ-Zeitung (!) *Oberösterreichisches Tagblatt* zu entnehmen war: „All die Berichte aus den Betrieben gipfeln in den vier Worten: ‚Wir haben es satt!‘“²⁴³ Am 25. September begannen die ersten Warnstreiks, zunächst in der VÖEST und im Heizhaus der Bundesbahn in Linz, während in Wien in 14 Betrieben kurzfristig die Arbeit niedergelegt wurde.²⁴⁴ Wie nachgezeichnet werden konnte, gab es in der VÖEST einen Zusammenschluss von Sozialisten und Kommunisten nach den Betriebsratswahlen des Jahres 1949, um „das Vordringen des VdU in den Betrieben der VÖEST zu stoppen.“²⁴⁵ Ebenda wird auch erwähnt, dass die sozialistischen Betriebsräte versuchten zu beruhigen und einem Streik ablehnend gegenüber standen, während von Kommunisten und VdU der Streik favorisiert wurde, um dem Lohn-Preis-Abkommen entschlossen entgegenzutreten. Allerdings zogen sich die VdU-Leute aus den Streikkomitees zurück, sodass die Arbeitsverweigerung nach und nach zu einer von den Kommunisten angeführten Bewegung wurde.²⁴⁶

Um die Reaktionen auf das vierte Lohn-Preis-Abkommen dem Leser zugänglich zu machen, werden im Folgenden einige der darin beschlossenen Maßnahmen in beispielhafter Weise angeführt. Die *Arbeiter-Zeitung* errechnete in ihrer Ausgabe vom 27. September die Mehrkosten, die durch das Abkommen entstanden: 1 Kilogramm Brot kostete vor dem Abkommen 1 Schilling und 90 Groschen, danach 2 Schilling 40 Groschen, wurde also um rund 26% teurer. Eine Semmel kostete nun statt 17 Groschen 27, was einer Steigerung von beinahe

²⁴¹ Vgl. *Arbeiter-Zeitung* Nr. 222 (24.9.1950) 1.

²⁴² *Arbeiter-Zeitung* Nr. 223 (25.9.1950) 1.

²⁴³ *Oberösterreichisches Tagblatt* (23.9.1950). Vgl. *Mulley*, ÖGB und Oktoberstreik, 48.

²⁴⁴ Vgl. Hans *Hautmann*, Der „Kommunisten-Putsch“ 1950. Entstehung und Funktion einer Geschichtslegende. In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* Jg. 17, 3 (September 2010) 1–8, hier 6.

²⁴⁵ Hans *Hautmann* (Bearb.), Rudolf Kühners Bericht über den Streik 1950 in der VÖEST. In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* Jg. 7, 3 (September 2000), online unter <http://www.klahrgesellschaft.at/Jahrgaenge.html> (28. April 2017).

²⁴⁶ Ebd.

60% entspricht. Kohle verteuerte sich von knapp 38 auf 48 Schilling pro 100 Kilogramm. Im Gegenzug wurden Löhne unter 1.000 Schilling monatlich um 100 Schilling erhöht, alle darüber um 10%.²⁴⁷ Wie sozial verträglich diese Lohnpolitik war, darüber kann wohl vortrefflich diskutiert werden. Eine einfache Rechnung zeigt aber: Jemand, der 1.000 Schilling im Monat verdiente, bekam eine Erhöhung von 100 Schilling, während jemand, der 2.000 Schilling, also doppelt so viel verdiente, auch 200 Schillinge mehr bekam. Inwiefern das mit den Vorstellungen der Sozialistischen Partei von sozialer Gerechtigkeit kompatibel war, muss wohl an anderer Stelle erörtert werden. Gleichwohl, die Arbeiter und Angestellten wurden vor die Realität gestellt, dass zwar die Löhne und Gehälter um mindestens 10% oder 100 Schilling angehoben wurden, die Erhöhungen aber ebenso besteuert wurden. Nach der Rechnung der *Österreichischen Volksstimme* wurde so circa ein Viertel bis ein Drittel der Lohnerhöhung in Form von Sozialabgaben oder Steuern wieder abgezogen.²⁴⁸

b. Der Streik von 1950 als Reaktion auf das vierte Lohn-Preis-Abkommen

An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass der Autor die Meinung vertritt, dass der Streik von 1950 keinen derartigen Bruch in der Geschichte der Zweiten Republik darstellt, wie dies in der Literatur bis herauf in die Gegenwart dargestellt wurde und teilweise noch wird. Nicht nur in der Literatur hält sich diese Einschätzung, auch die beteiligten Akteure äußerten und äußern sich noch einer Weise, die nicht in Einklang mit den Erkenntnissen der Geschichtswissenschaft steht, wobei aber die Berücksichtigung der individuellen Erlebnisse und Lebensumstände dabei im Fokus sein sollte. Dass beispielsweise mancher St. Pöltner die Streiks von 1949 und 1950 aufgrund ihrer Intensität als dramatisch und bedrückend erlebte, ist verständlich, um hier ein sehr selektives Beispiel mit Bezug auf die hinteren Kapitel dieser Arbeit herauszugreifen. Unverständlich ist angesichts der Faktenlage jedoch, weshalb diese Putsch-Metapher bis in die junge Vergangenheit hochgehalten wird, wie zum Beispiel in einer Publikation zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Niederösterreich, in der es heißt, der Streik sei abzulehnen gewesen, „weil dieser die Absicht hatte, in Ostösterreich die

²⁴⁷ Vgl. Arbeiter-Zeitung Nr. 224 (27.9.1950) 1.

²⁴⁸ Vgl. Österreichische Volksstimme Nr. 225 (28.9.1950) 1.

Volksdemokratie auszurufen.“²⁴⁹ Vielmehr kann es lohnen, die Kontinuitäten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in den Vordergrund zu stellen, so zum Beispiel den Antikommunismus des österreichischen Sozialismus‘ und seine Charakteristika, oder die Tatsache, dass es bereits 1949 zu Unmutsbekundungen gekommen war. Dass ein so großer Streik überhaupt erst stattfinden konnte, hatte mit dem Aufeinandertreffen mehrerer Faktoren zu tun, besonders aber die drei folgenden scheinen sehr wichtig gewesen zu sein: Erstens das „Zurückbleiben der Kaufkraft der arbeitenden Menschen“²⁵⁰, zweitens die „Kampfbereitschaft der ArbeiterInnen und Angestellten“²⁵¹, die bereits 1949 gezeigt hatten, dass sie nicht jede wirtschaftliche Verschlechterung einfach so in Kauf nehmen würden, und drittens die „aufklärende und organisierende Tätigkeit der KommunistInnen in den Betrieben“²⁵², was den Streik erst organisatorisch möglich machte. Die Streiks des Septembers und Oktobers 1950 können in drei Phasen eingeteilt werden: Die erste Phase dauerte nur relativ kurz, von den ersten Arbeitsniederlegungen am 26. September 1950 bis zur vorübergehenden Wiederaufnahme derselben am 28. des Monats. Daraufhin folgte eine Periode der organisatorischen Konsolidierung, die mit einem Ringen um gemeinsame Ziele und deren Formulierung und Durchsetzung verbunden war, bevor der Streik am 4. Oktober in seine letzte Phase eintrat, die ungefähr drei Tage dauerte, bevor das Präsidium der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz am Abend des 5. Oktobers 1950 die Einstellung des Streiks am nächsten Tag beschloss.²⁵³ In dieser letzten Phase befanden sich hauptsächlich Unternehmen der USIA im Streik, was an der Behauptung, die USIA-Betriebe hätten nur eine marginale Rolle gespielt und die KPÖ den Streik kaum unter Kontrolle gehabt habe, ernste Zweifel wach werden lässt.²⁵⁴ Auf der anderen Seite soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass bei weitem nicht alle Unternehmen der USIA streikten. Sowohl die Raffinerie Korneuburg, die zur SMV gehörte, als auch die Glasfabrik Brunn am Gebirge

²⁴⁹ Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten, Landesverband Niederösterreich, *Bewegte Zeiten. Historische Dokumentation der Arbeiterbewegung in Niederösterreich, Schwerpunkt Industrieraum St.Pölten* (o. O. 2005), 47.

²⁵⁰ Claudia Kuretsidis-Haider, *Der große Streik des September/Oktober 1950*. In: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* Jg. 10, 4 (Dezember 2000), online unter http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Kuretsidis_4_00.html (28. April 2017).

²⁵¹ Ebd.

²⁵² Ebd.

²⁵³ Vgl. *Österreichische Volksstimme*, Nr. 231 (5.10.1950) 1.

²⁵⁴ Vgl. *Stalzer*, *Anpassung und Inflation*, 535–537.

streikten nicht, sondern die nur die dienstfreien Schichten durften an den Demonstrationen teilnehmen.²⁵⁵

Im Besonderen stellte beispielsweise St. Pölten einen interessanten Schmelztiegel der ostösterreichischen Verhältnisse zwischen 1945 und 1955 dar. Auf der einen Seite gab es sehr starke sozialistische Kräfte, wie beispielsweise die Wahlergebnisse in der zweiten Hälfte der 1940er zeigen, auf der anderen Seite waren die sowjetischen und kommunistischen Kräfte nicht zu unterschätzen. Bei der Gemeinderatswahl 1950 erreichte die SPÖ 51,3%, die ÖVP 32,1% und die KPÖ 16,6%. Bei der Landtags-/Nationalratswahl 1945 waren die Verhältnisse ähnlich gewesen: Die SPÖ war auf 52%, die ÖVP auf 34,7%, die KPÖ auf 13,3% gekommen.²⁵⁶ Dieses Stimmenverhältnis blieb im Wesentlichen von 1945 bis 1955 unverändert. Dennoch ist beeindruckend, wie präsent kommunistische und sowjetische Kräfte trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit auf den öffentlichen Plätzen St.Pöltens sein konnten. Das deutet eigentlich auf eine gute Organisation ihrer Strukturen und ausgeprägte Infrastruktur hin. Folgende Schilderung einer gewalttätigen Auseinandersetzung am Vorabend der Landtags- und Nationalratswahl 1949 verdeutlicht dies sehr gut:

In der Nacht zum 8. Oktober 1949 fuhren etwa 100 junge Sozialisten in die Vororte St.Pöltens, um den Wahlkampf mit einer Plakataktion abzuschließen. [...] Als ein Teil des Plakatiertrupps mit etwa 50 Jugendlichen zum SPÖ-Parteisekretariat zurückkam, bemerkte man, daß die Kommunisten inzwischen die ganze Hauswand beschmiert hatten. [...] Plötzlich hielt vor dem Sekretariat ein LKW, der mit fünfzig Kommunisten beladen war. Diese sprangen ab und eröffneten eine Kanonade mit Steinen und Ziegelstücken. [...] Inzwischen kam von den Glanzstoff-Werken KP Verstärkung [sic!] mit etwa 200 Mann auf dem Rathausplatz an, gleichzeitig wurden 50 Kommunisten [...] wieder zum Handeln ermutigt. Als während der Straßenschlacht die sozialistischen Jugendlichen auf den Rathausplatz abgedrängt worden waren, wo sich die Wohnung von Vizebürgermeister Dr. Steingötter befand, rief dieser vom Fenster aus herunter: „Gruber, berichte mir was los ist!“ Karl Gruber²⁵⁷ antwortete: „Genosse Steingötter, ich habe jetzt keine Zeit, ich muß aufpassen, daß ich keine über den Kopf bekomme!“²⁵⁸

²⁵⁵ Vgl. Fritz *Klenner*, Putschversuch – oder nicht? Ein Tatsachenbericht über das 4. Preis- und Lohnabkommen und die beiden gescheiterten kommunistischen Generalstreikversuche im September und Oktober 1950 (Wien o. J.) 27.

²⁵⁶ Vgl. *Magistrat St.Pölten*, Die Ergebnisse aller Wahlen in St. Pölten seit 1945, online unter: <http://www.st-poelten.gv.at/Content.Node/buergerservice/politik/Wahlen-neu.at.php> (3. Februar 2017).

²⁵⁷ Der Bruder des späteren St. Pöltner Bürgermeisters Willi Gruber, selbst später Abgeordneter zum niederösterreichischen Landtag und in der Voith beschäftigt und als Jugendvertrauensmann tätig.

²⁵⁸ Siegfried *Nasko*, Empor aus dumpfen Träumen. Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im St. Pöltner Raum (Wien/St.Pölten 1986), 350f.

Im weiteren Verlauf kam es zur Dienstenthebung eines Kriminalbeamten, der sich auf Seiten der Kommunisten beteiligt und darüber hinaus mit seiner Dienstpistole einen jungen Sozialisten verletzt hatte. Die Enthebung scheiterte jedoch am Einspruch des sowjetischen Stadtkommandanten.²⁵⁹ Diese Episode kann als eine Art Auftakt zu den Ereignissen des Jahres 1950 in Gesamtösterreich gesehen werden. Was also St. Pölten betrifft, so scheint es unerklärlich, weshalb gerade der Streik von 1950 als Putsch gedeutet wurde, wo doch die Jahre zuvor von ähnlichen Auseinandersetzungen geprägt waren. Möglich wäre, dass im Streik von 1950 ein Kulminationspunkt gesehen wurde, in dem alle vorhergegangenen Geschehnisse gefühlsmäßig zusammenkamen.

Die sowjetischen Behörden verhielten sich während der Streiks größtenteils ruhig und übten sich in Zurückhaltung, weil es in diesen Tagen vermutlich schwierig war, einen Überblick über das gesamte Geschehen zu erhalten.²⁶⁰ Eine Ausnahme bildete beispielsweise Wiener Neustadt, wo der sowjetische Ortskommandant aktiv gegen die angerückten österreichischen Exekutivkräfte vorging, aber dazu in einem späteren Kapitel mehr. In der Retrospektive bietet sich jedoch ein durchaus ambivalentes Bild des Verhaltens der sowjetischen Seite: Auf der einen Seite existierte lange die Ansicht, ein Streik könne gar nicht im Sinne der Sowjets gewesen sein, da diese doch um die Erfüllung ihres Plansolls gefürchtet haben müssten. So verbreitete der KPÖ-Politiker Ernst Fischer, Druck von Seiten der Sowjets habe zur Streikunterbrechung am 26. September 1950 geführt.²⁶¹ Dem wurde bereits von anderen KPÖ-Politikern widersprochen. Auf der anderen Seite gibt es auch Belege dafür, dass die Streikbewegung von sowjetischer Seite gefördert oder zumindest wohlwollend geduldet wurde. Als ein Indiz dafür ist zum Beispiel die Bereitstellung von LKWs und anderen Transportmitteln, mit denen der Streik logistisch erst in einem solchen Ausmaß organisiert werden konnte, zu deuten.²⁶² Belege dafür gibt es beispielsweise aus Wiener Neustadt und, wie in folgendem Zitat, aus St. Pölten: „Der 3. Oktober [...] verlief in St. Pölten normal. Dennoch fuhren ab 9 Uhr die ersten LKW mit Streikenden der USIA-Betriebe durch die Stadt. Diese Autos hatten zum Teil ausländische Kennzeichen, und auch die Insassen war nicht immer Österreicher.“²⁶³ Andererseits ist ein Schriftstück erhalten, das in eine andere Richtung weist:

²⁵⁹ Ebd.

²⁶⁰ Vgl. *Autengruber, Mugrauer*, Oktoberstreik, 31.

²⁶¹ Ebd.

²⁶² Ebd.

²⁶³ *Nasko*, Empor, 357.

Eine Aufstellung mit Kennzeichen von Lastkraftwagen, die während der Streiks in Wien gegen das Gesetz verstoßen hatten, denn in dieser Liste (die natürlich nicht alle Verstöße aufgezeichnet haben kann) befindet sich – im Gegensatz zur oben zitierten Schilderung – kein einziges Fahrzeug mit nichtösterreichischem Kennzeichen.²⁶⁴

Einer der größten Kritikpunkte an den Verhandlungen zu den Lohn-Preis-Abkommen waren mangelnde Transparenz und Öffentlichkeit der Beratungen und Inhalte. Dass die Menschen nicht wussten, was auf sie zukommen würde, trug bestimmt nicht zu einer breiteren Akzeptanz der Abkommen zwischen den Sozialpartnern bei. Natürlich gab es auch gute Gründe, die Verhandlungsinhalte nicht im Vorhinein bekannt zu geben, wie Bundeskanzler Figl in der Nationalratssitzung vom 12. Oktober 1950 ausführte:

Es war aber kaum möglich, umstrittene Fragen vorher in der Öffentlichkeit zu erörtern, da dies letzten Endes zu einer Verwirrung in der Bevölkerung und damit zu Angstkäufen, Produktionseinschränkungen usw. geführt hätte.²⁶⁵

Und weiter führte er aus:

Die Kommunisten sahen in diesem Abkommen eine Möglichkeit, Unruhe und Verwirrung zu stiften. Sie haben vom ersten Augenblick an darauf losgesteuert, diese notwendigen Maßnahmen für ihre politischen Zwecke zu mißbrauchen. Lange bevor sich Regierung, Kammern und Gewerkschaftsbund über die neuen Preise und Löhne einigten, begann das Zentralorgan der Kommunistischen Partei damit, durch übertriebene Meldungen das arbeitende Volk aufzuhetzen.²⁶⁶

Vor allem die letztere Aussage ist sehr interessant, da sie durch Recherche der entsprechenden Ausgabe der *Österreichischen Volksstimme* und den Vergleich mit den tatsächlich erfolgten Erhöhungen leicht überprüfbar ist. Konkret handelte es sich um die Zeitungsausgabe vom 7. September 1950: Die Informationen der *Volksstimme* waren ziemlich zuverlässig, auch wenn keine genauen Angaben erfolgten, in welchem Ausmaß die Preise steigen würden. Außerdem wurden die Lohnerhöhungen gar nicht angesprochen, die Berichterstattung kann daher zu Recht als einseitig angesehen werden. In der Nummer der *Volksstimme* wurde folgendes über die Verhandlungen zu einem neuen Lohn-Preis-Abkommen berichtet:

²⁶⁴ Vgl. ÖStA, AdR, 134.941/2-50, Polizeidirektion Wien, Abteilung I, I.1826/50, Aufstellung LKW.

²⁶⁵ *Parlament der Republik Österreich*, Stenographisches Protokoll der 31. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 12. Oktober 1950, 1094, online unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00031/imfname_159369.pdf.

²⁶⁶ Ebd.

Die Arbeiter und Angestellten werden bei einem vierten Lohn-Preis-Pakt genau so – wenn nicht noch schwerer – draufzahlen, wie bei den drei vorhergegangenen. So sollen die Preise für Brot, Mehl, Semmeln und Teigwaren bis zu 50 Prozent erhöht werden. [...] Die Gewerkschaftsführung aber hat es bis heute nicht für notwendig gehalten, die Arbeiterschaft über den Inhalt der Verhandlungen zu informieren, obwohl der Vorsitzende des OeGB Böhmen daran teilnimmt.²⁶⁷

Wenn auch nicht das Ausmaß der Preiserhöhungen stimmte (manche Warenpreise erhöhten sich geringfügiger, andere in einem größeren Ausmaß), so war die Liste jener Waren, die vom Abkommen betroffen sein würden, ziemlich akkurat. Auf jeden Fall aber war bereits vor den Streikbewegungen des Herbsts 1950 klar, dass die Bevölkerung der Lohn-Preispolitik gegenüber negativ eingestellt war.²⁶⁸

²⁶⁷ Österreichische Volksstimme, Nr. 207 (7.9.1950) 1.

²⁶⁸ Vgl. Moser, Aktion und Reaktion, 126.

4. Die wirtschaftspolitische Einstellung der KPÖ und ihre Aktivitäten in ÖGB und Betriebsräten²⁶⁹

Zwischen der KPÖ und der sowjetischen Führung entwickelten sich im Laufe der Jahre 1945 und 1946 Unstimmigkeiten, wie in wirtschaftlicher Hinsicht weiter zu verfahren sei. Dass die Sowjets in mancherlei Hinsicht nur bedingt Rücksicht auf die Wünsche der österreichischen Kommunisten nahmen, wurde bereits weiter oben ausgeführt. Umgekehrt wollte die KPÖ aber ihre ganz klaren Pläne für die österreichische Nachkriegswirtschaft über den Umweg der sowjetischen Besatzungsmacht verwirklichen.²⁷⁰ Dass der Weg, den die KPÖ für Österreich gewählt hatte, auf manche befremdlich wirken konnte, verdeutlichen die zwei folgenden Beispiele: Erstens drängten die beiden wichtigen Kommunisten Johann Koplenig, seines Zeichens Vorsitzender der KPÖ, und Parteisekretär Friedl Fűrberg auf eine rasche Übernahme der ostösterreichischen Wirtschaft durch die sowjetische Besatzung. Zweitens ersuchte die KPÖ die Sowjets im Frühsommer 1946, bei den anstehenden Verhandlungen über einen österreichischen Staatsvertrag erst einmal Bedingungen an die drei Westalliierten zu stellen, bevor die Verhandlungen aufgenommen würden. Dazu gehörten unter anderem die Evakuierung faschistischer displaced persons, der Abzug der Besatzungstruppen bis auf 5.000 Mann pro Besatzungsmacht und ein zehnjähriges Verbot deutscher Beteiligung an österreichischen Unternehmen. Die österreichische Regierung solle zur politischen Säuberung verpflichtet werden.²⁷¹ Das alles forderte die KPÖ in dem Wissen, dass die Westalliierten nie zustimmen würden, und hoffend, dass diesen nun die Schuld an der Verzögerung der Verhandlungen zugeschrieben werde. Das von der KPÖ angestrebte Szenario kann folgendermaßen umrissen werden:

Beherrschung zentraler Industriekapazitäten durch eine ausländische Macht (UdSSR), Etablierung einer gegenüber dieser ausländischen Macht loyalen Elite (KPÖ) an wirtschaftlichen Entscheidungspositionen, Abhängigkeit von Rohstoff- und Lebensmittelversorgung durch diese ausländische Macht, ökonomische Orientierung auf den Einflussbereich derselben ausländischen Macht.²⁷²

²⁶⁹ Zur Haltung der KPÖ vor allem in der Frage der Verstaatlichung der österreichischen Industrie nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Manfred *Mugrauer*, Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner (Innsbruck/Wien/Bozen 2006) 182–200.

²⁷⁰ Vgl. *Mueller*, Politische Mission, 183f.

²⁷¹ Ebd.

²⁷² *Mueller*, Politische Mission, 186.

Bis auf die von den Kommunisten geforderte Geltendmachung der Besitzansprüche am deutschen Eigentum (die ohnehin im Interesse der Sowjets lag) wurde nur wenig von den sonstigen Vorschlägen der KPÖ verwirklicht. Alle dieser Forderungen klingen nicht unbedingt sehr patriotisch, zeugen sie doch ganz klar von der Unterordnung unter die Sowjets und deren starke Machtstellung.

Auf der anderen Seite ist aber hervorzuheben, dass die KPÖ von den drei Parteien der unmittelbaren Nachkriegszeit jene war, die vermutlich am heftigsten auf eine Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftszweige drängte, was jedenfalls eine gewisse Opposition zu den Sowjets bedeutete.²⁷³ Das Kalkül dürfte wohl gewesen sein, dass es sich als Eigentümer der Industriebetriebe leichter mit den Sowjets in Bezug auf das deutsche Eigentum verhandeln lassen würde, als ohne jeglichen Besitzanspruch. Wie sich später zeigen sollte, wären hier unweigerlich österreichische auf sowjetische Interessen gestoßen, denn von den 44 Betrieben, die im Juli 1946 verstaatlicht wurden, wurden 29 aufgrund des Befehls Nr. 17 von den Sowjets beansprucht, weshalb das Verstaatlichungsgesetz in der sowjetischen Zone ausgesetzt wurde.²⁷⁴ Wäre die kommunistische Taktik aufgegangen, die Betriebe so rasch als möglich zu verstaatlichen, hätte die Situation im Juli 1946 anders ausgesehen. Vielleicht wurde von der Seite der KPÖ auch darauf spekuliert, sich bei eventuellen Verhandlungen mit den Sowjets profilieren zu können, nachdem Staatskanzler Renner die Verhandlungen zur Gründung bilateraler Gesellschaften trotz fertig ausverhandelter Verträge auf westlichen Druck hin platzen ließ.²⁷⁵

Muellers Befund von weiter oben muss vielleicht dahingehend abgeschwächt werden, dass 1945 die Verstaatlichung aus ideologischen Gründen gefordert, aber die Gründung bilateraler Gesellschaften aus realpolitischen Erwägungen von der KPÖ favorisiert wurde. Die Verhandlungen zu diesen platzten aber, weil die westlichen Alliierten eine Integration Österreichs in den sowjetischen Wirtschaftsraum verhindern wollten und drohten, die Regierung Renner nicht anzuerkennen. 1946 wurde aus zweierlei Gründen die Hilfe der Sowjets bei der Befreiung der Wirtschaft Österreichs von deutschem Kapital gefordert: Erstens machten SPÖ und ÖVP nach der Wahl 1945 kaum Anstalten, die Verstaatlichung

²⁷³ Vgl. *Mugrauer*, KPÖ in der Verstaatlichungsfrage, 13–15.

²⁷⁴ Ebd. 18.

²⁷⁵ Ebd. 15.

voranzutreiben, zum Beispiel ging die Causa am 30. Jänner 1946 an den parlamentarischen Ausschuss für Vermögenssicherung, jedoch trat dieser erst am 21. Mai zusammen. Zweitens bestand innerhalb der KPÖ anscheinend wirklich der Wille, die österreichische Industrie dem deutschen Einfluss zu entreißen. Eine Forderung nach Sowjetisierung der Unternehmen aus Gründen der Unterwürfigkeit gegenüber den Sowjets erscheint jedenfalls angesichts der Mitarbeit der KPÖ im parlamentarischen Bereich im Prozess der Vorbereitung und Durchführung der Verstaatlichungen unglaublich.

Die KPÖ versuchte auch, ihre Vorstellungen der wirtschaftlichen Zukunft Österreichs nicht nur durch die Beeinflussung der sowjetischen Organe, sondern auch durch die Arbeit im Österreichischen Gewerkschaftsbund umzusetzen. Einige der oben skizzierten Ideen und Forderungen finden sich daher konsequenterweise auch im Forderungsprogramm des ÖGB vom 7. Dezember 1945,

z.B. die Forderungen nach Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, nach einer Bodenreform, nach einer fortschrittlichen Sozialgesetzgebung, betrieblicher Mitbestimmung und einem demokratischen Betriebsrätegesetz [...] einer planmäßigen Produktion und Verteilung der Güter angesichts der wirtschaftlichen Notlage jener Jahre, nach einer Verbesserung der Ernährungslage und Hebung des Lebensstandards der ArbeiterInnenchaft[.]²⁷⁶

Wie wir sehen, decken sich diese Ansprüche in etwa mit dem, was die KPÖ später den Sowjets vorschlug. Und nachdem mit Karl Altmann der letzte Kommunist im Jahr 1947 aus der Bundesregierung ausgetreten war, blieben der Kommunistischen Partei nur mehr der ÖGB und die Betriebsräte, um auf Bundesebene institutionell in Erscheinung zu treten. Diese Politik stand stark in Konflikt mit dem Programm der Regierung und oft auch des ÖGB, denn der Gewerkschaftsbund trat eher für das System der Sozialpartnerschaft ein, als auf Konfrontationskurs zu gehen. Die KPÖ organisierte schon in den Jahren vor 1950 kleinere Streiks und Demonstrationen, die sich gegen die Regierung und deren Politik richteten.²⁷⁷ Als Beispiele seien etwa die sogenannten Kalorienstreiks und die Hungerdemonstrationen des Jahres 1947 genannt. Dazu muss aber auch festgehalten werden, dass die KPÖ 1948 in den Gewerkschaftsvorständen ebenso stark repräsentiert war wie die ÖVP, beide Parteien verfügten nämlich über je 77 Mitglieder, während 250 Mitglieder der Vorstände der SPÖ zuzurechnen waren. Dementsprechend waren auch 61 der 407 ÖGB-Angestellten im Jahr

²⁷⁶ Autengruber, Oktoberstreik, 153.

²⁷⁷ Ebd. 153f.

1947 Mitglieder der KPÖ und einige Gebietssekretariate wurden auch von Kommunisten geleitet, beispielsweise in St. Pölten, Krems, Steyr und Leoben.²⁷⁸ Die KPÖ als „Partei der ArbeiterInnenklasse“²⁷⁹, wie sie sich auch heute noch gerne geriert, war in den Betriebsräten und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund fest verankert. Mugrauer erwähnt, die Kommunisten wären besonders bei den Bau- und Holzarbeitern stark vertreten gewesen.²⁸⁰ Insofern ist es sehr verwunderlich, dass besonders diese Berufsgruppe den Kern jener Männer bildete, die unter Franz Olah die Streiks in den ersten Oktobertagen 1950 gewaltsam beendete. Jedenfalls gab es bereits vor 1950 Versuche, Kommunistinnen und Kommunisten aus der Gewerkschaft auszuschließen, und auch nach 1950 gab es einige. Besonders bemerkenswert scheint folgender Sachverhalt zu sein: „Am Gewerkschaftstag der Bau- und Holzarbeiter im Jahr 1952 wurde gar eine Geschäftsordnung beschlossen, wonach Mitglieder der KPÖ grundsätzlich keine FunktionärInnen dieser Teilgewerkschaft sein konnten.“²⁸¹ Noch erklärungsbedürftig erscheint dies im Zusammenhang mit dem oben erwähnten starken kommunistischen Einfluss in dieser Gewerkschaft.

1949 konnten die Einheitslisten in der Voith St. Pölten und der Glanzstoff St. Pölten in zwei großen USIA-Betrieben die Mehrheit im Betriebsrat erreichen. In Wien gab es während des Oktoberstreiks 97 Betriebe mit kommunistischer Mehrheit im Betriebsrat. Dazu zählten die großen Betriebe in Stadlau, Liesing und Floridsdorf.²⁸² Der kommunistische Einfluss in Betrieben war nicht nur vor, sondern auch nach den Streiks des Oktobers 1950 groß, und besonders in den SMV- und USIA-Betrieben konnten die Einheitslisten hervorragende Ergebnisse verbuchen. Nicht zuletzt auch in der VÖEST erreichten die Kommunisten ein großartiges Ergebnis und steigerten sich 1951 von zwei auf neun Mandate. Ähnlich sah es in den Großbetrieben Floridsdorfs und der Obersteiermark aus.²⁸³ Interessant ist die Tatsache, dass besonders in den USIA-Betrieben viele Menschen arbeiteten, die Mitglieder der KPÖ waren. Das resultierte unter anderem daraus, dass zu Beginn der 1950er-Jahre aktiv Arbeiterinnen und Arbeiter, die nicht Mitglieder der KPÖ waren, aus diesen Unternehmen entfernt wurden, wie an anderer Stelle noch besprochen wird. Bemerkenswert ist, dass circa

²⁷⁸ Ebd. 157.

²⁷⁹ Manfred *Mugrauer*, Partei der ArbeiterInnenklasse. Zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Verankerung der KPÖ in den Jahren 1945-1955. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 18, 4 (Dezember 2011) 1–12, hier 1.

²⁸⁰ Ebd. 3.

²⁸¹ Ebd. 4.

²⁸² Ebd. 8.

²⁸³ Ebd. 7.

die Hälfte der Belegschaft der USIA aus Kommunistinnen und Kommunisten bestand und „ein Fünftel der Gesamtmitgliedschaft der Partei in einem sowjetischen Betrieb arbeitete.“²⁸⁴

Die alles in allem systemintegrative Grundhaltung der KPÖ, die ja eine der Gründungsparteien des ÖGB und der 2. Republik war, stellt einen Kontrast im Vergleich zur Haltung der kommunistischen Kräfte der 1. Republik dar. Schließlich befürwortete die KPÖ sogar die Wiedereinführung der Verfassung in der Fassung von 1929, die „lange Zeit als ‚Heimwehrverfassung‘ strikt abgelehnt“²⁸⁵ worden war.

²⁸⁴Ebd. 9.

²⁸⁵ *Stalzer*, Anpassung und Isolation, 494.

5. Der Streik von 1950 und die USIA-Betriebe

In diesem Kapitel werden ausgewählte Betriebsstätten im Eigentum der USIA und ihre Rolle vor den und während der Streiks 1950 untersucht. Eine wichtige Quelle sind die diversen Betriebszeitungen, aber auch andere Lokalzeitungen, die Einblick in die Vorkommnisse während des Jahres 1950 und davor geben.

Die Streiks begannen in Oberösterreich und Wien ungefähr gleichzeitig. Die Behauptung mancher, der Streik könne schon deshalb nicht von den Kommunisten geplant gewesen sein, weil sein Ausgang nicht in der sowjetischen Zone gelegen habe, ist als widerlegt anzusehen: „Der ‚Auftakt‘ kann mit derselben Berechtigung wie für Oberösterreich auch in Wien gesehen werden, er war hier nicht weniger heftig und nicht später als in Oberösterreich.“²⁸⁶ Nachdem am 22. September 1950 berichtet wurde, die Verhandlungen zu einem neuen Abkommen wären abgeschlossen, kam es bereits am 25. September, dem darauffolgenden Montag, zu ersten Unmutsbekundungen von Wiener Arbeitern. 14 Wiener Betriebe streikten und Betriebsversammlungen sowie Protestmärsche zum Ballhausplatz, wo an diesem Tag das Abkommen im Ministerrat beschlossen wurde, folgten.²⁸⁷ Der sowjetische Stadtkommandant untersagte massives Einschreiten der Exekutive. Dieses Verbot war wohl dazu gedacht, Ausschreitungen und Eskalationen zu verhindern.²⁸⁸ Nach Erinnerung des Wiener Polizeipräsidenten Holaubek war die Situation vor dem Bundeskanzleramt am 26. September 1950 einigermaßen dramatisch.²⁸⁹ Immerhin wurde an diesem Tag das Abkommen im Ministerrat beschlossen, dessen Sitzung aufgrund der Angst vor Ausschreitungen und Gewaltakten in die frühen Morgenstunden vorverlegt worden war. Bundeskanzler Figl war noch anwesend und machte sich ernsthaft Sorgen um seine Sicherheit, denn einige aus der Menge der Demonstranten erklommen die Fassade des Bundeskanzleramts, das zu jener Zeit eingerüstet war. Nach Holaubeks Erinnerung forderte er, dass die Polizei von ihren Schusswaffen Gebrauch mache und die Amerikaner über die Vorgänge informiert würden. Holaubek war dagegen und sprach auch bei Bundesminister Gruber in diesem Sinne vor, da er

²⁸⁶ Ronald Gruber, Manfred Hörzinger, ... bis der Preistreiberpakt fällt. Der Massenstreik der österreichischen Arbeiter im September/Okttober 1950 (Wien 1975), 28.

²⁸⁷ Vgl. Gruber, Hörzinger, Preistreiberpakt, 28f.

²⁸⁸ Vgl. Moser, Aktion und Reaktion, 130.

²⁸⁹ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Briefwechsel Schärf-Holaubek 20. April – 24. Mai 1954. Die Schilderung dieser Szene ist im Folgenden diesen Briefen entnommen.

ein Eingreifen der Sowjets fürchtete, sollten die Amerikaner zu einer Intervention veranlasst werden. Ähnlich gingen die Sowjets vor, um den Konflikt zu begrenzen: Um nicht die anderen Mächte in den Streik zu involvieren, boykottierten die Sowjets ein Treffen aller vier Stadtkommandanten, die dadurch nicht handlungsfähig waren.²⁹⁰ Das folgende, gemeinsame Vorgehen von SPÖ, ÖVP und ÖGB gegen die Proteste tat sein Übriges, um den Streik als kommunistische Aktion abzutun und damit von den wirtschaftlichen Ursachen der Unzufriedenheit der Bevölkerung abzulenken. Der Protest wurde sozusagen von einer wirtschaftlichen Auseinandersetzung in einen ideologischen Kampf umgedeutet.²⁹¹ Einen Hinweis darauf, dass diese Angelegenheit schon von Zeitgenossen als eine in nicht unwesentlichem Ausmaß finanziell geprägte Konfliktsituation erlebt wurde, gibt der Monatsbericht der Bundespolizeidirektion Linz vom 2. November 1950, der eine allgemeine Unzufriedenheit mit den Preissteigerungen festhielt,²⁹² zumal ebendort bereits nach dem 3. Abkommen eine tief verwurzelte, allgemeine Verbitterung festgestellt wurde, besonders in Zusammenhang mit den Tarifierhöhungen in der Folge des 3. Lohn-Preis-Abkommens.²⁹³ Die Versammlung am Ballhausplatz löste sich auf, nachdem einige Redner aufgetreten waren. Am nächsten Tag ging es ähnlich weiter, in vielen Betrieben Österreichs wurde gestreikt, vor allem in Oberösterreich. Die Konferenz der Betriebsräte von Liesing-Atzgersdorf beschloss am 27. September 1950, für den 30. September eine gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz einzuberufen. Hautmann spricht davon, dass der Streik an diesem Mittwoch seine größte Ausdehnung erreicht habe.²⁹⁴ Der Entwurf einer Pressemitteilung vom 28.9.1950 informiert darüber, dass sich die Lage insgesamt wieder gebessert habe und in St. Pölten wiedergearbeitet werde, während zwei USIA-Betriebe, nämlich die Böhler-Werke im Bezirk Amstetten und ein Feilenhauwerk im Traisental, noch streikten.²⁹⁵ Allerdings, so zeigt ein Bericht der Sicherheitsdirektion für Oberösterreich, dürften weite Teile der Bevölkerung in diesen Tagen stark verunsichert gewesen sein, denn es kam in Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des 4. Lohn-Preis-Abkommens zu Panikkäufen, sodass bei Verbrauchsgütern fast die Ausmaße des Weihnachtsgeschäfts erreicht wurden.²⁹⁶

²⁹⁰ Vgl. Moser, Aktion und Reaktion, 130.

²⁹¹ Ebd. 132.

²⁹² Vgl. ÖStA, AdR, Inneres, Karton 17, Bundespolizeidirektion Linz, 2.11.1950, 162713-2/50.

²⁹³ Vgl. ÖStA, AdR, Inneres, Karton 17, Bundespolizeidirektion Linz, 6.6.1949, 102978-2/50.

²⁹⁴ Vgl. Hautmann, Kommunisten-Putsch, 6.

²⁹⁵ Vgl. ÖStA, AdR, 134.938-2/50, Entwurf einer Pressemitteilung, 28.9.1950.

²⁹⁶ Vgl. ÖStA, AdR, Inneres, Karton 17, Sicherheitsdirektion für Oberösterreich, 10.10.1950, 145785-2/49.

Eine umfassende, auf genauem Quellenstudium basierende Darstellung der Streiks von 1950 fehlt bislang für die USIA-Betriebe. Generell kann aber festgehalten werden, dass die Einstellung der USIA-Angestellten und -Betriebsinhaber dem Streik gegenüber positiv war: „Wenn es sich um USIA-Betriebe handelte, konnten die Streikenden davon ausgehen, daß die Beteiligung für sie keine nachteiligen Folgen haben würde. Außerdem konnten sie USIA-Betriebsmittel (z.B. Lastkraftwagen) benutzen.“²⁹⁷ Eine wie auch immer geartete Tendenz der Arbeiter und Angestellten der sowjetisch verwalteten Betriebe zu einer nachhaltigen Änderung der politischen oder gesellschaftlichen Verhältnisse konnte bis heute nie schlüssig nachgewiesen werden, sondern wurde vielmehr nachhaltig widerlegt.²⁹⁸ Gleichwohl ist es das Anliegen dieser Arbeit, die innerbetrieblichen Ereignisse und Vorgänge im Umfeld der Unternehmen vor, während und nach dem Streik des Herbst 1950 darzulegen. Zu Beginn dieses Kapitels sollen die Streiks kurz anhand des wichtigsten verfügbaren Zahlenmaterials dargestellt werden: Insgesamt streikten im September und Oktober 1950 knapp 190.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aber in der großen Mehrheit nicht der USIA angehörten. Das leuchtet schon alleine deshalb ein, da in der USIA ja nur ungefähr 50.000 Menschen angestellt waren. Von rund 200.000 Streikenden, was 10 Prozent der Unselbstständigen entsprochen haben dürfte, schreibt auch Gerhard Botz.²⁹⁹ Nun aufgeschlüsselte Zahlen zu den einzelnen Bundesländern: 242 Betriebe mit 41.000 Arbeitern streikten in Wien, wovon 102 Unternehmen und 22.000 Beschäftigte der USIA angehörten. In Niederösterreich nahmen 215 Betriebe mit 54.500 Beschäftigten an den Protesten teil, von denen 95 Firmen und 28.000 Arbeiter der USIA zuzurechnen sind. In Oberösterreich blieben 60.000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplätzen fern, in der Steiermark 25.000, in Salzburg 7.000 bis 8.000, im restlichen Österreich circa 1.500.³⁰⁰ An dieser Stelle soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass sich die angegebenen Zahlen in dieser Fülle von Details nur in dieser Publikation und allen darauf aufbauenden finden. Weitere Zahlenangaben mit einem derartigen Detailgrad zu den Streikenden konnten im Zuge der Recherchen nicht ausfindig

²⁹⁷ Stephan Ganglbauer, *Niedergeschlagen oder Radikalisiert? Der Streik und die Kräfteverhältnisse zwischen SPÖ und KPÖ*. In: Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley, Robert Streibel (Hg.), *Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik. Dokumentation eines Symposiums der Volkshochschulen Floridsdorf und Brigittenau und des Instituts für Wissenschaft und Kunst* (Wien ²1995), 93–101, hier 95.

²⁹⁸ Vgl. Autengruber, Mugrauer, *Oktoberstreik*.

²⁹⁹ Vgl. Gerhard Botz, *Streik in Österreich 1948 bis 1975. Probleme und Ergebnisse einer quantitativen Analyse*. In: Gerhard Botz, Hans Hautmann, Helmut Konrad, Josef Weidenholzer, *Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte* (Wien 1978) 807–832, hier 822.

³⁰⁰ Alle Zahlen vgl. Hautmann, *Kommunisten-Putsch*, 8.

gemacht werden. Klar ist aber, dass der Streik eine beachtliche Größe erreicht hat, was durch zwei Fakten gestützt wird: Erstens war das mediale Echo enorm, wie anhand des bereits Ausgeführten klargeworden ist. Die Berichterstattung der Tageszeitungen war aber wiederum stark abhängig von deren politischer Orientierung: So berichtete die *Arbeiter-Zeitung* noch ziemlich zu Beginn des Streiks, dass sich die Arbeitsniederlegungen „in Wien und Niederösterreich im wesentlichen [sic!] auf Usia-Betriebe [sic!] beschränkt“³⁰¹ hätten. Die *Arbeiter-Zeitung* versuchte also anscheinend, den Streik als kleiner darzustellen als er wirklich war. Zweitens wurde auch anhand der Reaktion des Bundesministeriums für Inneres deutlich, dass die Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen ein beachtliches Ausmaß erreicht hatten, denn immerhin wurden am 3. Oktober 1950 alle Sicherheitswachebeamten in den Permanenzdienst gestellt.³⁰² Es ist nach der Meinung des Autors nicht anzunehmen, dass die Zahlen, die Hans Hautmann in den Mitteilungen der Alfred-Klahr-Gesellschaft präsentiert, übertrieben sind, sondern dass sie eher im unteren Bereich angesiedelt sind. Von Seiten der KPÖ und deren Mitgliedern ist nämlich eher nicht zu erwarten, dass sie den Oktoberstreik in größerem Ausmaß darstellen wollen, als es der ungefähren Faktenlage entspricht, vor allem wenn man bedenkt, dass sich die KPÖ lange Zeit gegen den Vorwurf des Putschversuches wehren musste. Außerdem ist hinzuzufügen, dass die Zahlen im Großen und Ganzen in etwa den sowjetischen Einschätzungen nahekommen:

In der Zeit vom 26. September bis 5. Oktober nahmen an den Streiks annähernd 450 Betriebe unterschiedlicher Größe (von ihnen USIA – 199, SMV – 26) mit einer Arbeiterzahl von nicht weniger als 200 tausend Menschen teil. Wenn man die Unternehmen und Arbeiter, die ihre negative Haltung zum neuen Pakt und folglich zur Politik der Regierung durch die Annahme von Resolutionen, Teilnahme an Demonstrationen und Versammlungen, Entsendung von Delegationen bekundet haben, berücksichtigt, dann beträgt die Gesamtzahl der Teilnehmer der Bewegung dieser Tage bis zu 300 tausend Menschen.³⁰³

Ein interessantes Detail zur Beteiligung der USIA-Betriebe liefern die Ausschlüsse aus dem österreichischen Gewerkschaftsbund nach den Streiks von 1950, sofern sich eine Verbindung

³⁰¹ Arbeiter-Zeitung Nr. 226 (29.9.1950) 1.

³⁰² Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BM Helmer, Nr. 164, 3.10.1950.

³⁰³ Aus dem Bericht der Propagandaabteilung der SČSK für Österreich über die Streikbewegung in Österreich, 16. Dezember 1950. In: Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark, Gennadij Bordjugov (Hg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven (Wien 2005) Nr. 71, 684–711, hier 707.

zu den sowjetischen Betrieben herstellen lässt. Zuvor soll aber festgehalten werden, dass die Ausgeschlossenen teilweise nach einiger Zeit wiederaufgenommen wurden, und der ÖGB eine Historikerkommission einsetzte und schließlich im Oktober 2015 im Bundesvorstand die Ausgeschlossenen vom Vorwurf des Putschversuchs freisprach und die Ausschlüsse als unrechtmäßig deklarierte.³⁰⁴ Hier ein Überblick über die Ausschlüsse:

Maria Worrying arbeitete seit 1947 „im Ein- und Verkaufskontor der Metallurgischen USIA-Verwaltung [...], wo sie kurz darauf Betriebsratsobfrau und 1949 auch Mitglied der Ortsgruppenleitung der Gewerkschaft im Wiener Bezirk Wieden wurde.“³⁰⁵ Sie wurde 1950 aus dem ÖGB ausgeschlossen. Leopold Linsenmayer war Angestelltenbetriebsrat in Steyr-Werken und wurde aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und von seinem Betrieb entlassen, woraufhin er technischer Direktor des USIA-Werks in St. Valentin wurde.³⁰⁶ Eine ähnliche Karriere machte Fritz Neubauer, Sekretär und stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter: Auch er wurde nach seiner Entlassung Direktor eines USIA-Betriebs.³⁰⁷ Josef Martin wurde wegen Abwesenheit vom Arbeitsplatz während der Streikphase zuerst verwarnt und dann entlassen. Er sollte nach KPÖ-internen Aufzeichnungen in einem USIA-Betrieb untergebracht werden.³⁰⁸ Aus der Gewerkschaft der Arbeiter der chemischen Industrie gab es keine Ausschlüsse, da diese wegen der SMV-Betriebe recht stark mit Kommunistinnen und Kommunisten besetzt war.³⁰⁹ Gottfried Menzl wurde aus der Gewerkschaft der Bediensteten im Handel, Transport und Verkehr ausgeschlossen. Davor war er Obmann des Zentralbetriebsrats der DDSG und ab 1949 Abteilungsleiter und Obmann des Angestelltenbetriebsrates in der Korneuburger Werft, die zur USIA gehörte.

Vier Personen mit Gewerkschaftsfunktionen in der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter wurden am 26. November 1950 aus ihren Positionen verlustig: Johann Schlögl, ein Hilfsarbeiter in der Zuckerwarenfabrik Neisse, Otto Artner, kommunistischer Betriebsratsobmann in der Zuckerfabrik in Bruck an der Leitha, Josef Windbacher aus der Firma Dr. Oetker in Baden, und Josef Tuchny, der bei der Niederösterreichischen Molkerei in Wien-Brigittenau arbeitete. Die Firma Neisse in Favoriten war ein kommunistischer

³⁰⁴ Vgl. *Autengruber, Mugrauer*, Oktoberstreik, 146f.

³⁰⁵ Ebd. 76.

³⁰⁶ Ebd. 78.

³⁰⁷ Ebd. 88.

³⁰⁸ Ebd. 89.

³⁰⁹ Ebd. 91.

Mehrheitsbetrieb, Dr. Oetker war ein USIA-Betrieb.³¹⁰ Ihrer gewerkschaftlichen Positionen enthoben, aber nicht aus der Gewerkschaft selbst ausgeschlossen wurden vier Personen aus der Schichtwerke AG Wien-Atzgersdorf, die zur USIA gehörte, zwei Arbeiter der Wiener und einer der Niederösterreichischen Molkerei (ebenfalls USIA), zwei Funktionäre von Dr. Oetker, und je eine Person der Brauerei Liesing, der Firma Wolfrum und der Austria Brotwerke.³¹¹

Welche Bedeutung den Kommunisten in den Betriebsräten zukam, zeigt die Statistik der Betriebsratswahlen 1947/48, bei denen die SPÖ-Liste auf österreichweit 60,6%, die KP-Einheitsliste auf 9,5%, die ÖVP-Liste auf 2,9% und Namenslisten (die bei den Betriebsratswahlen im Gegensatz zu den Kammerwahlen zugelassen waren) auf 27% kamen. Die KPÖ war damit in den Betrieben prozentuell doppelt so stark vertreten wie im Nationalrat. Bei den Betriebsratswahlen 1951 konnte die Einheitsliste in 256 von 1062 wählenden Betrieben eine Mehrheit erringen, in den Betrieben im Zistersdorfer und Matzener Erdölgebiet erreichten sie beinahe 70%. Ähnlich gute Ergebnisse mit bis zu 40% konnten die Kommunisten auch in den Floridsdorfer Industriebetrieben erreichen.³¹²

Das BMI und die Polizei griffen anscheinend hart durch, wenn es um die Beschlagnahmung von Zeitungen ging, von denen man befürchtete, dass sie die Proteste anheizen würden. So befahl die Sicherheitsdirektion für Salzburg beispielsweise am 30. September die Beschlagnahmung der Salzburger Nachrichten vom 30.9./1.10.,³¹³ am 4. Oktober wurde in Wien die Beschlagnahmung der Österreichischen Volksstimme befohlen, da vor der Verteilung kein Pflichtexemplar abgegeben worden sei.³¹⁴

Bereits am 1. Oktober wurde per Aussendung des BMI allen Polizisten und Gendarmen, die mit dem Streik sympathisierten, der Ausschluss aus dem Dienst angedroht, da dies nicht mit dem Exekutivdienst vereinbar sei.³¹⁵ In einem Fernschreiben vom 3. Oktober wurden die Sabotageakte verurteilt, und energisches Einschreiten gegen die „Volksschädlinge“ wurde gefordert (der Begriff weckte sicherlich Erinnerungen an eine für die Zeitgenossen nicht allzu

³¹⁰ Ebd. 100f.

³¹¹ Ebd. 101.

³¹² Vgl. Hans Hautmann, Kommunistische Arbeiterkammer- und Betriebsrätepolitik nach 1945. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 18, 4 (Dezember 2011) 13–17, hier 16.

³¹³ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben Sicherheitsdirektion für Salzburg, Nr. 1994, 30.9.1950.

³¹⁴ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI Abteilung 2, Nr. 121, 4.10.1950.

³¹⁵ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI und Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Nr. 12, 1.10.1950.

lange zurückliegende Vergangenheit, daher die Anführungszeichen).³¹⁶ Dass die Treuepflicht gegenüber den Vorgesetzten und der Republik von manchen kommunistischen Polizisten während der Streiks nicht ganz genau erfüllt wurde, zeigt sich daran, dass Anordnungen des Polizeipräsidenten durch die sowjetischen Bezirkskommandanten in einigen Fällen nicht Folge geleistet wurde. Außerdem gab es danach einige Disziplinarverfahren gegen kommunistisch orientierte Beamten.³¹⁷

Am 3. Oktober stellte Bundesminister Helmer den gesamten Sicherheitsapparat in Permanenzdienst und betonte die kommunistische Gefahr und die drohende Zerstörung der Republik Österreich. Sollten die Kräfte der Exekutive nicht ausreichen, so könne im Einvernehmen mit dem Landeshauptmann auf Hilfskräfte zur Unterstützung zurückgegriffen werden, beispielsweise auf Feuerwehren oder Forstarbeiter.³¹⁸ Inwiefern dieser Passus auch benutzt wurde, um das Einschreiten der Bau- und Holzarbeiter unter Franz Olah zu rechtfertigen, konnte nicht eruiert werden. Rechtlich wäre zumindest strittig, ob ein derartiges Vorgehen aufgrund dieser Verordnung des Ministeriums den Gesetzen entspricht. Ein Lagebericht des BMI vom 4.10.1950 hält fest, dass in der Mehrzahl nur noch USIA-Betriebe streiken würden.³¹⁹ Ein Lagebericht vom Abend desselben Datums berichtet aber auch davon, dass einige Mitarbeiter von Betrieben Demonstranten abgewiesen hätten, die zum Streik animieren wollten, darunter auch der USIA-Betrieb Prym in Weissenbach an der Triesting. Außerdem habe sich am selben Tag ein Angriff der Voith-Mitarbeiter auf die Eisenbahnerwerkstatt in St. Pölten zugetragen.³²⁰ Bereits am 6. Oktober aber wurde wieder der normale Dienstbetrieb befohlen.³²¹ Am 7. Oktober 1950 dankte Bundesminister Helmer den Exekutivkräften dafür, dass sie diesen „verbrecherischen Angriff“³²² auf Österreich in seiner wirtschaftlich bedrängten Lage abgewehrt haben. Die Krise war somit überstanden.

Die Ereignisse dürften auf die Bevölkerung auch im Westen Österreichs solchen Eindruck gemacht haben, dass sie noch Monate später im Alltag präsent waren. Die

³¹⁶ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI Abteilung 2, Nr. 322, 3.10.1950.

³¹⁷ Vgl. Hans *Hautmann*, Kommunisten und Kommunistinnen, 11f.

³¹⁸ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BM Helmer, Nr. 164, 3.10.1950.

³¹⁹ ÖStA, AdR, 134.938-2/50, Lagebericht des BMI (mittags), Pressedienst, 4.10.1950.

³²⁰ Vgl. ÖStA, AdR, 134.938-2/50, Lagebericht des BMI (abends), Pressedienst, 4.10.1950.

³²¹ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI, Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, Nr. 663, 6.10.1950.

³²² Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BM Helmer, Nr. 535, 7.10.1950.

Sicherheitsdirektion für das Bundesland Vorarlberg bemerkte in einem Stimmungs- und Lagebericht für den November 1950, dass in weiten Kreisen der Bevölkerung die Meinung vorherrsche, die bürgerlichen Kräfte sollten für den Kampf gegen den Kommunismus gebündelt werden. Man solle also von Verfolgungen nach dem Verbots- und Kriegsverbrechergesetz Abstand nehmen, da diese Ereignisse doch ohnehin bereits lange zurücklägen.³²³ Der Bericht aus dem Monat davor nahm auch explizit zu den Streiks Stellung: So gab es auf zwei Baustellen der Illwerke, auf drei öffentlichen Baustellen im Klostertal, bei der Krawattenfabrik in Lauterach, bei der Aufzüge- und Maschinenfabrik Doppelmayr in Wolfurt und im Zementwerk Lorüns Arbeitsniederlegungen. Der Grund, warum es in Vorarlberg mehr Streiks gab als etwa in Tirol, wurde in der besseren Organisation des Linksblocks und der tiefen Unzufriedenheit in der Bevölkerung gesehen. Dazu passt auch der Bericht, dass sich die Importe aus dem Wiener Raum extrem verteuert hätten. Obwohl die Landesregierung in den ersten zehn Tagen nach Inkrafttreten des 4. Abkommens sechs Fernschreiben an die Wiener Wirtschaftspolizei gesandt hatte, in denen sie um Einschreiten gegen Preiswucher bat, verteuerten sich Herrenanzüge innerhalb einer Woche um 100 Schilling, Schokolade von 2,50 Schilling auf 5 Schillinge und Ovomaltine um 30%.³²⁴

Ein anscheinend KPÖ-interner Bericht zur Streikbewegung liefert folgendes Zahlenmaterial zur Beteiligung von USIA-Betrieben an der Streikbewegung:³²⁵

Bundesland				
	Streikende Betriebe	Beschäftigte	USIA-Betriebe	USIA-Beschäftigte
Wien	313	47.376	102	21.979
Niederösterreich	277	58.043	95	28.211
Burgenland	8	747	7	597
Gesamt	598	106.166	204	50.787

Dieses Dokument hält auch fest, dass vor der Betriebsrätekonferenz 596 Betriebe mit insgesamt 171.856 Arbeitern und Angestellten gestreikt hatten, während nach der Konferenz 553 Betriebe mit 101.028 Beschäftigten streikten. Auch zur Aktivität vor und nach der Konferenz wurde eine Statistik erstellt:

³²³ Vgl. ÖStA, AdR, 162.714-2/50, Stimmungs- und Lagebericht, 1.12.1950.

³²⁴ Vgl. ÖStA, AdR, 162.713-2/50, Stimmungs- und Lagebericht, 2.11.1950.

³²⁵ Vgl. Zentralarchiv der KPÖ, Zur Statistik über die Streikbewegung, 1.

Von Niederösterreich [Hervorhebung im Original] z.B. konnte festgestellt werden, dass von insgesamt 277 Betrieben 50 Betriebe in der zweiten Phase des Kampfes neu in den Streik traten (in der ersten Phase haben sie nicht gestreikt), während 62 Betriebe, die vor der Konferenz streikten [...] in der zweiten Phase nicht mehr streikten. Von 235 niederösterreichischen Betrieben mit 60.443 Beschäftigten, die auf der Ges.Ö.Betr.Konferenz vertreten waren[,] streikten insgesamt 94 Betriebe mit ca. 14.000 Beschäftigte [sic!] nicht [Hervorhebung im Original].

[...]

Die Zahl der streikenden USIA-Betriebe beträgt somit ein Viertel aller streikenden Betriebe. Die Zahl der Beschäftigten in den USIA-Betrieben beträgt 26,8 % der in der Kampfbewegung erfassten Betriebsangehörigen.³²⁶

Nicht unwesentlich scheint auch die Verflechtung der Betriebsorganisationen (kurz BO) zu sein, die ja die unterste Hierarchieebene der KPÖ darstellten. Die Statistik führt aus, dass 57,8% aller BO mit 71,5% aller BO-Mitglieder an den Streiks beteiligt waren. Nach Bundesländern geordnet waren folgende BO im Streik: In Niederösterreich 223 von 394, in Wien 109 von 182, in Oberösterreich 29 von 52 und im Burgenland 5 von 6.³²⁷

a. Der Streik in Wien im Spiegel von Zeitungsberichten, Polizeiakten, sowjetischen Dokumenten und Berichten aus dem Zentralarchiv der KPÖ

Wien stellt aufgrund mehrerer Faktoren einen interessanten Fall dar, vor allem aber aufgrund der Tatsache, dass es unter allen vier Alliierten aufgeteilt war und sich die Interessen dieser vier Besatzungsmächte dementsprechend auf verhältnismäßig kleinem Raum konzentrierten. Wien war folgendermaßen aufgeteilt: Die nordwestlichen Bezirke wurden von den USA besetzt, also die Bezirke 7, 8, 9, 17, 18 und 19. Die Bezirke 6, 14, 15 und 16 unterstanden französischem Kommando, während 3, 11, 12, 13 und 23 von den Briten verwaltet wurden. Die restlichen Bezirke, also 2, 4, 10, 20, 21 und 22, wurden von den Sowjets besetzt. Der 1. Bezirk unterstand interalliiertem Kommando. Ein gewichtiger Nachteil im Hinblick auf die Rekonstruktion der hier untersuchten Ereignisse ergibt sich aus der Kleinräumigkeit Wiens: Vieles an Kommunikation fand wahrscheinlich in Form von Telefonaten statt, sodass keine Schriftstücke erhalten geblieben sind. So vermerkt eine Telefondepesche vom 2.10.1950, dass sich der Wiener Polizeipräsident mit den Sicherheitsdirektoren Wiens und Niederösterreichs mündlich verständigt habe.³²⁸ Als

³²⁶ Zentralarchiv der KPÖ, Zur Statistik über die Streikbewegung, 1f.

³²⁷ Ebd. 2.

³²⁸ Vgl. ÖStA, AdR, 134.938-2/50, Telefondepesche, 2.10.1950.

weiteres Wiener Spezifikum kommt hinzu, dass die Streikbewegung in Wien vergleichsweise stark ausgeprägt war, was unter anderem auch damit zusammenhängt, dass sich hier einige große Betriebe der USIA-Gruppe befanden, wie beispielsweise die Floridsdorfer Lokomotivfabrik, AEG-Union und Waagner-Biró, die alle am Streik teilnahmen.³²⁹ Über die Abläufe im September 1950 ist in den Akten der Landespolizeidirektion Wien wenig erhalten, weshalb sie anhand anderer Quellen oder von Zeitungsberichten rekonstruiert werden müssen. Bereits angesprochen und geschildert wurden die großen Demonstrationzüge mit mehreren tausend Teilnehmern, die zu einer – für die Staatsspitze sehr bedrückenden – Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt am 26. September führten. Im Zentralarchiv der Kommunistischen Partei Österreichs liegen außerdem noch vereinzelte Berichte vor, zudem detailliertere Berichte über die Vorgänge am 4. und 5. Oktober 1950.

Zur Chronologie des Streiks: Der Bericht der Propagandaabteilung des sowjetischen Teils der Alliierten Kommission vom Dezember 1950 gewährt interessante Einblicke in die sowjetische Perspektive der Aufläufe, die Ende September und Anfang Oktober Österreich bewegten.³³⁰ Demnach sah man den Ausgangspunkt des Streiks in der sowjetischen Zone in jenen Bezirken Wiens, in denen es USIA-Betriebe gab: In 158 Betrieben ganz Wiens wurde nach sowjetischen Informationen am 26. September 1950 die Arbeit niedergelegt.³³¹ Im sowjetischen Bereich der Stadt waren das geordnet nach Bezirken:³³²

- 2. Bezirk: 13 Betriebe (7 USIA, 6 private/verstaatlichte)
- 4. Bezirk: 16 Betriebe (12 USIA, 4 private/verstaatlichte)
- 10. Bezirk: 25 Betriebe (19 USIA, 6 private/verstaatlichte)
- 20. Bezirk: 10 Betriebe (8 USIA, 2 private/verstaatlichte)
- 21. Bezirk: 24 Betriebe (13 USIA, 11 private/verstaatlichte)
- 22. Bezirk: 21 Betriebe (15 USIA, 6 private/verstaatlichte)

Die Eisenbahnwerkstätte in Floridsdorf war mit ihren 2.500 Arbeitern der größte nichtsowjetische streikende Betrieb. In Niederösterreich beteiligten sich das verstaatlichte Schoeller-Bleckmann-Werk mit seinen 3.600 Arbeitern und die private Semperit-Gummiwarenfabrik mit 3.200 Mitarbeitern am Streik. Nach sowjetischen Informationen

³²⁹ Vgl. Der Abend. Das österreichische Abendblatt, Nr. 231 (5.10.1950) 1.

³³⁰ Aus dem Bericht der Propagandaabteilung der SČSK für Österreich über die Streikbewegung in Österreich, 16. Dezember 1950, SPIÖ, Nr 71, 685–711.

³³¹ Ebd. 687.

³³² Ebd. 689.

konzentrierten sich die Streikbewegungen hauptsächlich auf die Bezirke Wr. Neustadt, Neunkirchen und St. Pölten und das Gebiet der Erdölförderung.³³³ Mit Beginn der zweiten Phase des Streiks am 28. September wurde in diesen Betrieben wieder gearbeitet, da das Zentralkomitee der KPÖ entschieden hatte, die Streiks bis zur Betriebsrätekonferenz zu unterbrechen. Eine Ausnahme bildete hier jedoch das USIA-Werk bei St. Valentin in Niederösterreich – die ehemaligen Nibelungen-Werke –, das aus Solidarität mit den streikenden Arbeitern in Linz und Steyr weiterhin nicht arbeitete. Am 30. September tagte die Betriebsrätekonferenz in Floridsdorf mit über 2.400 Delegierten, von denen ungefähr ein Drittel den Sozialisten zuzurechnen war. Die Konferenz fasste den Beschluss, dass ab dem 4. Oktober wieder gestreikt werden würde, wenn die zuvor formulierten Forderungen, die die wirtschaftlichen Nachteile für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wettmachen sollten, nicht angenommen würden. So kam es auch, und bereits am Abend des 3. Oktobers bereitete sich die KPÖ organisatorisch auf die Durchführung der Arbeitsniederlegung vor.³³⁴ Am selben Tag stimmte der USIA-Betrieb Brown-Boveri im 10. Bezirk laut Informationen der Abteilung 2 des BMI mit 479 Stimmen gegen und 94 für den Streik.³³⁵ In Wien erreichte die Bewegung in der Folge in etwa dasselbe Ausmaß der ersten Phase, wobei diesmal aber die Eisenbahnwerkstätten im 21. Bezirk nicht mitzogen, während es in Niederösterreich zu einer Intensivierung kam. Außerdem trat auch noch die private Bad Vöslauer Tuchfabrik mit 3.000 Arbeitern in den Streik.³³⁶ Die Zentren intensiver Tätigkeit waren wieder St. Pölten, Wr. Neustadt und Wien. Es kam vor allem zur Besetzung von Bahnhöfen, Postämtern und wichtigen Straßenverbindungen. Den Streiks in Wien wurden die Männer des Sozialisten und Gewerkschaftsvorsitzenden der Holz- und Bauarbeiter Franz Olah entgegengesetzt, die den Streikenden mit Gewalt entgegentraten. Schließlich endete die letzte Streikphase mit dem Beschluss der Betriebsrätekonferenz vom 5. Oktober 1950, den Streik einzustellen.³³⁷

Im Folgenden werden Meldungen Wiener Polizeistützpunkte chronologisch und thematisch geordnet in Auszügen behandelt. Der Bestand wird nicht erschöpfend in vollem Umfang zitiert, und außerdem ist wohl nicht anzunehmen, dass der Bestand der LPD alle

³³³ Ebd. 691.

³³⁴ Ebd. 701.

³³⁵ Vgl. ÖStA, AdR, 134.938-2/50, Fernschreiben BMI Abteilung 2, Nr. 180, 3.10.1950.

³³⁶ Ebd. 703.

³³⁷ Ebd. 705.

Schriftstücke enthält, die dazu noch erhalten sind. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass alle geschilderten Ereignisse natürlich nur Gegenstände von Polizeiprotokollen sind und nicht Ergebnis einer Gerichtsverhandlung. Sie sind daher mit der entsprechenden Vorsicht zu betrachten, da sie meist nur die Sicht der handelnden Beamten wiedergeben. Die Namen aller Beteiligten wurden getilgt, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass Beteiligte noch leben. Sofern es sich um Fernschreiben handelt, wurde die Schreibung nicht übernommen, sondern zwecks besserer Lesbarkeit modifiziert, so wurde unter anderem die strikte Kleinschreibung nicht beibehalten, sondern korrigiert.

Der eigentliche Auftakt zu den Streiks fand schon am 26. September 1950 statt, an dem die Verhandlungsergebnisse der Sozialpartner im Ministerrat behandelt wurden. In einem Fernschreiben an alle Bundespolizeibehörden und Sicherheitsdirektionen fasste das Bundesministerium für Inneres die Ereignisse zusammen. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit ist von besonderem Interesse, welche prononcierte Stellung den USIA-Betrieben bereits damals zugestanden wurde: „Einige tausend Arbeiter aus den USIA-Betrieben von Wien und Umgebung, zum Teil mit Autos herangebracht, demonstrierten vor dem Bundeskanzleramt.“³³⁸ Auch die Vorkommnisse in Niederösterreich werden behandelt, dezidiert nennt das Ministerium Wr. Neustadt, St. Pölten, Neunkirchen und das Zistersdorfer Ölgebiet.³³⁹

Im weiteren Verlauf des Septembers 1950 dürfte es weder bei etwaigen Demonstrationen noch bei der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz zu Zusammenstößen oder Ausschreitungen gekommen sein. Jedenfalls ist in den eingesehenen Unterlagen nichts erhalten, was darauf hinweisen würde.

Am 2. Oktober wurde ein Textilkaufmann festgenommen, der im 15. Bezirk Hauswände mit Kalk beschmiert hatte, um gegen den 4. Lohn-Preis-Pakt zu protestieren. Er wurde nach Feststellung seiner Personalien angezeigt und auf freien Fuß gesetzt.³⁴⁰ In der hier behandelten Meldung vom Wachzimmer Blindengasse 35 in der Josefstadt vermerkt ein Sicherheitswachebeamter, dass am 2.10. von Passanten unerlaubte Plakate in der Alserstraße

³³⁸ Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben des Bundesministeriums für Inneres, Abteilung 2, Nr. 1440, 26.9.1950.

³³⁹ Ebd. 26.9.1950.

³⁴⁰ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Schmelz, Kellinggasse 2, 2.10.1950.

und der Albertgasse wahrgenommen wurden. Am 3.10. wurden diese daher durch die Sicherheitswache entfernt.³⁴¹

Der vom Wachzimmer Hietzing am Platz geschilderte Vorfall ist da schon deutlich drastischer: Am 3. Oktober wurde eine im Gebäude des Wachzimmers befindliche Schaltstation des nahen E-Werkes sabotiert, vermutlich von einem Arbeiter desselben. Am Tag der Sabotage hatte nämlich ein Arbeiter des Werkes Zugang zum Wachzimmer erbeten, um ein dringendes Telefonat führen zu dürfen. Dies wurde ihm gestattet. Da der diensttuende Beamte keinen Verdacht geschöpft hatte, ließ er den Arbeiter vermutlich aus den Augen, sodass dieser die Elektrik manipulieren konnte. Der Schaden konnte durch einen Ingenieur des Werkes behoben werden.³⁴²

Dass der öffentliche Verkehr von großer Bedeutung war, zeigt auch ein Aktenbestand zur Sicherung lebenswichtiger Betriebe, in dem ein Akt der Polizeidirektion Wien zeigt, dass nach Rücksprache mit dem Generaldirektor der Wiener Stadtwerke ein Drittel der Straßenbahnen aus der sowjetischen Zone abgezogen wurde und nur dann eine Straßenbahn in diese Zone fahren durfte, wenn eine herauskam.³⁴³ Offenbar traute man den Sowjets nicht recht über den Weg.

Bei weitem dramatischer verlief hingegen der Zusammenstoß eines Hilfsarbeiters auf einem Kraftrad mit Demonstranten am 4. Oktober: Auf dem Nachhauseweg kam ihm in der Rotenturmstraße ein Demonstrationszug auf dem Weg Richtung Stephansplatz entgegen, er wurde am Weiterfahren gehindert und wendete sein Krad, als er von hinten einen Schlag auf den Kopf bekam. Dabei ließ er das Kupplungspedal aus, sodass sein Krad nach vorne sprang und einen jungen Arbeiter erwischte, woraufhin der Hilfsarbeiter von der Menge geschlagen und misshandelt und sein Krad beschädigt wurde.³⁴⁴

Ähnlich erging es rund 100 Sicherheitswachebeamten mit 4 Fahrzeugen, die am 4. Oktober die Rossauer Kaserne verlassen hatten, um einen Demonstrationszug an der Inneren Stadt vorbeizuleiten. Allerdings kam es bereits an der Kreuzung Währingerstraße/Ringstraße zum Kontakt mit den Demonstranten, die die Polizei an der Weiterfahrt hindern wollten und

³⁴¹ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Josefstadt, Wachzimmer Blindengasse 35, 3.10.1950.

³⁴² Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Bezirkspolizeikommissariat Hietzing, Wachzimmer Hietzing am Platz, 3.10.1950.

³⁴³ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 2, Sicherung lebenswichtiger Betriebe, Polizeidirektion Wien, 3.10.1950.

³⁴⁴ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Innere Stadt, Wachzimmer Postgasse 7, Meldung SW 1/1070/1203, 4.10.1950.

einige Fahrräder vor die Polizeifahrzeuge legten. Der Kommandant der Beamten war sich nach eigenen Angaben sicher, dass die Fahrräder rechtzeitig entfernt würden, und ließ seinen Fahrer langsam weiterfahren, sodass aber die Räder überrollt und beschädigt wurden. Daraufhin wurden die Beamten attackiert und ein Polizist durch einen Schlag auf den Kopf mit einer Eisenstange verletzt.³⁴⁵

Ein interessantes Detail zu den Überredungsversuchen Streikender liefert ein Bericht des Wachzimmers in der Püttlingengasse: Am 4. Oktober hätten vier Männer auf Fahrrädern versucht, die circa 65 Arbeiter einer Baustelle der Aktiengesellschaft für Bauwesen zum Streiken zu überreden. Da sie unter anderem wegen des dortigen Baupoliers keine Chance auf Erfolg hatten, entfernten sie sich friedlich von der Baustelle. Die Beamten hielten aber aufgrund eines Hinweises vor Ort Nachschau.³⁴⁶ Dass sich die Streikenden ausgerechnet Bauarbeiter ausgesucht hatten, die sie zum Mitmachen überreden wollten, dürfte auch damit zu tun haben, dass die Bauarbeiter im Juli 1950 ebenfalls gestreikt hatten. So liegen beispielsweise Berichte des Sicherheitsbüros der Polizeidirektion Wien vom 10. und 11. Juli 1950 vor, wonach 300 streikende Bauarbeiter von der Baustelle Jedlesee durch die Stadt zogen und sich dabei ausgerechnet circa 100 Arbeiter aus der Rossauer Kaserne anschlossen.³⁴⁷ Die Holz- und Bauarbeiter wurden also erst dann zu Musterknaben, als es darum ging, den angeblichen kommunistischen Putsch niederzuschlagen, während sie zuvor selbst gegen die prekären wirtschaftlichen Verhältnisse protestiert hatten. Die Belegschaft des Sägewerks Huber etwa forderte Anfang September 1950 10% mehr Lohn und rief die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter zur Aktion auf.³⁴⁸ Diese Annahme wird auch durch ein Schreiben erhärtet, das die Konferenz der Funktionäre und Betriebsräte der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter – Ortsgruppe Murau am 6.10.1950 verfasste: Darin wurde zwar die Notwendigkeit der Lohn- und Preisabkommen anerkannt, gleichzeitig aber eine strenge Kontrolle der Betriebe und eine strikte Preisüberwachung gefordert.³⁴⁹

³⁴⁵ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Polizeischule Wien, Rossauerkaserne, 4.10.1950.

³⁴⁶ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Hietzing, Püttlingengasse 3, Meldung SW 13/1070, 4.10.1950.

³⁴⁷ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben der Polizeidirektion Wien, Sicherheitsbüro, Nr. 578, 10.7.1950. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben der Polizeidirektion Wien, Sicherheitsbüro, Nr. 636, 11.7.1950.

³⁴⁸ Vgl. Österreichische Zeitung, 2.9.1950.

³⁴⁹ Vgl. ÖStA, AdR, 134.943/2-50, Schreiben der Konferenz der Funktionäre und Betriebsräte der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter – Ortsgruppe Murau, 6.10.1950.

Am 4. Oktober kam es zu einem Zwischenfall am Matzleinsdorfer Platz: Der Platz wurde von Demonstranten blockiert, indem eine Straßenbahngarnitur aufgehalten und der Beiwagen abgekoppelt wurde. 12 Sicherheitswachebeamten und ein Polizei-Oberstleutnant rückten mit einem Mannschaftswagen an, doch die circa 200 bis 300 Demonstranten zerstreuten sich nicht, sondern wurden aggressiv. Deshalb befahl der Kommandant den Einsatz der Holzknüppel, wodurch der Platz geräumt und die Straßenbahn zusammengekoppelt werden konnte. Als für die Polizei Verstärkung kam, verließen die Streikenden endgültig das Gebiet.³⁵⁰

Am folgenden Tag, dem 5. Oktober, begab sich Ähnliches im Bezirk Landstraße: Die Straßenbahnlinie D wurde nahe dem Stalinplatz von – wie es im Bericht heißt – kommunistischen Demonstranten aus den Gleisen gehoben. Diese flüchteten anschließend auf einem LKW mit russischem Kennzeichen.³⁵¹ Ein LKW mit russischem Kennzeichen versperrte am 5. Oktober auch in Raasdorf, ein wenig außerhalb Wiens gelegen, die Hauptstraßen.³⁵²

In Hietzing versuchten 12 Frauen und 8 Männer mit roten Armbinden, die Mitarbeiter der Färbereifabrik Winkler & Schindler in der Auhofstraße zum Streiken zu bewegen. 4 Beamte des Wachzimmers in der Hietzinger Hauptstraße begaben sich zum Ort des Geschehens, sodass erwähnte 20 Personen das Betriebsgelände verlassen mussten.³⁵³

Eine Anzeige wurde bei der Polizeischule durch einen Mitarbeiter des Bundeskanzleramts gemacht, da am 5. Oktober ein LKW der Firma Ludwig Schneider aus dem 14. Bezirk am Leopoldstädter Brückenkopf der Schwedenbrücke Sand auf der Fahrbahn abgeladen hatte.³⁵⁴

Am selben Tag begaben sich Simmeringer Beamten in der Stärke 2/20 (vermutlich 2 Offiziere/Chargen und 20 Beamten) zum Bahnhof Klein-Schwechat, da dieser ebenso wie die Donau-Uferbahn und die Simmeringer Hauptstraße von Arbeitern (vermutlich der Raffinerie

³⁵⁰ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Bezirkspolizeikommissariat Meidling, Sicherheitswache-Abteilung, Meldung SW 12/1070/787, 4.10.1950.

³⁵¹ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Landstraße, Wachzimmer Lisztstraße, Meldung SW 3/1070/995, 5.10.1950.

³⁵² Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung XXII, Wachzimmer Raasdorf, Meldung SW 22/1070/218, 5.10.1950.

³⁵³ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Hietzing, Wachzimmer Hietzinger Hauptstraße 130, Meldung SW 13/1070, 4.10.1950.

³⁵⁴ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Generalinspektorat der Sicherheitswache Polizeischule, 5.10.1950.

Nova) besetzt wurde. Auch hier setzten die Beamten ihre Holzknüppel ein.³⁵⁵ Der Bericht im Archiv der KPÖ vermerkt hingegen, dass die DDSG die Donau-Uferbahn im 2. Bezirk blockiert habe.³⁵⁶ Auch am 5. Oktober vermerkte ein Beamter des Wachzimmers Postgasse, dass Arbeiter der Wiener Verkehrsbetriebe und SPÖ-Angestellte (!) Straßenbahngleise von flüssigem Zement gesäubert hätten.³⁵⁷

Am 5. Oktober wurde von 150 Demonstranten mit Hilfe dreier LKW, die den Unternehmen Brückenbau-A.G., Wagner, Bira & Co. und AEG-Union-Stadlau gehörten, am Schwedenplatz Zement in die Gleise der Straßenbahn gegossen. Dieser konnte aber rasch entfernt werden.³⁵⁸

Am selben Tag wurde an der Baustelle Schottengasse/Helfersdorferstraße eine Demonstration zerstreut, wobei ein bei der USIA im Trattnerhof Angestellter vorübergehend festgenommen wurde.³⁵⁹

Ein kurioses Detail ist ein Bericht der Wiener Zeitung vom 6. Oktober über die Siemens-Schuckert-Werke im 20. Wiener Gemeindebezirk: Dort hätten die Arbeiter und Angestellten nämlich mit 201 zu 74 Stimmen gegen eine Beteiligung am Streik gestimmt, die USIA-Verwaltung ließ die Belegschaft jedoch nicht an ihre Arbeitsplätze, sodass die Arbeit nicht fortgesetzt werden konnte.³⁶⁰ Trifft dieser Bericht zu, so sehen wir hier eindeutig eine Einmischung einer sowjetischen Betriebsverwaltung, die zu Gunsten des Streiks eingriff.

Auf der anderen Seite berichtete die Weltpresse in ihrer Ausgabe vom Tag davor, dass der Bahnhof von Stadlau besetzt sei, die sowjetische Kommandantur aber eine Blockade der Eisenbahnlinie untersagt habe, da sie am selben Tag noch einige Züge mit wichtiger Ladung abfertigen wollte.³⁶¹ Jedoch schrieb *Der Abend*, in Stadlau streikten alle Großbetriebe, also AEG-Union, Waagner-Biro, Wolfrum, die Lobauer Oelbetriebe und sogar die Hauptwerkstätte für Postkraftwagen und die Telegraphenzeugverwaltung, wobei die beiden letzteren staatliche Betriebe waren.³⁶² Eben diese Zeitung berichtet in derselben Ausgabe auch, dass

³⁵⁵ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Bezirkspolizeikommissariat Simmering, Sicherheitswache-Abteilung, Meldung SW 11/2131/514, 5.10.1950.

³⁵⁶ Zentralarchiv der KPÖ, Streikbericht 4.X.

³⁵⁷ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Innere Stadt, Wachzimmer Postgasse 7, Meldung SW 1/1070/1204, 5.10.1950.

³⁵⁸ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Innere Stadt, SW 1/1070/1206, 5.10.1950.

³⁵⁹ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Bezirkspolizeikommissariat Innere Stadt, Sicherheitswache-Abteilung, Meldung SW 1/1070/1207, 5.10.1950.

³⁶⁰ Vgl. Wiener Zeitung, Jg. 243, Nr. 232 (6.10.1950) 1.

³⁶¹ Vgl. Weltpresse. Das österreichische Informationsblatt, Jg. 6, Nr. 231 (5.10.1950) 1.

³⁶² Vgl. Der Abend. Das österreichische Abendblatt, Nr. 231 (5.10.1950) 1.

die Straßenbahnhöfe in Favoriten und Kagran besetzt seien und somit kein oder kaum Verkehr stattfinde, während der Straßenbahnhof in Fünfhaus von der Polizei besetzt und die Straßenbahnen zum Ausfahren gezwungen worden seien. In Währing wurde sogar die Tochter des kommunistischen Nationalrates Johann Koplenig festgenommen, da sie bei der Blockade des Straßenbahnhofes mitmachte.³⁶³

Die Wiener Polizei dürfte sehr rasch erkannt haben, dass eines der Hauptmotive der Unzufriedenen für Streiks tatsächlich die stark gestiegenen Preise und die Schwierigkeiten waren, sich mit Waren des täglichen Bedarfs zu versorgen. So schickte Polizeipräsident Holaubek am 28. September ein Fernschreiben an alle untergeordneten Dienststellen, in welchem er anordnete, dass die festgesetzten Preise strengstens zu überwachen seien und das Zurückhalten von Waren durch Kaufleute zu unterbinden sei. Außerdem sei ein täglicher Situationsbericht an die Preisüberwachungsstelle der Wirtschaftspolizei zu schicken.³⁶⁴ Am 3. Oktober ermahnte er in einem Fernschreiben die Bezirksleiter, dass Befehle von ihm keinesfalls eigenmächtig (besonders von den Kommandanten in der sowjetischen Zone) abgeändert werden dürften, ohne vorher mit übergeordneten Stellen Rücksprache gehalten zu haben.³⁶⁵

Ein Indiz dafür, dass die Streikbewegung in ihrer zweiten Phase zumindest in Wien an Stärke und Umfang verloren haben dürfte, ist die Tatsache, dass der größte nichtsowjetische Betrieb im sowjetisch kontrollierten Floridsdorf, die Eisenbahnerwerkstätten mit circa 2.500 Arbeitern, nicht mehr streikte, wie in einem Bericht der Propagandaabteilung des sowjetischen Teils der Alliierten Kommission zu entnehmen ist.³⁶⁶ Dieser Umstand wurde also bereits von den Zeitgenossen wahrgenommen und hat möglicherweise mit dazu beigetragen, dass die Streiks als vornehmlich kommunistische Aktion im Gedächtnis blieben.

Die erhaltenen Berichte im Zentralarchiv der KPÖ für den 4. und 5.10.1950 decken sich ungefähr mit den eben geschilderten Vorgängen, wobei die Ereignisse natürlich in einem anderen Licht dargestellt wurden.

Der Bericht vom 4.10. vermerkt zur Lage im 4. Bezirk um 8.45 Uhr folgendes:

³⁶³ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI Abteilung 2, Nr. 348, 4.10.1950.

³⁶⁴ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben Holaubek an alle, Nr. 1921, 28.9.1950.

³⁶⁵ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben Holaubek an Bezirkspolizeikommissariate 1-27, Nr. 173, 3.10.1950.

³⁶⁶ Vgl. Aus dem Bericht der Propagandaabteilung der SČSK für Österreich über die Streikbewegung in Österreich, 16. Dezember 1950, SPIÖ, Nr. 71, 702f.

Betriebe mit einer Gesamtbelegschaft von 1.000- 1.200 Leuten stehen im Streik. Das sind alle Betriebe, wo wir BO [Betriebsorganisationen, Anm.] haben. [...] Vom Streikkomitee aus organisiert gehen Gruppen von Betrieb zu Betrieb, um die Durchführung der Streikbeschlüsse zu kontrollieren und um Betriebe, die keine Streikbeschlüsse gefasst haben, herauszuholen.³⁶⁷

Der Berichterstattung von 10 Uhr zufolge versuchten drei Gewerkschaftsfunktionäre bei der Firma Eldorado im 12. Bezirk, die Belegschaft wieder zur Arbeit zu ermutigen. Über den Erfolg dieser Aktion steht nichts im Dokument. Bei der Firma Grossmann ging die Abstimmung 50 zu 50 aus, da der Unternehmenseigentümer seinen Arbeitern 8% mehr Lohn zugesichert hatte. Im 9. Bezirk hatten die Aufforderungen der Streikenden wohl keinen Erfolg, denn der Bericht an die KPÖ-Zentrale spricht davon, dass kein Betrieb streike. Jene, von denen es Zusagen gegeben habe, seien umgefallen.

b. Streiks in Niederösterreich

Die Meldungen über Arbeitsniederlegungen sind in besonderem Maße den verschiedenen zeitgenössischen Tageszeitungen zu entnehmen, die aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Brisanz der Ereignisse von Ende September bis Mitte Oktober täglich über die Streiks berichteten. Für diese Feststellung genügt es bereits, nur die Titelseiten der entsprechenden Printmedien zu überfliegen.

Zu weiteren Recherchen können auch die monatlichen Sicherheitsberichte der Bundespolizeidirektionen beziehungsweise der Bezirksgendarmeriekommandos herangezogen werden. Auffallend dabei ist, dass in diesen kaum von Problemen mit den Besatzungsmächten gesprochen wird. So vermerkt der Situationsbericht des Bezirksgendarmeriekommandos Wiener Neustadt für die erste Julihälfte 1946, dass die Zusammenarbeit mit den Sowjets gut funktioniere.³⁶⁸ In St. Pölten wurde auch für die Zeit nach den Streiks des Herbsts 1950 ein gutes Verhältnis zur Besatzungsmacht vermerkt. Der Lagebericht erwähnt sogar eine große Weihnachtsfeier, die die Sowjets für circa 1.000 Schulkinder des Bezirks abhielten und die von zahlreichen prominenten Politikern besucht

³⁶⁷ Zentralarchiv der KPÖ, Streikberichte 5.X.

³⁶⁸ Vgl. ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, 127.044-2/46, Bezirksgendarmeriekommando Wiener Neustadt, Situationsbericht für die Zeit vom 1. bis 15. Juli 1946.

wurde.³⁶⁹ Jedoch bemerkte der Bericht aus dem Jahr davor, dass die Besatzungsmacht „erhöht Einfluss auf interne Verhältnisse im Bezirkspolizeikommissariat“³⁷⁰ nehme.

Ernst Fischer hält in seinen Memoiren in Bezug auf die sowjetischen Betriebe und deren Bedeutung für die Streiks im September und Oktober 1950 folgendes fest:

In vielen Arbeitern und Betriebsräten der USIA-Betriebe hatte sich ein ungesundes Machbewußtsein herausgebildet. Sie hielten die sowjetischen Enklaven in Österreich für kleine Provinzen der riesigen Sowjetmacht. Im ersten Schwung der großen Kampfbewegung entstand zwischen ihnen und den Arbeitern der verstaatlichten und Privatindustrie die elementare proletarische Solidarität. Die Gemeinsamkeit ihrer Interessen war stärker als der systematisch produzierte Antikommunismus – nicht überall, und nicht die Mehrheit der österreichischen Arbeiter und Angestellten wurde mitgerissen. Doch der Elan der ersten Tage täuschte nicht nur die Massen selbst, sondern vor allem auch die kommunistischen Funktionäre über die Problematik der Situation hinweg. Im September waren die Kommunisten mitten in der Arbeiterklasse die vorwärtsdrängende Kraft, im Oktober waren sie isoliert.³⁷¹

Und in ebendiesen Erinnerungen berichtet Fischer auch, dass an den Abgeordneten zum Nationalrat Honner von einigen Betriebsräten vorgeschlagen worden sei, zur „Sprengung von Elektrizitätswerken und Eisenbahnen überzugehen.“³⁷² Der Vorschlag wurde aber von den Angehörigen des Polit-Büros mehrheitlich abgelehnt.

In einem Fernschreiben des Bundesministeriums für Inneres vom 26. September 1950 wurden explizit streikende USIA-Arbeiter erwähnt und St. Pölten, Wiener Neustadt, Neunkirchen und das Zistersdorfer Ölgebiet als potentiell gefährdet bezeichnet.³⁷³

Einen kleinen Überblick über die Gesamtlage während der zweiten Streikwelle gibt beispielsweise die Zeitung „Weltpresse[.] Das österreichische Informationsblatt“, die getrost als antisowjetisch bezeichnet werden darf. So berichtete sie am 5. Oktober, in St. Pölten seien Bahnhof und Traisenbrücke (also Verkehrsknotenpunkte) besetzt, in Wiener Neustadt sei das Postamt mit sowjetischer Hilfe besetzt worden (dazu später mehr), in Leobersdorf sei die Hauptstraße blockiert worden und das Postamt in den Händen der Streikenden, in Strebersdorf sei die Bahnlinie unterbrochen worden, Angehörige der Raffinerie blockierten

³⁶⁹ Vgl. ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, 50.998-2/51, Bundespolizeikommissariat St.Pölten, monatlicher Lagebericht, 30.12.1950.

³⁷⁰ Vgl. ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St.Pölten, monatlicher Lagebericht, 31.12.1949.

³⁷¹ Ernst Fischer, Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955 (Wien/München/Zürich 1973) 319f.

³⁷² Ebd. 319.

³⁷³ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben des Bundesministeriums für Inneres, Abteilung 2, Nr. 1440, 26.9.1950.

die Badner Bahn mit Zisternenwagen aus der Raffinerie und die Pressburger Bahn mit einem Lastauto, und in Klosterneuburg sei die Franz-Josephs-Bahn unterbrochen worden.³⁷⁴ Von der Besetzung des St. Pöltner Bahnhofs und der Bundesbahnwerkstatt und der Bedeutung dieses Aktes kündete auch ein Schreiben des BMI vom 4. Oktober 1950.³⁷⁵ Nun zu den Ereignissen in Wiener Neustadt: Dort befand sich mit den Raxwerken ein großer Betrieb unter Verwaltung der USIA. Und die USIA-Betriebe bildeten in Wien und Niederösterreich ein starkes Rückgrat der österreichischen Kommunisten.³⁷⁶ In Wiener Neustadt und Umgebung dürfte es relativ starke Kräfte gegeben haben, die den Streik befürworteten, sodass öffentliche Gebäude besetzt wurden und schließlich nur noch der sowjetische Stadtkommandant telefonieren konnte, weil die Streikenden die Verbindungen unterbrochen hatten. In dieser Situation entsandte das BMI Polizeikräfte nach Wiener Neustadt.³⁷⁷ Was sich dort am 4. und 5. Oktober konkret abspielte, kann deshalb gut rekonstruiert werden, da in den Akten der LPD Wien ein Bericht des Einsatzes vorliegt.³⁷⁸ Der zuständige Kommandant – ein Oberstleutnant der Polizei – ging mit zwei weiteren Offizieren und 100 Sicherheitswachebeamten auf vier Transportern um 1.30 Uhr von der Rossauer Kaserne in Wien aus in den Einsatz. Bei der Kommandantenbesprechung mit dem Sicherheitsdirektor in Sollenau wurde er angewiesen, Schusswaffengebrauch unbedingt zu vermeiden. In den Nachtstunden trafen die Beamten in Wiener Neustadt ein. Ein Offizier und 45 Beamte sicherten das Neue Werk Walek & Co. Um 4 Uhr Früh besetzten 50 Streikposten den Eingang zum Betriebsgelände, um so den Arbeitern den Zutritt zu versagen. Der Polizeioffizier vor Ort konnte die Streikenden aber zum Abzug überreden, sodass die Mitarbeiter zu ihren Arbeitsplätzen konnten. Außerdem wurden die ungefähr 50 Streikposten zu einem anderen Objekt gerufen. Auch die Polizei rückte ab, da der Rest der Truppe im Ortskern von Wiener Neustadt in arger Bedrängnis war. Daher rückten die Beamten auf zwei Transportern zum Fernsprechamt ab. Dort sahen sie sich in eine Auseinandersetzung mit circa 150 Demonstranten verwickelt. Nachdem die Lage nach schweren Straßenkämpfen beruhigt werden konnte, bei denen der Oberstleutnant eine schwere Gehirnerschütterung durch einen Steinwurf erlitt und ins Krankenhaus gebracht

³⁷⁴ Vgl. Weltpresse. Das österreichische Informationsblatt, Jg. 6, Nr. 231 (5.10.1950) 1.

³⁷⁵ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI Abteilung 2, Nr. 456, 4.10.1950.

³⁷⁶ Vgl. *Stalzer*, Anpassung und Isolation, 503.

³⁷⁷ Vgl. *Rauchensteiner*, Stalinplatz 4, 187.

³⁷⁸ Vgl. Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache in Wr. Neustadt, Bundespolizeidirektion Wien, Generalinspektorat der Sicherheitswache, 5.10.1950.

werden musste, wurde der stellvertretende Kommandant der 100 Mann aus Wien zum sowjetischen Ortskommandanten von Wiener Neustadt gerufen. Laut Bericht gab dieser den Wiener Polizisten 5 Minuten, um ihre Positionen zu räumen und sich auf den Weg zurück nach Wien zu machen. Der Kommandant gab den Befehl zum Abzug und die Beamten fuhren wieder nach Wien, wo sie um 9.15 Uhr einrückten. Der Bericht ist noch auf den Tag des Einsatzes und der Rückkehr, den 5. Oktober, datiert. Bei diesem Einsatz wurden 27 Beamte verletzt oder klagten danach über Beschwerden. Nicht jede Verletzung ist aber auf die Einwirkung streikender Arbeiter zurückzuführen. Ein Beamte fiel beispielsweise vom Lastauto, da ein Kollege die Bordwand unvermittelt geöffnet hatte, und erlitt eine schwere Fußverletzung. Vom Kampf um das Hauptpostamt Wiener Neustadt berichtete am folgenden Tag auch die Wiener Zeitung, und auch davon, dass 400 Streikende der Rax-Werke den Zugang zu anderen Betrieben versperrt hätten, um deren Belegschaft zum Streiken zu animieren.³⁷⁹ In derselben Ausgabe wurde auch darüber berichtet, dass Bahnhof und -strecke in Klosterneuburg und St. Pölten wieder frei seien, ebenso wie die Traisenbrücke. Eine dem Bericht über die Ereignisse in Wiener Neustadt angeschlossene Übersicht weist für die großen Streiks am 26. September und 5. Oktober 90 verletzte Sicherheitswachebeamte aus, davon wurden sechs schwer verletzt, unter anderem der Kommandant der Wiener Beamte in Wiener Neustadt und der Beamte, der vom LKW fiel. Die restlichen Verletzungen kamen unter anderem auch durch den Einsatz von Holzlatten und allerlei Wurfgeschossen zustande.

Nicht unwesentlich dürfte in diesem Zusammenhang auch der große Anteil an Gewerkschaftsfunktionären der Kommunistischen Partei sein. Die KPÖ kandidierte mit ihren Listen in 210 von 298 Betrieben bei Wahlen zum Arbeiterbetriebsrat, in denen 1.705 Betriebsratsmandate vergeben wurden, und konnte 532 davon erringen. In 89 Unternehmen gab es sogar eine kommunistische Mehrheit im Betriebsrat. Beim Angestelltenbetriebsrat sah die Sache so aus: Von 75 Betrieben (45 davon gehörten zum USIA-Komplex) wurde in 65 kandidiert, in 42 die Mehrheit errungen. 1949 konnten die Einheitslisten die Mehrheit in Voith, Glanzstoff, dem Wiener Neustädter Raxwerk und der Zuckerfabrik in Bruck an der Leitha von den Sozialisten erobern. Weiters stellten die kommunistischen Listen in Niederösterreich den Betriebsratsobmann in der Berndorfer und Enzesfelder Metallwarenfabrik, dem Feinstahlwerk Traisen, dem Nibelungenwerk in St. Valentin, der Schuhfabrik Rehberg, der

³⁷⁹ Vgl. Wiener Zeitung, Jg. 243, Nr. 23 (6.10.1950) 1.

Schmidthütte Krems, Betrieben der SMV, wie zum Beispiel der Raffinerie Nova Schwechat, den Brunner und Moosbrunner Glasfabriken und auch bei Semperit. In Wien gab es kommunistische Betriebsratsobmänner zur Zeit des Oktoberstreiks bei Wertheim und Orop in Favoriten und der DDSG, Wiener Leichtmetall, Elin, Rumpel, Schicht AG, Akkumulatorenfabrik, Osram, Waagner-Biró A-Werk, AEG Union, dem Tanklager Lobau, allen drei Betrieben der Stadlauer Lederindustrie, Hofherr Landmaschinen, Bau-Montage der SMV, Trauzl Mannesmann, der Floridsdorfer Lokomotivfabrik und Austro-Fiat, somit also vor allem in Stadlau, Liesing und Floridsdorf.³⁸⁰ Wir sehen hier also, welche enorme Bedeutung die Betriebe der USIA, der DDSG und der SMV für die Kommunisten spielten.

c. Fallstudie St. Pölten

Auf Mikroebene dient die Voith St. Pölten³⁸¹ als gutes Beispiel für aktives Handeln kommunistischer Kräfte während des Streiks von 1950, wie St. Pölten überhaupt ein interessanter Schauplatz war. Das hat einerseits mit der Massierung von USIA-Betrieben und -Arbeitern zu tun, andererseits auch mit den starken sozialistischen Kräften in St. Pölten. Um das Kräfteverhältnis im politischen Bereich zu verdeutlichen, kann die Gemeinderatswahl von 1950 herangezogen werden: Die SPÖ erreichte damals 51,3% der Stimmen, die ÖVP 32,1% und die KPÖ 16,6%.³⁸² Diese Zahlen geben einen Überblick über die ungefähre Verteilung von politischen Einstellungen. Aufgrund der besonderen Situation der Besatzungszeit können sie aber keine zutreffende Beschreibung der Machtverhältnisse liefern. Die sowjetischen Orts- und übergeordneten Kommandanten konnten jederzeit eingreifen und Einfluss nehmen auf Vorgänge, die ihnen wichtig erschienen. So etwa 1949 bei einer Auseinandersetzung zwischen Sozialisten und Kommunisten, die die Suspendierung zweier Polizeibeamter zur Folge hatte. Diese scheiterte jedoch, weil der sowjetische Ortskommandant das behinderte und seinerseits die Amtsenthebung bestimmter Beamter forderte. Durch Meldung an das Innenministerium konnten die Maßnahmen zwar durchgesetzt werden, doch die sowjetischen Behörden vor Ort konnten mitmischen und die Maßnahmen zumindest für einige Zeit

³⁸⁰ Vgl. *Autengruber*, Oktoberstreik, 165–168.

³⁸¹ Für eine kurze Übersicht zur Geschichte des Unternehmens vgl. Franz *Mathis*, Big Business, 341–343.

³⁸² Vgl. *Magistrat St. Pölten*, Die Ergebnisse aller Wahlen in St. Pölten seit 1945, online unter: <http://www.st-poelten.gv.at/Content.Node/buergerservice/politik/Wahlen-neu.at.php> (25. Dezember 2016).

verzögern.³⁸³ Dazu sei auch auf das obige Zitat aus dem monatlichen Lagebericht des Bezirkspolizeikommissariats St. Pölten aus dem Dezember 1949 verwiesen, in dem der starke Einfluss der Besatzungsmacht auf interne Angelegenheiten dieser Dienststelle erwähnt wird.

Aufschlussreich ist auch der Vermerk des Bezirkspolizeikommissariats St. Pölten im Monatsbericht des Oktobers 1949, in dem zu den Kundgebungen der wahlwerbenden Parteien Besucherzahlen genannt werden: So besuchten 2.000 Personen eine Kundgebung der Volkspartei, bei der Bundeskanzler Figl auftrat, während die SPÖ beim Vortrag des Wiener Bürgermeisters Theodor Körner 3.500 Menschen auf den Rathausplatz (damals Marschallplatz) locken konnte. Die KPÖ-Versammlung, auf der der Abgeordnete zum Nationalrat Honner sprach, nimmt sich mit 1.300 Besuchern fast schon etwas bescheiden aus, erreichte aber dennoch eine beachtliche Größe.³⁸⁴

Eine sehr wichtige Quelle zur Erforschung der Voith ist die Zeitung *Die Turbine*, die vom Betriebsrat herausgegeben wurde und monatlich erschien, manchmal mit etwas Verspätung, wie zum Beispiel die Frühjahrsausgaben 1951, was vermutlich auf die turbulenten letzten Monate des Jahres 1950 zurückzuführen ist. *Die Turbine* ist auf prosowjetischer Seite zu verorten, wie anhand mehrerer Artikel auch nach dem Streik von 1950 ersichtlich wird. Soweit nachvollziehbar ist, unterlag die Veröffentlichung von Flugblättern und Schriften in St. Pölten der Entscheidungsgewalt der sowjetischen Behörden: Als der SJ-Angehörige und Voith-Jugendvertrauensmann Karl Gruber 1949 im Auftrag der SJ ein Flugblatt gegen den „volksdemokratischen Terror“³⁸⁵ veröffentlichen wollte, musste er zwar zuvor bei den Sowjets um Erlaubnis anfragen, bekam diese aber recht problemlos vom zuständigen Major Solovjov.³⁸⁶ Dies ist etwas überraschend, da Grubers Vater nach Grubers Aussage wegen des Tragens eines Transparents gegen den „USIA-Terror“³⁸⁷ 1953 in der Voith gekündigt wurde.³⁸⁸ Vermutlich gab es in diesem Bereich einfach Schwankungen, was der jeweilige Kommandant durchgehen ließ und was nicht. Allerdings stimmt dieser Fall mit der Schilderung Muellers überein, wonach die KPÖ seit Beginn der 1950er versuchte, ihre Position in der USIA zu stärken. So zitiert Mueller einen Bericht des sowjetischen Hochkommissars Sviridov an das

³⁸³ Vgl. *Nasko*, Empor, 351–353.

³⁸⁴ Vgl. ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St. Pölten, monatlicher Lagebericht, 147.355-2/49.

³⁸⁵ *Nasko*, Empor, 350.

³⁸⁶ Ebd.

³⁸⁷ Karl Gruber, Matthias Stadler, Rote Rebellen. Der Werdegang der Sozialistischen Jugend Niederösterreich in den Nachkriegsjahren 1945 – 1960 (St. Pölten 2001), 60.

³⁸⁸ Ebd.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion von 1953, in dem dieser meinte, in den vergangenen neun Monaten seien 1.600 SPÖ- und ÖVP-Mitglieder aus USIA-Betrieben entlassen und die Stellen mit KPÖ-Mitgliedern besetzt worden, sodass nun 46% der Beschäftigten Mitglieder der kommunistischen Partei seien.³⁸⁹ Es muss aber darauf verwiesen werden, dass sich ähnliche Kündigungswellen auch in jenen Betrieben der Westzonen ereigneten, in denen 1950 gestreikt wurde: In der VÖEST gab es nach dem Streik des Herbst 1950 150 Entlassungen, in den Monaten danach 120 und zu Beginn des Jahres 1953 130 Entlassungen.³⁹⁰ Die Kündigung politisch unliebsamer Arbeiter und Angestellter war also keine genuin kommunistische/sowjetische Erscheinung.

Die Voith St. Pölten war unmittelbar nach dem Ende des Krieges von Demontagen durch sowjetische Truppen betroffen. Dennoch bildeten die beiden Direktoren Ing. Erhardt und Dipl.-Ing. Sejkora eine provisorische Werksleitung, die zuerst vom sowjetischen Stadtkommandanten und dann von österreichischer Seite bestätigt wurde.³⁹¹ Als die sowjetische Verwaltung eingesetzt wurde, blieb die bisherige an ihrer Stelle, der aber nun ein russischer Generaldirektor mit einem Oberingenieur und einem Hauptbuchhalter vorstand. In der Folge kam es zu einem Aufschwung des Werkes: Neue Maschinen wurden angeschafft und auch selbst hergestellt. Der Betriebsrat blieb während der ganzen USIA-Zeit mehrheitlich kommunistisch.³⁹² 1949 wurde der Generaldirektor der Voith-Werke, Ing. Schirjaev, von Ing. Ignatow an der Spitze des Werkes abgelöst, wie der Ausgabe der *Turbine* entnommen werden kann.³⁹³ Das Titelblatt dieser Ausgabe zierte ein Porträt Stalins, dem die Belegschaft des Werkes zum 70. Geburtstag gratulierte.

Ebenfalls im Jahr 1949 fanden die Wahlen zum Betriebsrat statt. Die Wahl ging folgendermaßen aus: Im Angestelltenbetriebsrat kam die gewerkschaftliche Einheit auf 179 Stimmen und 4 Mandate (vorher 1 Mandat), die SPÖ auf 171 Stimmen und ebenfalls 4 (früher 3) Mandate und die ÖVP auf 41 Stimmen und 0 Mandate (davor 1). Im Arbeiterbetriebsrat errang die Einheitsliste 804 Stimmen und konnte sich von 4 auf 8 Mandate steigern, die SPÖ-Liste verlor von 10 Mandaten drei und hielt nach der Wahl des Novembers 1949 bei 7 Mandaten. In beiden Betriebsräten stellte die gewerkschaftliche Einheit den Vorsitzenden.³⁹⁴

³⁸⁹ Vgl. *Mueller*, Politische Mission, 372.

³⁹⁰ Vgl. *Ganglbauer*, Niedergeschlagen, 100.

³⁹¹ Vgl. *Brandstetter*, 100 Jahre Voith St. Pölten, 72–74.

³⁹² Ebd. 76.

³⁹³ Vgl. *Die Turbine*, Jg. 3, Nr. 12 (Dezember 1949) 6.

³⁹⁴ Ebd.

Die Arbeit des Betriebsrates beschränkte sich nicht nur auf die Vorgänge innerhalb des Betriebs. Vielmehr umfasste sie auch soziale und kulturelle Angelegenheiten. Eine wichtige Rolle dürfte der Betriebsrat der Voith auch in Zusammenhang mit finanzieller Unterstützung für Familien verstorbener Kolleginnen und Kollegen oder bei Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit gespielt haben. Dass dabei über die Grenzen der Parteibücher hinausgedacht und ein weitgehend harmonisches Miteinander angestrebt wurde, zeigt das folgende Beispiel:

Auf Vorschlag von Kollegen Korherr [Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrates, Einheitsliste] beschloß der Betriebsrat einstimmig, der hinterbliebenen Familie des von VdU-Faschisten aus politischem Haß bestialisch ermordeten Linkssozialisten Reither in Oberösterreich eine einmalige Unterstützung von 2000 S zu überweisen.³⁹⁵

Für andere gab es Krankenunterstützung oder Weihnachtsgeld (zum Beispiel 50 Schilling für alle über 65 Jahre) aus den Mitteln des Betriebsrates. Besonders setzte sich der Betriebsrat auch für die Sicherheit am Arbeitsplatz ein. Alleine im November 1949 gab es 152 Unfälle im Werk St. Pölten, zu denen von 1. Dezember bis 16. Dezember weitere 112 hinzukamen. Deshalb forderte der Betriebsrat einen Ingenieur pro Werk, der sich der Arbeitssicherheit widmen solle, und bessere Ausrüstung, wie beispielsweise Gießerschuhe mit Schnellverschluss, die man schneller ausziehen kann, wenn flüssiges Metall hineinfließt.³⁹⁶

Wenn auch innerhalb des Betriebes in der Werkszeitung keine offensichtlichen Auseinandersetzungen zu erkennen sind, kann aber festgestellt werden, dass in der *Turbine* mit offener Kritik an den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP selten gespart wurde. Im August 1951 war es notwendig, den Preis des Mittagessens in der Werksküche von 2,50 Schilling auf 3,80 anzuheben, was zu Unmut in der Belegschaft führte. Deshalb schrieb die Werkszeitung, dass die Lohn-Preis-Abkommen diese Preiserhöhung, die lange durch einen Zuschuss von Seiten der Werksleitung umgangen werden konnte, unumgänglich gemacht hätten.³⁹⁷ In der Ausgabe vom Oktober 1951 wird erwähnt, dass die Mehrzahl der Betriebsräte während der Oktoberstreiks 1950 „in aufopfernder Weise den Kampf der Arbeiter geleitet“³⁹⁸ hätten.

³⁹⁵ Ebd. 7.

³⁹⁶ Ebd. 8.

³⁹⁷ Vgl. Die Turbine, Jg. 5, Nr. 7 (August 1951) 1.

³⁹⁸ Die Turbine, Jg. 5, Nr. 11 (Oktober 1951) 11.

Zum Zustand der Exekutive in St. Pölten können folgende Aussagen getroffen werden: Am 3.10.1950 waren in der Hauptdienstgruppe 38 Sicherheitswachebeamten im Dienst, in der Bereitschaft 10 Offiziere und 68 Beamten. In der Kriminalabteilung waren ein leitender Beamte und 16 Kriminalbeamte in Verwendung.³⁹⁹ Die Aussagekraft ist natürlich nur begrenzt vorhanden, da wir nicht wissen, wie viele Beamte unter regulären Umständen ihren Dienst versahen. Dass allerdings beinahe doppelte so viele SWB in Bereitschaft waren, wie aktiv Dienst versahen, spricht eher für eine erhöhte Einsatzbereitschaft. Das Fernschreiben Nr. 35 des Bundespolizeikommissariats St. Pölten vom 3.10.1950 enthält die Aufschlüsselung der abgestellten Beamten zur Bewachung von wichtiger Infrastruktur: Je zwei bis drei SWB bewachten das Gas- und E-Werk in der Wiener Straße, das Postamt in derselben Straße, das Verstärkeramt Linzerstraße, den Hauptbahnhof, das Wasserwerk Spratzern und das E-Werk Linzerstraße.⁴⁰⁰

Der monatliche Lagebericht aus St. Pölten vom November 1950 erwähnt immer noch explizit die schlechte Stimmung unter der Bevölkerung wegen der Preissteigerungen im Zuge der Durchführung des 4. Lohn-Preis-Abkommens.⁴⁰¹

Über die Vorfälle in St. Pölten geben nun die Lageberichte der Polizei Einsicht, insoweit sie erhalten geblieben sind. Im Bericht vom September 1950 werden die Geschehnisse in etwa so skizziert: Am 26. und 27. September gab es Streiks bei Glanzstoff und Voith, am 26. auch bei den Standardwerken sowie am selben Tag einen Demonstrationszug durch die Stadt zum Gewerkschaftshaus, zur Bezirkshauptmannschaft und zur Wirtschaftskammer, wo Kundgebungen abgehalten wurden. Am 26. wurde von 14.00 Uhr bis 17.40 Uhr der Hauptbahnhof besetzt, am 27. von 6.30 Uhr bis 9.15 Uhr die Leobersdorfer Bahn. Ansonsten vermerkt der Bericht explizit keine Zwischenfälle.⁴⁰² Der Lagebericht für Oktober 1950 umreißt das folgende Geschehen so: Glanzstoff und Voith streikten am 4. und 5. Oktober, am 4. zusätzlich auch noch die Standardwerke. am 4. Oktober machte sich ein Demonstrationszug auf den Weg quer durch die Stadt zur Bundesbahnwerkstatt. Dort sei den Demonstranten der Zutritt durch den Werkschutz verwehrt worden, woraufhin diese die Eingangstore aus den Angeln gehoben und circa 2.500 Demonstranten einer einstündigen Versammlung in der

³⁹⁹ Vgl. ÖStA, AdR, 134.937-2/50, 3.10.1950.

⁴⁰⁰ Vgl. ÖStA, AdR, 134.937-2/50, Fernschreiben Bundespolizeikommissariat St. Pölten, Nr. 32, 3.10.1950.

⁴⁰¹ Vgl. ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St. Pölten, monatlicher Lagebericht, 30.11.1950, 162.714-2/50.

⁴⁰² Vgl. ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St. Pölten, monatlicher Lagebericht, 30.9.1950, 145.785-2/50.

Werkstatt beigewohnt hätten. Am 4. Oktober streikten alle Werke der Voith, also das Hauptwerk in St.Pölten und die Nebenwerke in Ober-Grafendorf, Traismauer und Schwadorf, die Glanzstoff, Standard Viehofen, die Straßenbahn und noch weitere, kleinere Betriebe. In anderen Betrieben wie der Hauptwerkstätte der Bundesbahnen und der Gießerei Grundmann in Herzogenburg seien noch Diskussionen im Gange.⁴⁰³ Am 5. Oktober wurden außerdem der Hauptbahnhof und die Leobersdorfer Bahn von 10.00 Uhr bis 13.30 Uhr blockiert. Am 6. Oktober nahmen die Arbeiter wieder die Arbeit auf. Die Preissteigerungen würden aber zum Zeitpunkt der Niederschrift des Berichts noch immer von der Bevölkerung abgelehnt und größere Streiks für den Herbst erwartet.⁴⁰⁴

Doch die Streiks konnten so unerwartet nicht sein, denn immerhin vermerkte ein Bericht vom 20. November 1949, dass es bei Voith St.Pölten, und den Zweigwerken in Ober-Grafendorf, Schwadorf und Traismauer sowie bei der Glanzstoff und den Adler-Textilwerken Schüler & Co. zu Arbeitsniederlegungen gekommen sei und die Belegschaft unzufrieden gewesen sei mit der zu niedrigen Überbrückungshilfe der Gewerkschaft für arbeitslos gewordene Arbeiterinnen und Arbeiter.⁴⁰⁵

⁴⁰³ Zentralarchiv der KPÖ, Streikberichte 4.X.

⁴⁰⁴ Vgl. ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St.Pölten, monatlicher Lagebericht, 31.10.1950, 162.713-2/50.

⁴⁰⁵ Vgl. ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St.Pölten, monatlicher Lagebericht, 30.11.1949, 30.344-2/50.

6. Resümee

Die eingangs formulierten Fragen werden hier erneut aufgegriffen und abschließend beantwortet:

Welche Rolle spielten die von der Sowjetunion verwalteten, in der USIA zusammengefassten Betriebe in Ostösterreich bei den Streiks wegen des 4. Lohn- und Preisabkommens im September und Oktober 1950?

Ein großer Teil jener Unternehmen, die dem USIA-Konzern angehörten, nahm an der Streikbewegung teil und bildete vor allem in der Endphase des Streiks, der sich dann besonders auf Ostösterreich konzentrierte, das Rückgrat der Streikbewegung.

Welche Haltung nahmen die sowjetischen Betriebe gegenüber den Lohn-Preis-Abkommen und den darauffolgenden Streiks ein? Kann die Position der KPÖ mit derjenigen der USIA gleichgesetzt werden? Wie stark waren USIA-Arbeiter und -Angestellte unter den Streikenden vertreten? Griffen die Direktoren oder andere/höhere Instanzen ein, um den Streik der USIA-Arbeiter zu beenden? Wenn ja, wann?

Die Belegschaften der USIA-Betriebe bezog ganz klar gegen die Lohn-Preis-Abkommen Stellung. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten dabei die kommunistischen Betriebsräte, derer es in der USIA viele gab, da sie als verlängerter Arm der KPÖ fungierten, die über die *Österreichische Volksstimme* eindeutig den Streik befürwortete.

Die USIA-Arbeiter waren unter den Streikenden recht zahlreich vertreten: In Wien und Niederösterreich machten sie ungefähr die Hälfte derer aus, die die Arbeit niederlegten. Der Streik wurde von Seiten der KPÖ beendet, als keine realistische Aussicht auf Erfolg mehr bestand.

Meine Hypothese lautete folgendermaßen: Entgegen der noch weitverbreiteten und mittlerweile widerlegten These, der Streik sei von kommunistischer Seite angezettelt und die USIA-Betriebe als Vehikel für den geplanten Umsturz benützt worden, um einen Machtwechsel zu provozieren, spielten die Beschäftigten der sowjetischen Betriebe in Österreich keine herausragende Rolle bei den Streiks im September und Oktober 1950. In großem Ausmaß wurde die Bewegung von VdU und unzufriedenen Sozialisten getragen, wie das Beispiel VÖEST zeigt.

Wie Tabelle auf Seite 67 zeigt, spielten die USIA-Beschäftigten eine wichtige Rolle während des Oktoberstreiks. Sie stellten einen großen Teil der streikenden Arbeiter, wenn man ihre Beschäftigtenzahl mit der Gesamtzahl der Streikenden vergleicht. Das hat aber nicht damit zu tun, dass der Rest der österreichischen Arbeiterinnen und Arbeiter keinen Anlass gehabt hätte zu streiken oder die Politik der Sozialpartner gar unterstützte. Vielmehr war es so – und diese Annahme wird vom in den vergangenen Kapiteln Geschriebenen gestützt –, dass in den sowjetisch verwalteten Betrieben die Umstände für eine Streikteilnahme günstiger waren. Hinzu kommt, dass die einzigen Angaben zu Teilnehmerzahlen von der KPÖ oder deren Umkreis stammten. Von Seiten des ÖGB existieren keine Zahlen, da es sich bei den Streiks schließlich um gewerkschaftlich nicht legalisierte handelte.

Die anfängliche These, USIA-Angestellte hätten nur eine marginale Rolle in der gesamten Streikbewegung gespielt, kann so nicht stehengelassen werden. Vielmehr waren sie vor allem in Wien und Niederösterreich (jedoch kaum im Burgenland) verhältnismäßig stark unter den Streikenden vertreten. Dass die Bewegung in großem Ausmaß von VdU und unzufriedenen Sozialisten getragen wurde, wie es neue Publikationen nahelegen⁴⁰⁶, konnte nicht falsifiziert werden. Das zeigen die Beispiele, in denen sozialistische Betriebsräte Streikbeschlüsse oder Protestresolutionen unterstützten.

Die These, dass die USIA-Arbeiter und -Angestellten nur eine kleine Rolle während der Streiks gespielt hätten, musste vor allem deswegen revidiert werden, weil sich im Laufe der Recherchen zeigte, dass die USIA-Betriebe sich dem Streik nicht zögerlich anschlossen, sondern in großem Ausmaß ziemlich schnell bereit waren, die Protestbewegung zu unterstützen. Jedoch zeigte sich auch, dass es Ziel der Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen war, Verhandlungen mit der Regierung und bessere Abschlüsse für die Werktätigen zu erreichen. Ansonsten wäre der Streik nie für einige Tage unterbrochen worden, um die Antwort der Regierung auf das Ultimatum der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz abzuwarten.

Durch die exemplarische Behandlung einiger weniger Betriebe und die Untersuchung ausgewählter Quellen konnte gezeigt werden, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter, aber auch die Angestellten der sowjetisch verwalteten Betriebe in Österreich – wozu im weiteren Sinn neben der USIA auch SMV und DDSG gezählt werden können – eine wichtige Rolle bei den

⁴⁰⁶ Vgl. *Autengruber, Mugrauer*, Oktoberstreik.

Streikmaßnahmen und Demonstrationen Ende September/Anfang Oktober 1950 spielten. Unerwähnt soll natürlich nicht bleiben, dass sie nicht lückenlos streikten – es gab einige Unternehmen unter sowjetischem Einfluss, die nicht streikten. Diese bildeten aber die Minderheit. Die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten nutzte die durch die enge Verbindung von KPÖ und Betriebsräten in den eben genannten Betrieben entstandene Freiheit, um der Ablehnung gegen die sozialpartnerschaftlichen Maßnahmen Ausdruck zu verleihen.

Auffallend sind jedenfalls die regionalen Unterschiede. Auf der einen Seite gab es USIA-Betriebe, die den Streik während seiner gesamten Dauer unterstützten, und auf der anderen Seite auch sowjetische Betriebe, die vom Geschehen relativ unbeeinflusst blieben und lediglich sporadisch am Streik teilnahmen. Es sind sogar Fälle bekannt, in denen sich die Belegschaft gegen den Streik aussprach. Brennpunkt der Streiks waren jene Orte, an denen sich Industrie konzentrierte, wie eben beispielsweise Linz – das aber hier nur am Rande behandelt wurde –, St. Pölten und das Industrieviertel in Niederösterreich, und natürlich Wien – hier vor allem die Bezirke, die erstens große Betriebe beheimateten und zweitens unter sowjetischer Kontrolle standen.

7. Quellen

Die Archivalien sind nach Entstehungsdatum geordnet, sofern nicht anders angegeben.

Abkürzungen für die Quellenangaben:

AdR = Archiv der Republik

LPD = Landespolizeidirektion

ÖStA = Österreichisches Staatsarchiv

ÖUDG = Österreich und die Grossmächte

SPIÖ = Sowjetische Politik in Österreich

7.1 Gedruckte Quellen

Aus einer Aktennotiz des Direktors des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR E.Vargi „Bedeutung der Donau als Transportweg für die UdSSR“, gerichtet an die ersten Vertreter des staatlichen Planungskomitees des Ministerrats der UdSSR M.Z.Saburov, Nikitin und Zelenovskij, nicht vor dem 16. März 1945. In: Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 1, 1f.

Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR „Über die Ausfuhr von Einrichtungen und Materialien aus den Erdölfeldern der Region Zistersdorf“, 28. Juli 1945. In: Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 8, 6f.

Stellungnahme der Abteilung 5 der Staatskanzlei zu einem Amtsvermerk der Abteilung POL (politische Abteilung) der Staatskanzlei für Auswärtige Angelegenheiten vom 4. August 1945. Gegenstand: Konsequenzen der Potsdamer Beschlüsse, 13. August 1945. In: Alfons Schilcher, Österreich und die Grossmächte. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945 – 1955 (Materialien zur Zeitgeschichte 2, Wien/Salzburg 1980) Nr. 36, 58–69.

DDSG-Verhandlungen mit der Sowjetunion; Lagebesprechung, 31. August 1945. In: Alfons Schilcher, Österreich und die Grossmächte. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945 – 1955 (Materialien zur Zeitgeschichte 2, Wien/Salzburg 1980) Nr. 26, 35–37.

Entwurf eines Beschlusses des Ministerrates der UdSSR über den Übergang deutschen Eigentums in Ostösterreich in das Vermögen der UdSSR (Grundlage des Befehls Nr. 17), März 1946. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx, Alexander Tschubarjan (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Sonderband 5, Graz/Wien/München 2005) Nr. 93, 430 – 437.

Briefwechsel Außenminister Grubers mit dem sowjetischen Gesandten Kiseljew, betreffend [sic!] der sowjetischen Betriebspolitik bei der DDSG, April/Mai 1946. In: Alfons Schilcher, Österreich und die Grossmächte. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945 – 1955 (Materialien zur Zeitgeschichte 2, Wien/Salzburg 1980) Nr. 51, 100–105.

Bericht der Abteilung für Außenpolitik des ZK der VKP(B) über die Vorschläge der Führung der KPÖ für die sowjetische Politik in Österreich und die Entwicklung der Beziehungen der UdSSR und Österreichs, 29. Mai 1946. In: Wolfgang Mueller, Arnold Suppan, Norman M. Naimark, Gennadij Bordjugov (Hg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven (Wien 2005) Nr. 29, 256–261.

Befehl Nr. 17 des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Österreich, V. V. Kurasov, über den Übergang des Deutschen Eigentums in den Besitz der UdSSR, 27. Juni 1946. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx, Alexander Tschubarjan (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Sonderband 5, Graz/Wien/München 2005) Nr. 97, 456–459.

Gedächtnisprotokoll über eine Unterredung Bundeskanzler Figl und Bundesminister Krauland mit Herrn Generaloberst Kurassow, 15. Juli 1946. In: Schilcher, ÖUDG, Nr. 55, 111–114.

Antwortschreiben des Bundeskanzler Figl auf ein Schreiben des sowjet. Oberbefehlshabers in Österreich, Generaloberst Kurassow v. 23. Juli 1946 betr. das österreichische Verstaatlichungsgesetz, 31. Juli 1946. In: Schilcher, ÖUDG, Nr. 57, 114–116.

Schreiben des Oberbefehlshabers (SU-Element) Generaloberst Kurassow an Bundeskanzler Figl, 24. August 1946. In: Schilcher, ÖUDG, Nr. 57, 117f.

Sonderbericht des Leiters der Geheimdienstabteilung des Sowjetischen Teils der Alliierten Kommission für Österreich, Bogdanov, an den stv. Minister für Staatssicherheit der UdSSR, N.

N. Selivanovskij, über Putschgerüchte und -pläne in Österreich, 9. September 1947. In: Stefan Karner, Barbara Stelzl-Marx, Alexander Tschubarjan (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente* (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Sonderband 5, Graz/Wien/München 2005) Nr. 104, 479–485.

Brief des Kommandeurs der Luftstreitkräfte der UdSSR und stellvertretenden Verteidigungsministers der UdSSR K.A. Veršin in an den Chef der Haupt-Verwaltung des sowjetischen Vermögens im Ausland über den Ministerrat der UdSSR V.N. Merkulov mit der Bitte, 300 Generatoren aus den Unternehmen der USIA für Strahlenflugzeuge zur Verfügung zu stellen, 24. Jänner 1949. In: Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): *Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955* (noch unpubliziert) Nr. 25, 30f.

Antwortbrief des Chefs der Haupt-Verwaltung des sowjetischen Vermögens im Ausland V.N. Merkulov an den stellvertretenden Verteidigungsminister der UdSSR K.A. Veršin mit Bezug auf die Zuteilung von Generatoren aus Unternehmen der USIA für die Herstellung von Strahlflugzeugen, 19. Februar 1949. In Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): *Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955* (noch unpubliziert) Nr. 26a, 32f.

Aktennotiz des Chefs der Haupt-Verwaltung des sowjetischen Vermögens im Ausland durch den Ministerrat der UdSSR V. Merkulovs an A.I. Mikojan über Maßnahmen zur Steigerung der Handelstätigkeit der sowjetischen Einrichtungen in Österreich und Steigerung der Einkünfte österreichischer Valuta, 8. Juli 1950. In: Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): *Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955* (noch unpubliziert) Nr. 31a, 41–43.

Begleitbrief des politischen Vertreters der UdSSR in Österreich M.E. Koptelov an den Leiter der 3. europäischen Abteilung des Außenministeriums der UdSSR M.G. Gribanov mit Beilage des Vortrags des stellvertr. Leiters der Wirtschaftsabteilung des Sowjetischen Teils der Alliierten Kommission in Österreich Oberst Bočkarevs über den Zustand der österreichischen Industrie, 4. November 1950. In: Julia Köstenberger, Wolfgang Mueller, Alexander Tschubarjan (Hg.): *Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955* (noch unpubliziert) Nr. 35, 51–55.

Aus dem Bericht der Propagandaabteilung der SČSK für Österreich über die Streikbewegung in Österreich, 16. Dezember 1950. In: Wolfgang Mueller, Arnold Suppan,

Norman M. *Naimark*, Gennadij *Bordjugov* (Hg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven (Wien 2005) Nr. 71, 684–711, hier 707.

Bericht über die Tätigkeit der sowjetischen wirtschaftlichen Organisationen in Österreich im Jahr 1952, vorbereitet von der Wirtschaftsabteilung des Sowjetischen Teils der Alliierten Kommission in Österreich, 19. Februar 1953. In: Julia *Köstenberger*, Wolfgang *Mueller*, Alexander *Tschubarjan* (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 46, 70–94.

Notiz des politischen Vertreters der UdSSR in Österreich Kudrjavcev S.M. und ...V. Semenov, Mai 1953. In: Julia *Köstenberger*, Wolfgang *Mueller*, Alexander *Tschubarjan* (Hg.): Sowjetisch-österreichische Beziehungen 1945-1955 (noch unpubliziert) Nr. 50, 96–98.

Bericht der Abteilung für innenpolitische Fragen des Apparates des Hochkommissars der UdSSR in Österreich über die politische Arbeit in den USIA-Betrieben, vor dem 27. Mai 1954. In: Wolfgang *Mueller*, Arnold *Suppan*, Norman M. *Naimark*, Gennadij *Bordjugov* (Hg.), Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven (Wien 2005) Nr. 88, 928–941.

Bericht des Leiters der Abteilung für innenpolitische Fragen des Apparates des Hochkommissars in Österreich, A. G. Kolobov, über einige Fragen der politischen Arbeit in Betrieben der USIA und SMV, vor dem 9. Juni 1954. In: Stefan *Karner*, Barbara *Stelzl-Marx*, Alexander *Tschubarjan* (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Sonderband 5, Graz/Wien/München 2005) Nr. 113, 560–571, hier 565.

7.2 Zeitungen und Zeitschriften

Arbeiter-Zeitung, das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs, Nr. 222 (24.9.1950), Nr. 223 (26.9.1950), Nr. 224 (27.9.1950), Nr. 226 (29.9.1950), Nr. 228 (1.10.1950), Nr. 237 (12.10.1950).

Der Abend. Das österreichische Tagblatt, Nr. 231 (5.10.1950).

Die Presse, (26.9.1950).

Die Wirtschaft (30.9.1950).

Die Turbine, Werkszeitung der Voith-Werke St.Pölten, Jg. 3, Nr. 12 (Dezember 1949); Jg. 5, Nr. 5 (Juni 1951).

Oberösterreichisches Tagblatt, (23.9.1950).

Österreichische Volksstimme, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs, Nr. 207 (7.9.1950), Nr. 225 (28.9.1950), Nr. 228 (1.10.1950), Nr. 230 (4.10.1950), Nr. 231 (5.10.1950), Nr. 232 (6.10.1950), Nr. 235 (10.10.1950), Nr. 240 (14.10.1950).

Österreichische Zeitung (2.9.1950).

Weltpresse. Das österreichische Abendblatt, Nr. 231 (5.10.1950).

Wiener Zeitung, (17.7.1946); Jg. 243, Nr. 232 (6.10.1950).

7.3 Ungedruckte Quellen

7.3.1 Archivalien der LPD Wien

Zur Zitation des Bestands der LPD Wien ist folgendes anzumerken: Aufgrund der Tatsache, dass es sich hierbei größtenteils um interne Dokumente handelt, die in einer hektischen Phase der Geschichte der Zweiten Republik entstanden, wurden sie nur teilweise mit Aktenzeichen versehen. Fernschreiben sind noch relativ leicht zu identifizieren, da sie mit einer Nummer versehen wurden. Meldungen einzelner Wachzimmer waren hingegen relativ schwierig kenntlich zu machen. Wo möglich, wurden sie mit der Aktenzahl gekennzeichnet, mit der die übergeordnete Dienststelle sie bei der Vorlage versehen hat. Wo eine solche nicht vorhanden war, wurden die Meldungen mit meldender Dienststelle und Datum versehen. Alle zitierten Dokumente der LPD Wien befinden sich als Scan im Besitz des Autors.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben der Polizeidirektion Wien, Sicherheitsbüro, Nr. 578, 10.7.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben der Polizeidirektion Wien, Sicherheitsbüro, Nr. 636, 11.7.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben des Bundesministeriums für Inneres, Abteilung 2, Nr. 1440, 26.9.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben Holaubek an alle, Nr. 1921, 28.9.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben Sicherheitsdirektion für Salzburg, Nr. 1994, 30.9.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI und Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Nr. 12, 1.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Schmelz, Kellinggasse 2, 2.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Josefstadt, Wachzimmer Blindengasse 35, 3.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Bezirkspolizeikommissariat Hietzing, Wachzimmer Hietzing am Platz, 3.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 2, Sicherung lebenswichtiger Betriebe, Polizeidirektion Wien, 3.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BM Helmer, Nr. 164, 3.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben Holaubek an Bezirkspolizeikommissariate 1-27, Nr. 173, 3.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI Abteilung 2, Nr. 322, 3.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI Abteilung 2, Nr. 456, 4.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Innere Stadt, Wachzimmer Postgasse 7, Meldung SW 1/1070/1203, 4.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Polizeischule Wien, Rossauerkaserne, 4.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI Abteilung 2, Nr. 121, 4.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI Abteilung 2, Nr. 348, 4.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Hietzing, Wachzimmer Hietzinger Hauptstraße 130, Meldung SW 13/1070, 4.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Hietzing, Püttlingengasse 3, Meldung SW 13/1070, 4.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Bezirkspolizeikommissariat Meidling, Sicherheitswache-Abteilung, Meldung SW 12/1070/787, 4.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Landstraße, Wachzimmer Lisztstraße, Meldung SW 3/1070/995, 5.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung XXII, Wachzimmer Raasdorf, Meldung SW 22/1070/218, 5.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache in Wr. Neustadt, Bundespolizeidirektion Wien, Generalinspektorat der Sicherheitswache, 5.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Generalinspektorat der Sicherheitswache Polizeischule, 5.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Bezirkspolizeikommissariat Simmering, Sicherheitswache-Abteilung, Meldung SW 11/2131/514, 5.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Innere Stadt, SW 1/1070/1206, 5.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Bezirkspolizeikommissariat Innere Stadt, Sicherheitswache-Abteilung, Meldung SW 1/1070/1207, 5.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Sicherheitswache-Abteilung Innere Stadt, Wachzimmer Postgasse 7, Meldung SW 1/1070/1204, 5.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BMI, Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, Nr. 663, 6.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Fernschreiben BM Helmer, Nr. 535, 7.10.1950.

Amtsbibliothek LPD Wien, Oktoberstreik 1950, Schachtel 1, Briefwechsel Schärf-Holaubek 20. April – 24. Mai 1954.

7.3.2 Andere österreichische Quellen

ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, 127.044-2/46, Bezirksgendarmeriekommando Wiener Neustadt, Situationsbericht für die Zeit vom 1. bis 15. Juli 1946.

BKA-RIS, Bundesgesetz vom 26. Juli 1946 über die Verstaatlichung von Unternehmungen (Verstaatlichungsgesetz), online unter:
<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10006200> (7. Dezember 2016).

Magistrat St.Pölten, Die Ergebnisse aller Wahlen in St. Pölten seit 1945, online unter:
<http://www.st-poelten.gv.at/Content.Node/buergerservice/politik/Wahlen-neu.at.php>.

Parlament der Republik Österreich, Stenographisches Protokoll der 11. Sitzung des Bundesrats am 26. Juli 1946, 696, online unter
https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/BR/BRSITZ/BRSITZ_00011/index.shtml.

Aussendung, Pressedienst der Kommunistischen Partei Österreichs, 20.5.1949.

ÖStA, AdR, Inneres, Karton 17, Bundespolizeidirektion Linz, 6.6.1949, 102978-2/50.

Nasko, Empor, 351–353.

ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St.Pölten, monatlicher Lagebericht, 147.355-2/49.

ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St.Pölten, monatlicher Lagebericht, 30.11.1949, 30.344-2/50.

ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St.Pölten, monatlicher Lagebericht, 31.12.1949.

ÖStA, AdR, 134.938-2/50, Entwurf einer Pressemitteilung, 28.9.1950.

ÖStA, AdR, 134.938-2/50, Entwurf einer Pressemitteilung, 28.9.1950.

ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St.Pölten, monatlicher Lagebericht, 30.9.1950, 145.785-2/50

ÖStA, AdR, 134.938-2/50, Telefondepesche, 2.10.1950.

ÖStA, AdR, 134.938-2/50, Fernschreiben BMI Abteilung 2, Nr. 180, 3.10.1950.

ÖStA, AdR, 134.937-2/50, 3.10.1950.

ÖStA, AdR, 134.937-2/50, Fernschreiben Bundespolizeikommissariat St. Pölten, Nr. 32, 3.10.1950.

ÖStA, AdR, 134.938-2/50, Lagebericht des BMI (mittags), Pressedienst, 4.10.1950.

ÖStA, AdR, 134.938-2/50, Lagebericht des BMI (abends), Pressedienst, 4.10.1950.

ÖStA, AdR, 134.941/2-50, Polizeidirektion Wien, Abteilung I, I.1826/50, Aufstellung LKW.

ÖStA, AdR, 134.943/2-50, Schreiben der Konferenz der Funktionäre und Betriebsräte der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter – Ortsgruppe Murau, 6.10.1950.

ÖStA, AdR, Inneres, Karton 17, Sicherheitsdirektion für Oberösterreich, 10.10.1950, 145.785-2/49.

Parlament der Republik Österreich, Stenographisches Protokoll der 31. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 12. Oktober 1950, 1094, online unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VI/NRSITZ/NRSITZ_00031/imfname_159369.pdf

ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St.Pölten, monatlicher Lagebericht, 31.10.1950, 162.713-2/50

ÖStA, AdR, Inneres, Karton 17, Bundespolizeidirektion Linz, 2.11.1950, 162.713-2/50.

ÖStA, AdR, 162.713-2/50, Stimmungs- und Lagebericht, 2.11.1950.

ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, Bundespolizeikommissariat St.Pölten, monatlicher Lagebericht, 30.11.1950, 162.714-2/50.

ÖStA, AdR, 162.714-2/50, Stimmungs- und Lagebericht, 1.12.1950.

Zentralarchiv der KPÖ, Zur Statistik über die Streikbewegung.

Zentralarchiv der KPÖ, Streikbericht 4.X.

Zentralarchiv der KPÖ, Streikbericht 5.X.

ÖStA, AdR, Inneres, Karton 16, 50.998-2/51, Bundespolizeikommissariat St.Pölten, monatlicher Lagebericht, 30.12.1950.

Parlament der Republik Österreich, Stenographisches Protokoll der 76. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 20. Juli 1955, 3447, online unter https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/VII/NRSITZ/NRSITZ_00076/index.shtml (10. Dezember 2016).

8. Literatur

Wilfried *Aichinger*, Sowjetische Österreichpolitik 1943-1945 (phil. Diss. Wien 1977).

Peter *Autengruber*, Manfred *Mugrauer*, Oktoberstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme (Wien 2016).

William B. *Bader*, Österreich im Spannungsfeld zwischen Ost und West 1945 bis 1955 (Wien 2002).

Gerhard *Baumgartner*, Die USIA-Betriebe im Burgenland. In: Felix *Tobler*, Michael *Hess* (Red.), befreien – besetzen – bestehen. Das Burgenland von 1945 – 1955. Tagungsband des Symposions des Burgenländischen Landesarchivs vom 7./8. April 2005 (Eisenstadt 2005), 161–176.

Günter *Bischof*, Austria in the First Cold War, 1945–55. The Leverage of the Weak (Basingstoke/London 1999).

Walter *Blasi*, Die B-Gendarmerie. In: Walter *Blasi*, Erwin A. *Schmidl*, Felix *Schneider* (Hg.), B-Gendarmerie, Waffenlager und Nachrichtendienste. Der militärische Weg zum Staatsvertrag (Wien/Köln/Weimar 2005) 27–74.

Gerhard *Botz*, Streik in Österreich 1948 bis 1975. Probleme und Ergebnisse einer quantitativen Analyse. In: Gerhard *Botz*, Hans *Hautmann*, Helmut *Konrad*, Josef *Weidenholzer*, Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte (Wien 1978) 807–832.

Ernst *Brandstetter*, Von der Traisen zum Huang Pu Jiang. 100 Jahre Voith St.Pölten (St.Pölten/Wien 2003).

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten, Landesverband Niederösterreich, Bewegte Zeiten. Historische Dokumentation der Arbeiterbewegung in Niederösterreich, Schwerpunkt Industrieraum St.Pölten (o. O. 2005).

Alexander *Dinböck*, „Wir übernehmen das sinkende Schiff“. Sepp Filz und die kommunistischen Betriesbräte in der Alpine-Montan in Donawitz 1945–1951. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 18, 4 (Dezember 2011) 18–19.

Ernst *Fischer*, Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955 (Wien/München/Zürich 1973).

Stephan *Ganglbauer*, Niedergeschlagen oder Radikalisiert? Der Streik und die Kräfteverhältnisse zwischen SPÖ und KPÖ. In: Michael *Ludwig*, Klaus Dieter *Mulley*, Robert *Streibel* (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik. Dokumentation eines Symposiums der Volkshochschulen Floridsdorf und Brigittenau und des Instituts für Wissenschaft und Kunst (Wien ²1995), 93–101.

Ronald *Gruber*, Manfred *Hörzinger*, ... bis der Preistreiberpakt fällt. Der Massenstreik der österreichischen Arbeiter im September/Okttober 1950 (Wien 1975).

Karl *Gruber*, Matthias *Stadler*, Rote Rebellen. Der Werdegang der Sozialistischen Jugend Niederösterreich in den Nachkriegsjahren 1945 – 1960 (St.Pölten 2001).

Hans *Hautmann* (Bearb.), Rudolf Kührers Bericht über den Streik 1950 in der VÖEST. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 7, 3 (September 2000), online unter <http://www.klahrgesellschaft.at/Jahrgaenge.html> (28. April 2017).

Hans *Hautmann*, Der „Kommunisten-Putsch“ 1950. Entstehung und Funktion einer Geschichtslegende. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 17, 3 (September 2010) 1 – 8.

Hans *Hautmann*, Kommunistische Arbeiterkammer- und Betriebsrätepolitik nach 1945. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 18, 4 (Dezember 2011) 13–17.

Hans *Hautmann*, Kommunisten und Kommunistinnen in der Wiener Polizei. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 19, 2 (Juni 2012) 11–25.

Walter M. *Iber*, Erdöl statt Reparationen. Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich 1945–1955. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 57 (2009), 571–605.

Walter M. *Iber*, Die Sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich. Zur Vorgeschichte der OMV 1945–1955 (Innsbruck/Wien/Bozen 2011).

Birgit *Jürgens*, Thea Voith und die Sammlung „Kirchenkunst aus Europa“ im Museum Schloss Hellenstein, Heidenheim.

Stefan *Karner*, Barbara *Stelzl-Marx*, Alexander *Tschubarjan* (Hg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Dokumente (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung Sonderband 5, Graz/Wien/München 2005).

Stefan *Karner*, Alexander *Tschubarjan* (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“ (Kriegsfolgen-Forschung 8, Wien/Köln/Weimar 2015).

Stefan *Karner*, Vorwort. In: Stefan *Karner*, Alexander *Tschubarjan* (Hg.), Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“ (Kriegsfolgen-Forschung 8, Wien/Köln/Weimar 2015) 19f.

Christian *Kimmel*, Die wirtschaftlichen Folgen der Reparationszahlungen Deutschlands nach den Weltkriegen (Diss. München 1973).

Otto *Klambauer*, Die USIA-Betriebe (geisteswiss. Diss. Wien 1978).

Otto *Klambauer*, Ernst *Bezemek*, Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte, Organisation, Dokumentation (Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde 5, Wien 1983).

Fritz *Klenner*, Putschversuch – oder nicht? Ein Tatsachenbericht über das 4. Preis- und Lohnabkommen und die beiden gescheiterten kommunistischen Generalstreikversuche im September und Oktober 1950 (Wien o. J.).

Helmut *Konrad*, Kein Putsch. Legendenkehr aus zum Oktoberstreik 1950. In: Neues Forum Nr. 286 (Oktober 1977) 39–43.

Philipp *Korom*, Die Wirtschaftseliten Österreichs. Verflechtungen von Großunternehmen, Parteinähe und Adel (Konstanz/München 2013).

Richard A. *Krueger*, Soviet Authorities' Clandestine Surveillance of Domestic and International Mails to and from Soviet Controlled Industrial and Trading Facilities in Occupied Austria 1946–1953 (Fort Washington o.J.).

Claudia *Kuretsidis-Haider*, Der große Streik des September/Oktober 1950. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 10, 4 (Dezember 2000), online unter http://www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Kuretsidis_4_00.html (28. April 2017).

Vojtech *Mastny*, The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years (Oxford 1996).

Franz *Mathis*, Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen (Wien 1987).

Karin *Moser*, Aktion und Reaktion. Strukturen der Politik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 bis 1955 (Geisteswiss. Dipl. Wien 2001).

Wolfgang *Mueller*, Die sowjetische Besatzungsmacht in Österreich 1945–1955. Forschungsstand, Quellenlage und Fragestellungen. In: Zeitgeschichte 28, H. 2 (2001) 114–129.

Wolfgang *Mueller*, Die politische Mission der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich 1945–1955 (geisteswiss. Diss. Wien 2004).

Wolfgang *Mueller*, Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission (Wien/Köln/Weimar 2005)

Manfred *Mugrauer*, „Teilungspläne“ und „Putschabsichten“. Die KPÖ im Gedenkjahr 2005. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 12, 4 (Dezember 2005) 8–15.

Manfred *Mugrauer*, Die Politik der KPÖ in der Verstaatlichungsfrage 1945/46. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 13, 2 (Juni 2006) 13–22.

Manfred *Mugrauer*, Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner (Innsbruck/Wien/Bozen 2006).

Manfred *Mugrauer*, Partei der ArbeiterInnenklasse. Zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Verankerung der KPÖ in den Jahren 1945-1955. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 18, 4 (Dezember 2011) 1–12.

Klaus Dieter *Mulley*, Der ÖGB und der „Oktoberstreik“ 1950. Aspekte gewerkschaftlicher Politik im Nachkriegsösterreich. In: Michael *Ludwig*, Klaus Dieter *Mulley*, Robert *Streibel* (Hg.), Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik. Dokumentation eines Symposiums der Volkshochschulen Floridsdorf und Brigittenau und des Instituts für Wissenschaft und Kunst (Wien ²1995), 41–52.

Klaus-Dieter *Mulley*, Befreiung und Besatzung. Aspekte sowjetischer Besatzung in Niederösterreich 1945 – 1948. In: Alfred *Ableitinger*, Siegfried *Beer*, Eduard G. *Staudinger* (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955 (Studien zu Politik und Verwaltung 8, Wien/Köln/Graz 1998), 361–400.

Norman M. *Naimark*, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949 (Berlin 1997).

Siegfried *Nasko*, Empor aus dumpfen Träumen. Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im St. Pöltner Raum (Wien/St.Pölten 1986).

Oliver *Rathkolb*, Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945–1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in Presse, Kultur- und Rundfunkpolitik (phil. Diss. Wien 1981).

Oliver *Rathkolb*, Die „Wien-Film“-Produktion am Rosenhügel. Österreichische Filmproduktion und Kalter Krieg. In: Hans Heinz *Fabris*, Kurt *Luger* (Hg.), Medienkultur in

Österreich. Film, Fotografie, Fernsehen und Video in der Zweiten Republik (Kulturstudien. Bibliothek der Kulturgeschichte 11, Wien/Köln/Graz 1988), 117–132.

Oliver *Rathkolb*, Historische Fragmente und die „unendliche Geschichte“ von den sowjetischen Absichten in Österreich 1945. In: Alfred *Ableitinger*, Siegfried *Beer*, Eduard G. *Staudinger* (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955 (Studien zu Politik und Verwaltung 8, Wien/Köln/Graz 1998), 137–158.

Oliver *Rathkolb*, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010 (gekürzte und aktualisierte Taschenbuchausgabe, Wien 2011).

Manfried *Rauchensteiner*, Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung (Wien 2005).

Peter *Sager*, Getarnte Firmen. Der kommunistische Wirtschaftskrieg in Österreich (Bern 1962).

Alfons *Schilcher*, Österreich und die Grossmächte. Dokumente zur österreichischen Außenpolitik 1945 – 1955 (Materialien zur Zeitgeschichte 2, Wien/Salzburg 1980).

Hans *Schlögl*, Glückliche Kinder. Die sozialen Errungenschaften der Voith Arbeiter (St.Pölten 1949).

Hans *Seidel*, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (Wien 2005).

Gerhard *Stadler*, Das industrielle Erbe Niederösterreichs. Geschichte – Technik – Architektur (Wien/Köln/Weimar 2006).

Alfred *Stalzer*, Zwischen Anpassung und Isolation. Zur Integration der KPÖ in das politische System Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg (grund- und integrativwiss. Diss. Wien 1986).

William Lloyd *Stearman*, The Soviet Union and the Occupation of Austria (an Analysis of Soviet Policy in Austria, 1945-1955) (Bonn/Wien/Zürich 1961).

Dieter *Stiefel*, Coca-Cola kam nicht über die Enns. Die ökonomische Benachteiligung der sowjetischen Besatzungszone. In: Günter *Bischof*, Dieter *Stiefel* (Hg.), „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948 bis 1998 (Wien 1999), 111–132.

Ingrid *Trummer*, Alexander *Stollhof* (Hg.), „... Bei uns in der Lofag ...“. Erinnerungen an die Floridsdorfer Lokomotivfabrik – Wiens größten Industriebetrieb (Wien 2005).

Kurt *Tweraser*, Der Marshallplan und die österreichische Eisen- und Stahlindustrie: Fallbeispiel VÖEST. Deutsches Eigentum, Verstaatlichung, Wirtschaftsplanung und -lenkung. 1945–1950. In: *Bischof*, *Stiefel*, 80 Dollar, 217–248.

Wolfgang *Wagner*, Die Besatzungszeit aus sowjetischer Sicht. Die Errichtung der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich von 1945 bis 1946 im Spiegel ihrer Lageberichte (Geisteswiss. Dipl.-Arb. Wien 1998).

Peter *Weinberger*, Wohlgeordnete Einsamkeit (Weißkirchen in der Wachau 2013).

Abkürzungsverzeichnis

BO: Betriebsorganisation = unterste Organisationsebene der KPÖ

DDSG: Donaudampfschiffahrtsgesellschaft

GUSIZ: Главное управление советским имуществом за границей = Haupt-Verwaltung des sowjetischen Vermögens im Ausland

KPdSU: Kommunistische Partei der Sowjetunion

LPD: Landespolizeidirektion

NKWD: Народный комиссариат внутренних дел = Volkskommissariat für innere Angelegenheiten; sowjetischer Geheimdienst

ÖS: Österreichischer Schilling

SAG: Sowjetische Aktiengesellschaft in der DDR

SEB: Sowjetische Erdölbetriebe

SJ: Sozialistische Jugend, Jugendorganisation der SPÖ

SMB: Sowjetische Militärbank

SMV: Sowjetische Mineralölverwaltung

TASS: Телеграфное агентство Советского Союза = Telegrafen-/Nachrichtenagentur der Sowjetunion

USIA: Управление советским имуществом в Австрии = Verwaltung des sowjetischen Vermögens in Österreich

USIG: Управление советским имуществом в Германии = Verwaltung des sowjetischen Vermögens in Deutschland

USIWA: Управление советским имуществом в восточной Австрии = Verwaltung des sowjetischen Vermögens im östlichen Österreich = Vorgänger der USIA

Abstract

In June-July 1946, the Soviet high commissioner in Austria, General Kurasov, declared, according to the Potsdam Agreement and Moscow Declarations, all German property in the Soviet-occupied zone of Austria property of the Soviet Union including industrial plants located mostly in Vienna and Lower Austria. The Austrian Government tried to nationalise some industrial plants concerned by publishing a nationalisation law on July 26th 1946. The Soviet high commissioner of course prevented the law from coming into operation. From 1946 to 1955 around 400 companies in eastern Austria were run by Soviet leaders and organised in the so-called USIA. When in September 1950 it came to strikes and demonstrations against the fourth wage-and-price-agreement, some people, especially important Austrian politicians, were in fear of a communist coup. However, recent studies could show that Soviet communist forces never intended a communist revolution in Austria like in Hungary or Czechoslovakia, or a separation like in Germany after WW II. In fact, a lot of the workers participating in demonstrations and strikes were socialists or supporters of the VdU-party which was founded in 1949 and mostly elected by ex-members of the NSDAP. The purpose of this thesis is to show what happened in communist-run companies in summer/fall 1950 after the fourth wage-and-price agreement. It is based on the few sources that remained after the Allied forces left Austria in 1955. Only very little documents remained, such as house papers published by workers' councils, police files and some Soviet documents that could be published in the last few years. However, the lack of primary sources is a problem that will always remain part of the historical research of the USIA-factories.

It could be shown, however, that the Soviet plants and their approximately 50.000 workers played an important role in September-October 1950 since the communist party held majorities in many workers' councils within the USIA. And the Communist Party of Austria was a major proponent and organiser of what the communists wanted to be a general strike, but in fact happened to be a wildcat strike. The strike can be divided in two stages: The first one lasted from the beginning of the strike on September 26th until the end of the month, when the Austrian Works Council Meeting in Vienna took place. The second one lasted until October 6th when the communists and other strikers had to retire from the streets of Vienna and Lower Austria because they were put under pressure mainly by socialist leader Franz Olah and his men who beat up strikers in the streets.

Zusammenfassung

Im Sommer 1946 wurde auf Befehl des sowjetischen Hochkommissars für Österreich eine der größten Wirtschaftsholding der österreichischen Geschichte gegründet: der USIA-Konzern. In ihm wurden alle Unternehmen zusammengefasst, die gemäß den Potsdamer Beschlüssen der vier Alliierten als Deutsches Eigentum bezeichnet wurden. Im sowjetisch besetzten Ostösterreich (Wien, Niederösterreich, Burgenland und Mühlviertel) entstand so ein Unternehmenskomplex, der mehrere hundert Betriebe umfasste und bis zu 60.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigte. Nicht wenige dieser Beschäftigten waren Mitglieder der KPÖ, und ganz allgemein war die kommunistische Partei in der USIA stark verankert. Bei Betriebsratswahlen gelangen in den ehemaligen sowjetisch verwalteten Betrieben bis in die 1980er Jahre gute Ergebnisse. Gegen Ende der 1940er Jahre hatte sich die wirtschaftliche Lage immer noch nicht merklich verbessert, die Regierung hielt die Löhne mittels Lohn-Preis-Abkommen auf einem niedrigen Niveau, um die Gesamtwirtschaft zu stabilisieren, die KPÖ war mittlerweile aus der Regierung ausgeschieden und betrieb scharfe Oppositionspolitik und die Arbeiterschaft war unzufrieden mit der materiellen Gesamtsituation. In dieser Konstellation wurde recht überraschend im September 1950 das vierte Lohn-Preis-Abkommen verkündet, das geheim ausverhandelt worden war und den unteren Einkommensschichten erhebliche Verteuerungen auferlegte. Die Folge waren Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen in den Industriezentren Ostösterreichs, beispielsweise in Linz, Wien und dem Industrieviertel. Der Österreichische Gewerkschaftsbund verbot seinen Mitgliedern zu streiken.

Bisher war nicht völlig klar, welche Rolle die sowjetisch verwalteten USIA-Betriebe in diesem Zusammenhang spielten. Die Beurteilung der Tätigkeit der USIA in Zusammenhang mit den Streiks hing in der Vergangenheit meist davon ab, ob in den Streiks ein Putschversuch der österreichischen Kommunistinnen und Kommunisten gesehen wurde, oder nicht. Die Anhänger der Putschthese sahen in der USIA das Zentrum der kommunistischen Machtergreifungspläne, die Gegenseite wiederum argumentierte, die Sowjets hätten keine Streiks zugelassen, da sie nur an den Produktionsziffern interessiert gewesen wären. Wie so oft, liegt auch hier die Wahrheit in der Mitte: In der Arbeit wird gezeigt, dass auf der einen Seite viele Arbeiter und Angestellte der USIA-Betriebe streikten und an Demonstrationen teilnahmen, und dass sie sich dabei oft in Gesellschaft ihrer Kolleginnen und Kollegen aus verstaatlichten oder Betrieben befanden, die auch streikten. Auf der anderen Seite gibt es

USIA-Betriebe, die – aus nicht ganz klaren Gründen – nicht streikten oder in denen sich die Belegschaft aktiv gegen einen Streik entschied, über den meist in Betriebsversammlungen abgestimmt wurde.

Die Arbeitsniederlegungen wurden jedenfalls am 5. und 6. Oktober 1950 beendet, nachdem einerseits der Sozialist Franz Olah mit Hilfe von Schlägertrupps die Streikenden zurück in die Betriebe drängte, andererseits klar war, dass es der KPÖ nicht gelungen war, einen Generalstreik auszurufen und breitere Bevölkerungsschichten zu mobilisieren.

In der Arbeit werden innerhalb dieses Rahmens Beispiele auf niedrigerer Eben untersucht, so zum Beispiel die Stadt St. Pölten, die über zwei große USIA-Betriebe verfügte, und einzelne Bezirke Wiens.